

Eingegangene Zuschriften des Bürgerdialogs „Aktualisierung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie 2018“

Unternehmen und Institutionen

Veröffentlicht wurden nur Zuschriften mit schriftlichem Einverständnis der Absender.

Deutscher Städte- und Gemeindebund

I. Allgemeines

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund begrüßt die umfassende Aktualisierung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (DNS) und die Konsultation relevanter gesellschaftlicher Akteure, insbesondere der kommunalen Ebene, zu diesem Zwecke.

Die in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und in der Agenda 2030 festgelegten Ziele können nur zusammen mit den Kommunen erreicht werden. Alle 17 Nachhaltigkeitsziele (SDGs) der Agenda 2030 haben eine kommunale Relevanz und große Schnittmengen mit kommunalen Aufgaben. Ob bei der nachhaltigen Stadtentwicklung, kommunalen Klimaschutzmaßnahmen, sozialer Inklusion in der Kommune, Bildungsangeboten oder nationalen und internationalen kommunalen Partnerschaften – den Kommunen kommt bei der Erreichung der ambitionierten Ziele der DNS und Agenda 2030 eine zentrale Rolle zu. Aus diesem Grund ist die Beteiligung der kommunalen Ebene bei der Konzeption und Fortentwicklung unerlässlich.

Der Erfolg bei der Bewältigung zentraler Herausforderungen des 21. Jahrhunderts entscheidet sich in den Städten und Gemeinden. Die zunehmende Urbanisierung, Klima- und Umweltschutzmaßnahmen und die Transformation bis hin zur digitalen Gesellschaft werden maßgeblich von den Kommunen gestaltet. Viele Kommunen gehen in diesen Bereichen seit Jahren voran und entwickeln und setzen innovative Konzepte um, die zu der nachhaltigen Entwicklung Deutschlands beitragen. Dabei zeigt sich im Besonderen, dass der ganzheitliche Ansatz der Agenda 2030, bestehend aus ökologischer, ökonomischer und sozialer Nachhaltigkeit, in den Kommunen zu Hause ist. Die Interdependenz dieser drei Säulen ist in den Kommunen direkt sicht- und erfahrbar. So basiert beispielsweise die Quartiersentwicklung auf Faktoren wie soziale Inklusion, Zugang zu Naherholungsgebieten und ökonomische Opportunitäten.

Die Leistungen und das Engagement der Kommunen sind wesentliche Grundlage für den Erhalt und die Steigerung der Lebensqualität nach Nachhaltigkeitskriterien und Voraussetzung für eine leistungsfähige, moderne sowie umweltgerechte, sozial orientierte und allem voran nachhaltige Gesellschaft.

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund vertritt ca. 11.000 Kommunen in Deutschland und setzt sich dafür ein, das umfangreiche Engagement der Städte und Gemeinden bei der Umsetzung der DNS und Agenda 2030 weiter zu fördern und zu stärken.

II. Grundsätzliche Anmerkungen zur Nachhaltigkeitspolitik in Deutschland

1. Förderung und Unterstützung des Engagements für Nachhaltigkeit in Deutschland

Die Ziele der DNS und der Agenda 2030 können nur zusammen mit den Kommunen erreicht werden. Um das volle Potential der kommunalen Umsetzung von DNS und Agenda 2030 frei zu setzen, braucht es strukturierte und umfangreiche Unterstützungs- und Förderangebote der Länder. Die jetzt schon vorhandenen Förderprogramme des Bundes und der Länder begrüßen wir aus diesem Grund ausdrücklich. Damit die Ziele der Agenda 2030 jedoch bis zum Jahr 2030 vollumfänglich erreicht werden können, ist hier ein Ausbau der Förderangebote und eine Aufstockung der zur Verfügung gestellten Mittel wünschenswert.

Elementar für die ganzheitliche Umsetzung der DNS und der Agenda 2030 ist jedoch eine Vereinfachung des Zugangs zu den erwähnten Förderangeboten des Bundes und der Länder nötig. Da gerade die Agenda 2030 zu diesem Zeitpunkt noch kein selbstsuffizientes Maß an Bekanntheit erreicht hat, muss für Kommunen eine zentrale Anlauf- und Kompetenzstelle eingerichtet werden, die sowohl als Informationsstelle als auch als Wegweiser zu den vorhandenen Fördermaßnahmen dienen kann. Im Grunde muss den Kommunen ermöglicht werden, mit dem Wunsch eines oder mehrere SDGs umsetzen zu wollen auf diese Stelle zuzugehen und mit geringem und unbürokratischem Aufwand einen Verweis auf und eine Beschreibung der infrage kommenden Förderprogramme der Bundesministerien und des jeweiligen Landes zu erhalten.

Als Blaupause für ein solches Angebot können beispielsweise die Projekte Stadtgrün, die Kommunalrichtlinie des Bundesumweltministeriums, das Serviceangebot der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt und die Kompetenzstelle für nachhaltige Beschaffung dienen. Zusätzlich zu der enormen Erleichterung für die Kommune auf dem Weg vom Wunsch der Umsetzung der DNS oder Agenda 2030, würde es eine solche Stelle ermöglichen, die Interdependenzen, Konfliktlinien und mögliche Synergien bei der Umsetzung der Agenda 2030 direkt aufzuzeigen. Dies würde einer tiefgehenden Auseinandersetzung mit der Komplexität der Nachhaltigkeit, ganzheitliche Ansätze und der Entwicklung von Lösungen für Zielkonflikte der SDGs zugutekommen. Damit kann der Relevanz aller 17 SDGs auf kommunaler Ebene umfänglicher Rechnung getragen werden.

2. Die elementare Rolle der Bürgerinnen und Bürger fördern und stärken

Neben den Kommunen nehmen die Bürgerinnen und Bürger eine essentielle Rolle für die Erreichung der DNS und Agenda 2030 ein. Bei der Abfallvermeidung, dem nachhaltigen Konsum und dem Sparen von Energie und Ressourcen kann ein für die Umsetzung der ambitionierten Ziele kritischer Punkt nur erreicht werden, wenn Bürgerinnen und Bürger sich eigenständig dafür einsetzen.

Die Bekanntheit der Agenda 2030 und ihrer SDGs in der deutschen Bevölkerung ist mangelhaft. Während der Begriff der Nachhaltigkeit große Unterstützung findet und geläufig ist, sind die globalen Ziele weitgehend unbekannt. Hier müssen dringend Maßnahmen getroffen werden, die weitreichend genug sind, dass sie ein positiv konnotiertes Focusing Event herbeiführen können.

Den Kommunen kommt bei der Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern eine zentrale Rolle zu. Als politische Ebene, die den Bürgerinnen und Bürgern am nächsten steht, fungieren Kommunen als erster Ansprechpartner für ihre Bürgerinnen und Bürger. Zudem haben Kommunen die

Möglichkeit, durch Aktionen vor Ort die globalen Entwicklungsziele zu lokalen Realitäten zu formen.

3. Ausbau des statistischen Unterbaus

Um die im Rahmen der DNS und Agenda 2030 definierten Ziele zu erreichen, sind Indikatoren zur Überprüfung der Wirksamkeit ergriffener Maßnahmen notwendig. Die Erstellung und Nutzung solcher Indikatoren ist in zentralen Bereichen, wie dem Umweltschutz (SDGs 13, 14, 15) aufgrund fehlender oder lückenhafter statistischer Abdeckung nur eingeschränkt möglich. Darüber hinaus besteht auch in anderen Bereichen Handlungsbedarf, insbesondere solchen, in denen Deutschland in seinen Nachhaltigkeitsbemühungen noch „Off Track“ ist und die bislang nur eingeschränkt mit Indikatoren abgedeckt werden können. Gerade in diesen Bereichen ist es deshalb notwendig, Konzepte zur Erhebung relevanter Daten zu erarbeiten und beschleunigt umzusetzen. Dabei ist es nötig, dass die Daten und Indikatoren eine Aussagekraft für die kommunale Ebene beinhalten. So können die Daten in die von den drei kommunalen Spitzenverbänden, der Bertelsmann Stiftung, dem Deutschen Institut für Urbanistik (Difu), dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) und der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) entwickelten „SDG-Indikatoren für Kommunen“ Eingang finden.

4. Einbindung von Kommunalvertretern in Entscheidungs- und Beratungsprozesse auf allen Ebenen

Da die DNS und Agenda 2030 nur gemeinsam mit den Kommunen umgesetzt werden kann und auch die Kommunikation und Bewerbung der DNS und Agenda 2030 mit und bei den Bürgerinnen und Bürgern maßgeblich von den Kommunen gestaltet wird, ist es unabdingbar, dass Vertreter der Kommunen in Entscheidungs- und Beratungsprozessen auf Bundes- und Landesebene gleichberechtigt eingebunden werden. Nur durch die Einbindung der kommunalen Ebene in diese Prozesse kann gewährleistet werden, dass die konzipierten und ergriffenen Maßnahmen in den Kommunen auf fruchtbaren Boden fallen.

Für die Umsetzung der DNS und Agenda 2030 auf der kommunalen Ebene müssen die Programme des Bundes und der Länder in Zusammenarbeit mit den Kommunen optimiert werden. Eine Anregung in diese Richtung wurde oben mit der Einrichtung einer zentralen Anlauf- und Kompetenzstelle dargelegt.

5. Einrichtung einer Anerkennung von besonders nachhaltigen Kommunen analog zu den Fairtrade-Towns

Die Kampagne „Fairtrade-Towns“ läuft in Deutschland überaus erfolgreich. Kommunen können, durch die Erfüllung festgelegter Kriterien, den Titel „Fairtrade-Town“ erhalten. Deutschland ist im internationalen Vergleich bei der „Fairtrade-Towns Kampagne“ hinter dem Vereinigten Königreich weltweit führend.

Eine „Nachhaltige-Stadt Kampagne“, die sich an der „Fairtrade-Towns Kampagne“ orientiert und den Kommunen, die festgelegte Kriterien aus der DNS und Agenda 2030 erfüllen, hat gute Chancen in Deutschland erfolgreich zu sein. So würden die Städte und Gemeinden motiviert, sich für die Umsetzung der DNS und Agenda 2030 einzusetzen, da sie eine öffentlichkeitswirksame Auszeichnung erhalten und diese dementsprechend für Stadtmarketingzwecke nutzen können.

III. Fazit

Die Ziele der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und der Agenda 2030 können nur erreicht werden, wenn alle Akteure, die sich in Deutschland mit deren Umsetzung befassen effektiv zusammenarbeiten. Die Kommunen nehmen in diesem gesamtdeutschen Kontext eine zentrale Rolle ein – sowohl als bürgernächste politische Ebene, als auch als direkte Umsetzungsebene. Die damit verbundenen finanziellen und personellen Herausforderungen können Städte und

Gemeinden nur in Zusammenarbeit und mit Unterstützung von allen weiteren Akteuren in der Politik, Europäische Union, Bund und Länder, bewältigen.

Oberbürgermeister Dialog „Nachhaltige Stadt“ beim Nachhaltigkeitsrat

Gemeinsames Positionspapier der Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister des Dialogs „Nachhaltige Stadt“ zur Aktualisierung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie

Wir, die Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister des Dialogs „Nachhaltige Stadt“, begrüßen die Aktualisierung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Die Kommunen sind der zentrale Akteur bei der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele und der Agenda 2030. Dies sollte sich auch in den thematischen Sitzungen des Staatssekretärsausschusses widerspiegeln. Wir bitten den Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung daher das Thema „Nachhaltige Stadt“ 2018 / 2019 als Sitzungsthema aufzunehmen.

- Wir begrüßen das große Engagement des Bundes durch Nachhaltigkeits-Programme zur Mobilität, zur Städtebauförderung, zur sozialen Daseinsvorsorge, zum Klimaschutz bis hin zum entwicklungspolitischen Engagement. Empfindliche Fehlstellen bestehen gleichwohl, wenn es um die strategische, ressortübergreifende kommunale Nachhaltigkeitssteuerung geht. Wir regen die Förderung kommunaler Nachhaltigkeits-Beauftragter an, die je nach den Gegebenheiten vor Ort die Aufgaben der Koordination und des Managements von kommunalem Engagement übernehmen.
- Oft stoßen wir auf regulatorische Hürden, die nicht nötig wären und die lokalen Innovationen entgegenstehen. Aktuell wird dies in der nachhaltigen Mobilitätspolitik besonders deutlich. Wir plädieren für mehr Vertrauen in die lokale Kompetenz. Was wir können, sollen wir auch dürfen können. Wir plädieren für eine Politik des Zulassens, die es uns ermöglicht, kreative Lösungen zu Fahrradwegen, nachhaltigen Transportmodellen, intermodalen Anschlüssen oder zur Verkehrsvermeidung schneller und mit mehr Engagement der Bürger umzusetzen. Mit der Einführung von Experimentierklauseln können innovative Konzepte schneller getestet und realisiert werden.

In einem Gespräch mit dem Staatssekretärsausschuss wollen wir die Voraussetzungen dafür verbessern, dass die Städte ihrer Verantwortung für Nachhaltigkeit besser nachkommen können.

Stellungnahme der Bundestagsabgeordneten Harald Ebner, Bettina Hoffmann, Markus Tressel, Friedrich Ostendorff, Uwe Kekeritz und Renate Künast von Bündnis 90/Die Grünen

Stellungnahme der Bundestagsabgeordneten Harald Ebner, Bettina Hoffmann, Markus Tressel, Friedrich Ostendorff, Uwe Kekeritz und Renate Künast zum Konsultationspapier zur Aktualisierung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie 2018 und zur Prüfung eines Indikators für Deutschlands Beitrag, Hunger und Mangelernährung weltweit zu beenden und das Recht auf Nahrung zu verwirklichen

Der Peer Review der Expertengruppe um Helen Clark bescheinigt der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie 2016 nicht ehrgeizig genug zu sein. Obwohl Deutschland für eine ambitionierte Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele (SDG) volkswirtschaftlich eine hervorragende Ausgangsposition hat, sind die bisherigen Bemühungen nicht ausreichend, um die Erreichung

der SDG bis 2030 zu gewährleisten. Der Global Nutrition Report 2017 trifft sogar die Kernaussage, dass die Welt kaum eines der Ziele der Agenda 2030 erreichen wird, wenn nicht mehr in die Bekämpfung von Fehlernährung investiert wird.

Derzeit sind zwei Milliarden Menschen auf der Erde fehlerernährt – also unter- oder übergewichtig oder leiden an Mikronährstoffmangel (1 Aktion gegen den Hunger et al.: Bericht zur Vorstellung und Diskussion der Ergebnisse des GNR 2017). Erstmals seit Jahren steigt die Zahl der Menschen, die weltweit an Hunger leiden, wieder. Während 2015 777 Millionen Menschen an Hunger und Mangelernährung litten, waren es im Jahr 2016 815 Millionen (<http://www.fao.org/state-of-food-security-nutrition>).

Für die Bundesregierung sind die globalen Nachhaltigkeitsziele, laut Aussage von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel bei der 18. Jahreskonferenz des Deutschen Rates für Nachhaltigkeit, Richtschnur ihres Handelns. Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) beschreibt das Menschenrecht auf Nahrung sogar als handlungsleitendes Motiv.

Ein Hauptkritikpunkt ist jedoch, dass die von der Bundesregierung erarbeiteten Indikatoren zur Messung des deutschen Beitrags zur Erreichung der SDG durch die überdurchschnittlich quantitative Ausgestaltung der Indikatoren kaum aussagekräftig für den tatsächlichen Fortschritt bei den SDG sind. In der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie 2016 wurde ein Prüfauftrag für sechs neue Indikatoren zur Umsetzung der SDG vereinbart. Drei davon fallen in den Geschäftsbereich des BMEL, einer widmet sich spezifisch dem Beitrag Deutschlands, Hunger und Mangelernährung weltweit zu beenden und das Recht auf Nahrung zu verwirklichen.

Anlässlich der Veröffentlichung des Konsultationspapiers des Staatssekretärsausschusses für nachhaltige Entwicklung am 06.06.2018 hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft (AfEL) einen Bericht der Bundesregierung zu den drei unter BMEL-Beteiligung erarbeiteten Indikatoren am 13.06.2018 eingefordert. Durch den Bericht der Bundesregierung wurden die Fragen und Kritikpunkte, die sich aus dem Indikatorenvorschlägen ergeben nicht hinreichend geklärt.

Wir bitten daher die Bundesregierung erneut zu Folgendem Stellung zu nehmen:

Die Prüfung eines Indikators für Deutschlands Beitrag, Hunger und Mangelernährung weltweit zu beenden und das Recht auf Nahrung zu verwirklichen, verengt die Messung des deutschen Beitrags auf die Unterstützung von guter Regierungsführung („good governance“). Obwohl erkannt wird, dass dieser Beitrag nicht messbar ist, werden keine anderen Indikatoren genannt. Es wird lediglich erwähnt, dass sich ein weiterer Indikator in der Diskussion befindet.

Stattdessen sieht der Vorschlag vor, eine ‚ODA-Quote in klein‘ zu etablieren, die den finanziellen Beitrag Deutschlands an Projekten zur weltweiten Ernährungssicherung anhand der Leitlinien des Referenzrahmens des VN Ausschusses für Welternährungssicherung misst.

Niemand bezweifelt, dass gute Regierungsführung und Hungerbekämpfung korrelieren. Aber der Indikator in seiner jetzigen Ausgestaltung ist in keiner Weise aussagekräftig, um den tatsächlichen deutschen Beitrag zur Sicherung der Welternährung widerzuspiegeln. Unabhängig davon, dass viele andere zentrale Punkte, wie u.a. die Exportstrategie des BMEL, der Einfluss der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union oder auch die Beteiligung deutscher Firmen an fragwürdigen Landdeals im Ausland, nicht diskutiert werden, sagen gegebene finanzielle Mittel wenig über die unmittelbare Hungerbekämpfung vor Ort aus.

Es muss daher unbedingt verhindert werden, dass der vorgeschlagene Indikator zu einer reinen ‚Schlagwort-Suche‘ in den identifizierten Projekten verkommt. Es muss gewährleistet werden,

dass der Output dieser dementsprechend identifizierten Projekte anhand der Zielsetzung der Leitlinien des Referenzrahmens des VN Ausschusses für Welternährungssicherung auch spezifisch vor Ort evaluiert und über vorab definierte Rückläufer-Mechanismen sichergestellt wird, dass best-practise-Beispiele weiter gefördert und ‚worst-case-Beispiele‘ unmittelbar beendet werden.

Darüber hinaus, muss die Liste der zur Sicherung der Welternährung geförderten Projekte der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, ebenso wie die Evaluationsberichte. Durch diese Maßnahmen kann sichergestellt werden, dass die finanziellen Mittel, die Deutschland zur Verfügung stellt, auch tatsächlich einen Beitrag leisten.

Das Konsultationspapier nennt ferner auch die Stärkung der Politikkohärenz als besondere Herausforderung. Vor diesem Hintergrund fordern wir die Bundesregierung auf, die erarbeiteten Indikatoren nicht nur besser ressortübergreifend zu erarbeiten und abzustimmen, sondern vor allem auch als Maßstab an ihr eigenes Handeln anzulegen. Fragen, wie unsere Art der Ernährung und unser landwirtschaftlicher Export und Import mit der Verwirklichung des Menschenrechts auf Nahrung weltweit zusammenhängen, müssen ergebnisoffen diskutiert und analysiert werden. Nimmt man den menschenrechtsbezogenen Ansatz in der Hungerbekämpfung ernst, muss die Fragestellung nicht „wie ernähren wir die Welt?“ lauten, sondern: „wie ernährt sich die Welt?“.

Stiftung Bildung zum Konsultationspapier der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie 2018 zu SDG4 und Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)

Die Stiftung Bildung wirkt als unabhängige gemeinnützige Spendenorganisation direkt an der Basis über das bundesweite Netzwerk der 40.000 Kita- und Schulfördervereine, stärkt die Handelnden, gibt ihnen eine Stimme in Politik und Öffentlichkeit und fördert insbesondere Vielfalt und Partizipation in der Bildung.

Seit guten zwei Jahren begleitet die Stiftung Bildung die Nationale Plattform BNE und hat intensiv als Co-Vorsitz des Fachforums Schule den Nationalen Aktionsplan BNE mitgestaltet. Wir organisieren mit dem Jugendforum youpaN (www.youpan.de) die durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Jugendbeteiligung im Rahmen der Nationalen Plattform Bildung für nachhaltige Entwicklung. Wir stärken das Engagement an Kitas und Schulen sowie das der nächsten Generation, damit sie ermächtigt werden als Akteure des Wandels aktiv sein zu können. Sie werden in der Zukunft leben, an der wir heute als Gesellschaft bauen. Daher ist ihre Rolle so zentral bei der Gestaltung dieser Zukunft und bei der Entwicklung von Prozessen nachhaltiger Entwicklung, ihre Mitbestimmung ist elementar.

Die Implementierung von Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie sowie die Partizipation von jungen Menschen und der Zivilgesellschaft im Bildungsbereich begrüßen wir sehr.

BNE leistet einen wichtigen Beitrag zur politischen Bildung für Toleranz, Vielfalt, Demokratie und gesellschaftlichen Teilhabe. Der Nationale Aktionsplan BNE stellt in seiner Präambel fest, dass die Umsetzung der SDGs eine umfassende und tiefgreifende gesellschaftliche Transformation notwendig macht. Bildung, so der Nationale Aktionsplan BNE, nimmt dabei eine Schlüsselrolle ein, die Gestaltungsmut voraussetzt.

Für eine wirkungsvolle Umsetzung und strukturelle Verankerung von BNE ist die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie ein wesentlicher Meilenstein.

Daher sollte der Nationale Aktionsplan BNE als Leitperspektive in die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie aufgenommen werden, insbesondere die Nennung des youpaNs würde die Bedeutung von Partizipation der jungen Generation und Demokratiebildung hervorheben, sowie die Jugendlichen in ihrem Handeln für die SDGs bestärken. Eine konkrete Formulierung könnte – angelehnt an den Nationalen Aktionsplan BNE – sein:

„Partizipation aller gesellschaftlichen Gruppen ist Grundlage einer nachhaltigen Entwicklung. Kinder und Jugendliche müssen beteiligt werden, damit die jüngere Generation Gegenwart und Zukunft aktiv mitgestaltet. Die Demokratisierung von Kita und Schule ist ein zentrales Element, um durch Mitgestaltung in Kita, Schule und Gemeinwesen Selbstwirksamkeit zu erfahren. Wirksame Kinder- und Jugendbeteiligung und Ermächtigung auf der Grundlage der Kinderrechte sind im Lern- und Lehrumfeld zu etablieren. Die Stiftung Bildung setzt die Jugendbeteiligung im Rahmen des BNE Prozesses um, das BMBF setzt damit und durch die Förderung ein deutliches nationales wie auch internationales nachahmenswertes Signal.“

Weiterhin ist sowohl auf den Koalitionsvertrag wie auch auf eine Studie zu verweisen. Der Koalitionsvertrag hält fest, dass die Förderung von BNE intensiviert werden soll. Das Bündnis ZukunftsBildung verweist mit einer wissenschaftlichen Studie darauf, dass im schulischen Bereich bis 2030 Investitionen von rund 14 Milliarden Euro notwendig sind, um BNE strukturell umzusetzen. In der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie sollte sich die Aussage des Koalitionsvertrages genauso wiederfinden wie die Förderungen von sinnvollen Strukturen, insbesondere der Partizipation fördernden Strukturen wie der Stiftung Bildung, des Bundeselternrates, der Bundeschüler*innenkonferenz und des Bundesverbandes der Kita- und Schulfördervereine. Auf diese Weise lassen sich die SDGs und BNE über die Engagierten in den Kitas und Schulen breitenwirksam vor Ort umsetzen.

Die Aufnahme von BNE Indikatoren begrüßen wir sehr, würden uns allerdings wünschen, dass ein Indikator bereits 2019 vorliegen würde. Dies wurde auch im Fachforum Schule diskutiert und befürwortet. So wäre es hilfreich, wenn zum Ende dieser Phase des Weltaktionsprogramms ein Indikator vorliegt, zum anderen könnten erste Ergebnisse und Erfahrungen in die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie 2020 einfließen.

Deutsches Zentrum für integrative Biodiversitätsforschung (iDiv) Halle-Jena-Leipzig

Positionspapier zur Rolle des Bodens im Rahmen der Agenda 2030 „Ziele für eine nachhaltige Entwicklung“

Böden und ihre biologische Vielfalt sind Grundlage für unser menschliches Wohlergehen. Böden und Bodenlebewesen sind zentral für die Lebensmittelproduktion, Wasseraufreinigung, Abbau von Schadstoffen, Kohlenstoffspeicherung und als Lebensort für eine riesige, aber bisher nur unzureichend beschriebene Artenvielfalt (Wall et al. 2015, Phillips et al. 2017). Damit sind die Ziele für eine nachhaltige Entwicklung #2 (Kein Hunger), #3 (Gesundheit und Wohlergehen), #6 (Sauberes Trinkwasser und Sanitäreinrichtungen), #13 (Maßnahmen zum Klimaschutz) und #15 (Leben am Land) der Agenda 2030 der Weltgemeinschaft direkt von unseren Böden abhängig.

Dementsprechend rückt die Bedeutung des Bodens immer mehr in den wissenschaftlichen, öffentlichen und politischen Fokus. Obwohl im Konsultationspapier des Staatssekretärsausschusses für nachhaltige Entwicklung „Bodenschutz“ explizit aufgeführt wird, ist die Einführung eines „Bodenschutzindikators“ bisher noch nicht gelungen und soll weiter geprüft werden. Wir raten eindringlich, eine entsprechende Bewertung verstärkt auch auf Grundlage biotischer Aspekte vorzunehmen. Denn es ist die Vielfalt der Organismen und deren

Wechselwirkungen im Boden, die die zahlreichen Funktionen des Bodens maßgeblich mitbestimmen (Bardgett und van der Putten 2014, Wall et al. 2015).

Leider weiß man bisher nur sehr wenig über die Verteilung und wichtigsten Einflussfaktoren für Artenvielfalt im Boden (Veresoglou et al. 2015). Tatsächlich wurden erst kürzlich die ersten Bodentiere auf Roten Listen in Deutschland berücksichtigt, und es wurde deutlich, dass es so gut wie keine Zeitreiheninformationen zu Bodentieren gibt (Phillips et al. 2017). Eine rein abiotische Betrachtung von Böden kann jedoch aufgrund des engen Zusammenspiels zwischen physikalisch-chemischen und biologischen Prozessen keine ganzheitlichen und vor allen Dingen keinen robusten Indikatoren zum Bodenzustand liefern.

Deshalb halten wir es für unerlässlich, dass die Vielfalt im Boden eine zentrale Rolle bei zukünftigen wissenschaftlichen Monitoring-Initiativen spielen muss. Entsprechende Bodenschutzindikatoren müssen entwickelt werden. Eine Aktualisierung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie muss demnach Böden und die biologische Vielfalt darin unbedingt berücksichtigen.

Piratenpartei Deutschland

Im Rahmen des öffentlichen Dialogs der Bundesregierung zur Aktualisierung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie nehmen die Themenbeauftragten für Energiepolitik, Wirtschaft und Landwirtschaft der Piratenpartei Deutschland sowie Hanns-Jörg Rohwedder, ehemaliger Sprecher für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz der Piraten-Landtagsfraktion NRW von 2012 bis 2017, wie folgt Stellung:

Vorbemerkung:

Ein Dialog der Bundesregierung mit der Öffentlichkeit wird von der Piratenpartei grundsätzlich begrüßt. Beiträge zu komplexen Fragestellungen wie zum Beispiel einer Aktualisierung der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie bedürfen einer intensiven Prüfung und inhaltlichen Analyse. Ein Zeitraum für die Bekanntmachung eines gewünschten Dialoges und der Einreichung von Beiträgen von nur drei Wochen ist zu kurz bemessen und stellt das Ziel eines substanziellen Beitrags der Öffentlichkeit in Frage. Eine Veröffentlichung der Beiträge - sofern die Beitragseinreichenden damit einverstanden sind - sollte selbstverständlich sein, ebenso wie eine spätere Information der Bundesregierung darüber, welche inhaltlichen Anmerkungen und Beiträge in der Aktualisierung der Nachhaltigkeitsstrategie Berücksichtigung gefunden haben.

Themen der Bundesregierung und unsere Anmerkungen dazu:

"Deutschlands Beitrag dazu, weltweit Hunger und Mangelernährung zu beenden und das Recht auf Nahrung zu verwirklichen"

... und dies nachhaltig zu gestalten", diese Ergänzung muss gestattet sein. Denn unter der Überschrift der Nachhaltigkeit kann nicht allein die Ernährungssicherung betrachtet werden. Diesen Begriff stellt die Bundesregierung in verschiedenen Papieren dem „Recht auf Nahrung weltweit“ so voran, als hinge das Erreichen des Ziels allein von der zu liefernden Menge und Qualität von Nahrungsmitteln ab. ¹ Lebensmittel kann die EU in großen Mengen liefern, beispielsweise Milchpulver. Der Export von Milchpulver ist jedoch weder ökonomisch noch ökologisch nachhaltig.

Die ökonomische Sinnlosigkeit offenbart sich schon bei der Betrachtung der Exporterstattungen: Milliarden wurden ausgegeben, allein um den Exporteuren die Differenz zum Weltmarktpreis auszugleichen.²

Dieses teure und ungerechte Marktinstrument, um Überschüsse los zu werden, soll nun in Schritten wegfallen.³ Logisch wäre es folglich, auch die Überproduktion mit geeigneten Mitteln in den Griff zu nehmen. Längst ist bekannt, dass Exporte von Milchpulver in Länder des globalen Südens den Aufbau einer dort heimischen Milchwirtschaft unmöglich machen.⁴

Wir brauchen Rahmenbedingungen in Deutschland, die zum Beispiel Milchbauern in die Lage versetzen, uns regional mit frischen Milchprodukten zu versorgen, statt sie einem durchgereichten Kostendruck eines exportorientierten Molkereiwesens auszusetzen. Kurze Wege vom Erzeuger bis zum Verbraucher, eine verringerte Herdengröße (gleichbedeutend mit geringerem Methanausstoß) angepasst an den Umfang an Grünland, heimische Futterpflanzen (statt Kraftfutterimporte aus Übersee), dies sind die Kapitel-Überschriften, zu denen die Bundesregierung einen Gesetzesrahmen schaffen muss, um wirklich nachhaltige Fortschritte zu erzielen.

"Bessere Berücksichtigung von Nachhaltigkeit bei der öffentlichen Beschaffung"

Bei der öffentlichen Beschaffung von Gütern und Dienstleistungen ist ein Nachweis der Lieferanten für Einhaltung der Menschenrechte und der ILO-Arbeitsnormen eine notwendige Voraussetzung für die Belieferung. Der "Nationale Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte"⁵ ist für Wirtschaftsunternehmen zu unverbindlich und damit untauglich, eine nachhaltige Verbesserung in der Frage der Einhaltung von Menschenrechten in der Produktion von Gütern und der Bereitstellung von Dienstleistungen zu bewirken. Nach dem "Cradle to Cradle"-Konzept⁶ hergestellte Produkte sind grundsätzlich bevorzugt zu beschaffen.

"Stärkung von Bildung für nachhaltige Entwicklung"

Für die Verantwortlichen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft ist ein umfangreiches Wissen über eine nachhaltige Entwicklung unabdingbar. Wir sehen hier bei vielen Verantwortlichen einen großen Nachholbedarf.

Nachhaltiges Wirtschaften erfordert auch in Wirtschaftsunternehmen ein umfangreiches Wissen, das durch ausreichende Schulungen vermittelt werden muss. Das Wissen über nachhaltiges Wirtschaften allein bewirkt noch keine Veränderungen. Nur durch verbindliche gesetzliche Vorgaben kann es auch in nachhaltiges Handeln umgesetzt werden.

Das Ideal eines mündigen Konsumenten als Träger des Nachhaltigkeitsgedankens kann nur verwirklicht werden, wenn profunde Bildung auf eine umfassende Transparenz im wirtschaftlichen Handeln trifft, zum Beispiel durch die Offenlegung von eingehaltenen Nachhaltigkeitskriterien/ESG in den Lieferketten.

"Bodenschutz"

"Böden sind die größten terrestrischen Kohlenstoffspeicher und übernehmen eine wichtige Funktion bei der Freisetzung oder Fixierung klimarelevanter Gase wie Kohlendioxid (CO₂) und Methan (CH₄)."⁷ Weiterhin stellt das Umweltbundesamt fest: "In Deutschland werden jeden Tag 66 Hektar Fläche verbraucht. Diese Zersiedelung hat erhebliche negative Folgen für die Umwelt. Die Bundesregierung hat sich deshalb in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie das Ziel gesetzt, den Flächenverbrauch bis 2020 auf 30 Hektar pro Tag zu senken."⁸

Auch dieses Ziel ist nicht ausreichend. Erklärtes Ziel der Landesregierung Nordrhein-Westfalens war es, die Flächeninanspruchnahme bis 2020 zunächst auf fünf Hektar pro Tag zu reduzieren, mit dem langfristigen Ziel zu einem Flächenverbrauch von Netto-Null zu kommen.⁹

Wir fordern den Flächenverbrauch in Deutschland umgehend drastisch zu reduzieren und bis spätestens im Jahr 2030 bundesweit einen Flächenverbrauch von Null Hektar in der Summe zu erreichen.

Außerdem kommt der Humusaufbau in der Klimadebatte oft zu kurz und nur am Rande vor. Zu Unrecht, denn hier geht es nicht nur um die Einsparung von CO₂-Emissionen, sondern es wird auch CO₂ der Atmosphäre entzogen und dieses durch Humusaufbau dauerhaft im Boden gebunden. Daneben gibt es noch weitere positive Effekte für den Wasser- und Nährstoffhaushalt.¹⁰

Auch Moore sind effektive und langfristige Kohlenstoffspeicher. Sie müssen erhalten, geschützt und, wo möglich, renaturiert werden, um ihre Funktion als Kohlenstoffspeicher auszubauen. Dies erhöht auch die Biodiversität.

Weitere Anmerkung:

"Alles, was die Bundesregierung zum Erreichen der Klimaschutzziele noch nie wissen wollte und sich deshalb nicht zu fragen traute"

Es war das Ziel aller Bundesregierungen seit dem Jahr 2002, die Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2020 um 40% gegenüber dem Jahr 1990 zu senken.¹¹ Im Jahr 1990 betrugen die Treibhausgasemissionen 1252 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente.¹² Eine Reduzierung von 40% bedeutet eine Emission von 751 Millionen Tonnen. Im Jahr 2017 betrugen diese Emissionen 905 Millionen Tonnen¹³, es müssen demnach noch 153 Millionen Tonnen eingespart werden. Dieses ist immer noch u. a. mit folgenden Maßnahmen und Programmen möglich:

Die Änderung der sogenannten Meritorder bei der Stromerzeugung mit fossilen Kraftwerken, so dass für die Stromerzeugung zunächst die Gaskraftwerke mit ihren geringsten CO₂-Emissionen pro erzeugter Megawattstunde, dann die Steinkohle- und erst, wenn diese Erzeugungskapazitäten nicht mehr ausreichen, auch noch Braunkohlekraftwerke eingesetzt werden. Eine solche Einsatzreihenfolge hätte im Jahr 2016 ca. 100 Millionen Tonnen an CO₂-Emissionen eingespart.¹⁴ Die Begrenzung des Ausbaus der Stromerzeugung mit erneuerbaren Energien führt dazu, dass lediglich der Wegfall der Stromerzeugung mit Kernkraftwerken CO₂-mäßig kompensiert wird. Eine Aufhebung dieser gesetzlichen Grenze würde zu einer zusätzlichen CO₂-Einsparung führen, ebenso wie eine Reduzierung des Stromexportüberschusses, der im Jahr zu einem Ausstoß von 29 Millionen Tonnen CO₂ geführt hat.¹⁵

Die Piratenpartei begrüßt ausdrücklich den Vorschlag der Bundesregierung, einen fahrscheinlosen öffentlichen Nahverkehr bundesweit einzuführen.¹⁶ Im Jahr 2014 betrugen die CO₂-Emissionen des motorisierten Individualverkehrs in Deutschland 100,5 Millionen Tonnen. Im Vergleich zum Jahr 2014 hatte die Verkehrsleistung im Jahr 2016 um 3,3% zugenommen.¹⁷ Damit ist auch aktuell von CO₂-Emissionen in der Größenordnung von 100 Millionen Tonnen auszugehen. Würde ein fahrscheinloser öffentlicher Nahverkehr bundesweit eingeführt, kann eine Einsparung von mindestens 20 Millionen Tonnen erwartet werden. Eine Reduzierung des Güterverkehrs auf der Straße (mit einer Emission von 48,3 Millionen Tonnen Treibhausgasen im Jahr 2016) durch eine Verlagerung des Transportes auf die Schiene (im Jahr 2016 von nur 2,6 Millionen Tonnen) würde zu weiteren CO₂-Einsparungen von mehreren Millionen Tonnen Treibhausgasen führen, da der Bahntransport nur ein Viertel der Treibhausgasemissionen pro Tonnenkilometer verursacht.¹⁸

Mit einer Erhöhung der sogenannten "Schienen-Maut" seit dem Jahr 2010 um 18%, bei gleichzeitiger Senkung der LKW-Maut um 20% ¹⁹ hat die Bundesregierung gegen eine solche Verlagerung gearbeitet. Es ist zu befürchten, dass der „Masterplan Schienengüterverkehr“ lediglich ein erneutes wirkungsloses Lippenbekenntnis der Bundesregierung bleibt. Wir fordern eine umgehende Sanierung von Gleisstrecken und einen Ausbau

Weitere nicht unerhebliche CO₂-Einsparungen sind durch die verschiedenen Förderprogramme der Bundesregierung zur Steigerung der Energieeffizienz zu erwarten ²⁰

Zahlreiche weitere Anregungen kann die Bundesregierung der Liste "Umweltschädliche Subventionen in Deutschland 2016" des Umweltbundesamtes entnehmen. ²¹

1

https://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/Nachhaltigkeit/Konsultationspapier/2018-06-06-hunger.pdf?__blob=publicationFile&v=1

² https://www.bmel.de/DE/Landwirtschaft/Markt-Handel-Export/_Texte/Tabellen-und-Grafiken.html;nn=3714070

³ <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/ttip-und-freihandel/wto-treffen-nairobi-agrar-exportsubventionen-werden-abgeschafft-13975307.html>

⁴ <https://www.misereor.de/fileadmin/publikationen/studie-billiges-milchpulver-fuer-die-welt-2015.pdf>

⁵ <http://www.csr-in-deutschland.de/DE/Wirtschaft-Menschenrechte/NAP-Originalfassung/nap-originalfassung.html;jsessionid=A8E6689B64B66D9E40DF06CBFC1580B7>

⁶ <https://www.epea.com/de/cradle-2-cradle/>

⁷ <https://www.umweltbundesamt.de/daten/flaeche-boden-land-oekosysteme/boden/humusstatus-der-boeden#textpart-1>

⁸ Pressemitteilung des Umweltbundesamtes vom 24.03.2017
<https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/flaechenverbrauch-ziele-verbindlich-festlegen>

⁹ <https://www.umwelt.nrw.de/umwelt/umwelt-und-ressourcenschutz/boden-und-flaechen/flaechenverbrauch/>

¹⁰ <http://docplayer.org/33577530-Wie-funktioniert-humusaufbau.html>

¹¹ <https://www.bmu.de/themen/klima-energie/klimaschutz/nationale-klimapolitik/aktionsprogramm-klimaschutz/>

¹² Gesamtausgabe der Energiedaten - Datensammlung des BMWI:
https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Binaer/Energiedaten/energiedaten-gesamt-xls.xls?__blob=publicationFile&v=73 Tabelle 10

¹³ Klimabilanz 2017: Emissionen gehen leicht zurück:
<https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/klimabilanz-2017-emissionen-gehen-leicht-zurueck>

http://wiki.piratenpartei.de/wiki/images/6/63/Analyse_zur_Einsatzreihenfolge_von_fossilien_Kraftwerken.pdf

¹⁵ <https://www.umweltbundesamt.de/daten/energie/stromerzeugung-erneuerbar-konventionell#textpart-3> und <https://www.piratenpartei.de/2018/02/02/klimaziele-2020-locker-erreichen-eine-anleitung/>

¹⁶ <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-02/kostenloser-oepnv-luftverschmutzung-vorschlag-bundesregierung>

¹⁷ Gesamtausgabe der Energiedaten - Datensammlung des BMWI:
https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Binaer/Energiedaten/energiedaten-gesamt.xls.xls?__blob=publicationFile&v=73 Tabelle 1 und „Kohlendioxid-Emissionen der privaten Haushalte durch Kraftfahrstoffe im Straßenverkehr“ im 2014:
<https://www.umweltbundesamt.de/daten/private-haushalte-konsum/mobilitaet-privater-haushalte#textpart-6>

¹⁸ <https://www.vdv.de/statistik-gueterverkehr.aspx> und <https://www.allianz-pro-schiene.de/themen/gueterverkehr/daten-fakten/> und
https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Binaer/Energiedaten/energiedaten-gesamt.xls.xls?__blob=publicationFile&v=73 Tabelle 1

¹⁹ <https://www.allianz-pro-schiene.de/wp-content/uploads/2018/06/180615-Lkw-Maut-u.-Trassenpreis.pdf>

²⁰ <https://www.deutschland-machts-effizient.de/KAENEF/Navigation/DE/Foerderprogramme/Foerderprogramme-Liste/foerderprogramme-liste.html>

²¹ Liste "Umweltschädliche Subventionen in Deutschland 2016" des Umweltbundesamtes:
<https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/umweltschaedliche-subventionen-in-deutschland-2016>

WWF

Vorbemerkung

Der WWF Deutschland dankt dem Bundeskanzleramt für die Gelegenheit, zum Konsultationspapier zur Aktualisierung der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie 2018 Stellung nehmen zu können. Aufgrund der kurzen Vorlaufzeit beschränkt sich der WWF-Beitrag auf einige wesentliche Punkte, nimmt dabei aber auch die Nachhaltigkeitsstrategie als Ganzes in den Blick. Für eine ausführliche Stellungnahme war die gesetzte Frist zu kurz. Wir bitten daher um Verständnis, dass nicht alle Aspekte betrachtet werden konnten und nicht in jedem Fall substantielle Vorschläge ausgearbeitet werden konnten.

Internationale Zusammenarbeit

Der Eindruck, der hier erweckt wird, dass das gesamte Budgetvolumen des BMZ von 8,54 Mrd. EUR (2017) für die Umsetzung der Agenda 2030 eingesetzt wurde, ist irreführend und sollte

korrigiert werden. Das Initiativprogramm Agenda 2030 allerdings ist für Entwicklungsländer von großem Interesse. Jedoch könnte die Transparenz gesteigert werden, nach welchen Kriterien und Bedingungen welche Länder an dem Initiativprogramm Agenda 2030 teilnehmen können, was dies genau beinhaltet und welche Rolle bspw. auch die Zivilgesellschaft bei der Umsetzung spielt. Wie das Programm 2017 und 2018 weitergeführt wurde, bzw. wird, ist nicht ersichtlich, dem Vernehmen nach erfolgt dieses jedoch inzwischen mit geringeren Mitteln. (s. a. „Fehlende Indikatoren“)

Die deutsche G20-Präsidentschaft hat durchaus einige positive Akzente für die nachhaltige Entwicklung setzen können. Die Weiterführung des unter chinesischer Präsidentschaft gestarteten G20-Aktionsplans zur Agenda 2030 kann jedoch nur mit Abstrichen auf der Habenseite verbucht werden, da der Plan im wesentlichen Wachstumsimpulse zum Zentrum hat.

Das mangelnde konkrete EU-Engagement für die Umsetzung der Agenda 2030 ist absolut beschämend, nachdem die EU in der Verhandlungsphase der SDGs noch eine sehr positive Rolle gespielt hatte. Die fehlende Stimme Deutschlands dazu geht jedoch auf das Konto der Bundesregierung. Denn die SDGs spielen zum Beispiel weder in ihrer Auseinandersetzung mit dem MFR noch bei der Gemeinsamen Agrarpolitik – um nur zwei EU-Politiken zu nennen – eine erkennbare Rolle. Die offensichtlich akzeptierte Fortführung der fast bedingungslosen Subventionen in der ersten Säule der GAP ist hierfür nur ein Beispiel.

Die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie

Die Stärkung der Politikkohärenz durch Ressortkoordinatoren für nachhaltige Entwicklung ist positiv zu beurteilen, zumal diese bei allen Ministerien hochrangig angesiedelt sind. Nach allem, was wir in Erfahrung bringen konnten, können sie jedoch nicht unabhängig von Ministeriumsberichtslinien als Sachwalter der Nachhaltigkeitsstrategie agieren und sind dadurch im Zweifel eher dem Ministerium als der Kohärenz verpflichtet. Auch ist die Ausstattung mit nennenswerten zusätzlichen Zeit- und finanziellen Ressourcen ist nicht zu erkennen.

Der WWF erkennt an, dass die Entwicklung eines Prüftools für die Elektronische Nachhaltigkeitsprüfung prinzipiell positiv zu sehen ist, welche die Nachhaltigkeitsprüfung erleichtern kann. Abzuwarten bleibt, inwieweit sie eine bessere ex ante-Prüfung von Gesetzesvorhaben in der Praxis ermöglicht und verbessert.

Sehr positiv ist vom Grundsatz her die Einrichtung der Dialoggruppe, die die StakeholderEinbindung in die Arbeit des Staatssekretärsausschusses für nachhaltige Entwicklung gewährleisten soll. Sie folgt einem ausdrücklichen Vorschlag der Zivilgesellschaft, um auf diese Weise mehr Transparenz und Einflussmöglichkeiten zu gewährleisten. In der Praxis muss sich dies noch beweisen, zumal kein direkter Austausch mit dem Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung vorgesehen ist. Auch ist nicht erkennbar, dass neben den gesetzten Hauptberatungsthemen ausreichend Raum für die Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie als Ganzes eingeräumt wird.

Die Aufwertung des parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung bleibt eine wichtige unerledigte Aufgabe der deutschen Nachhaltigkeitsarchitektur. Sie obliegt allerdings dem Bundestag selbst. Dazu gehört auch eine ausreichende Mittelausstattung, um seine Rolle als Wächter- und Korrekturinstitution wahrnehmen zu können. Solange der Beirat nicht auf Augenhöhe mit bestehenden Ausschüssen agieren kann, kann er im Parlamentsbetrieb auch keine ausreichende politische Wirkung im Sinne der Agenda 2030 entfalten. Zu hoffen ist, dass zumindest die oben beschriebene elektronische Nachhaltigkeitsprüfung erste Fortschritte erlaubt. Die Notwendigkeit der Aufwertung bleibt auf der Tagesordnung.

Die Empfehlungen des vom Rat für Nachhaltigkeit organisierten Peer Reviews zur deutschen Nachhaltigkeitspolitik legen bei aller diplomatischen Zurückhaltung doch den Finger in verschiedene Wunden der deutschen Nachhaltigkeitspolitik und der deutschen

Nachhaltigkeitsstrategie. Da ist vor allem die kurze Empfehlung Nr. 3 zu nennen, die belegt, dass – wie der WWF von Beginn an kritisiert hatte – die Ziele oftmals zu wenig ehrgeizig gesetzt sind. Den Wohlstand Deutschlands im Wesentlichen am BIP festzumachen oder den Erfolg des Textilbündnisses anhand der Anzahl der beteiligten Unternehmen zu messen, ohne dass diese sich bereits an Nachhaltigkeitskriterien halten müssen, sind nur zwei Beispiele für zumindest unehrgeizige Ziele. Als mindestens ebenso wichtig ist die Aufforderung in Empfehlung Nr. 5 zu sehen, so genannte „off track indicators“ entschieden anzugehen. Aus Sicht des WWF sind hier ggf. auch gesetzgeberische Maßnahmen vorzusehen, wenn Ziele anderweitig nicht erreicht werden können. Zum Schluss möchten wir noch Empfehlung Nr. 10 hervorheben. In der Arbeitsgruppe „Indikatoren“ am 18. Juni 2018 wurde im Rahmen des Forums Nachhaltigkeit im Bundeskanzleramt nahezu im Konsens festgestellt, dass die Bundesregierung deutlich mehr Mittel bereitstellen muss, um ein ausreichendes Monitoring zu ermöglichen – eine Auffassung die der WWF zu 100 % teilt.

Nachhaltigkeitsindikatoren und Ziele der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie

Prüfung neuer Indikatoren

1. Lebensmittelabfälle und -verluste in Deutschland‘

Derzeit werden im Rahmen einer Arbeitsgruppe Definitionen und Methoden für die Erfassung und Darstellung von Lebensmittelabfällen und -verlusten erarbeitet. Ein abgestimmtes Methodenpapier wird im Herbst 2018 vorliegen. Dieses soll sowohl den zukünftigen Datenanforderungen der EU-Kommission als auch denen an einen Indikator für die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie genügen. Der WWF fordert eine größtmögliche Transparenz und Partizipation hinsichtlich der Erarbeitung und Festlegung von Definitionen, Methoden sowie des Konzeptes zur Erlangung einer Datengrundlage zu den Lebensmittelabfällen und -verlusten über die gesamte Wertschöpfungskette. Dieses sollte entweder über einen gesamtgesellschaftlichen Dialog, die Einbindung von Experten oder aber einer öffentlichen Konsultation erfolgen.

2. Deutschlands Beitrag, Hunger und Mangelernährung weltweit zu beenden und das Recht auf Nahrung zu verwirklichen

Kein Kommentar in der Kürze der Zeit möglich.

3. Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien bei der öffentlichen Beschaffung

Dieser Bereich ist allein wegen seines Volumens von außerordentlicher Bedeutung. Die Entwicklung eines entsprechenden Schlüsselindikators, der diesen Namen verdient, wurde vom WWF daher sehr begrüßt. Bisher ist eine Einengung auf das Thema Papier zu konstatieren. Eine Ausweitung auf Kfz und später ggf. auf Textilien in der öffentlichen Verwaltung ist gut, aber insgesamt völlig ungenügend. Wichtige Bereiche mit großem Finanzvolumen und Nachhaltigkeitseinfluss (auf Klima, Wälder, Luftreinhaltung, Lärm, etc.) wie Gebäude, Infrastrukturinvestitionen und andere öffentliche Beschaffungssektoren sind komplett ausgeklammert. Diese Tatsache wurde bereits beim Forum Nachhaltigkeit am 18.06.2018 von vielen Teilnehmern deutlich kritisiert. Hier muss nachgearbeitet werden.

4. Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)

Die Aufnahme einer Indikatorik zu BNE in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie ist zu begrüßen, allerdings ist das angestrebte Abwarten bis 2020 nicht zielführend. Der Wille, BNE in allen Bildungsstufen zu verankern, ist nicht zu erkennen.

5. Wirkung von Forschungsinvestitionen

Die Zahl marktrelevanter Patente pro Mio. Einwohner ist als Ziel untauglich, sie sagt nichts über die Nachhaltigkeit von Forschungsinvestitionen aus. Patente können sogar das Gegenteil auslösen, wenn sie keinen Nachhaltigkeitskriterien genügen. Die fast komplette Ablehnung durch den Teilnehmerkreis des Indikatorenforums beim Forum Nachhaltigkeit am 18.06.2018 sollte dazu führen, dass dieser Indikator gestrichen wird oder dass nur Patente, die Nachhaltigkeitskriterien genügen, herangezogen werden.

6. Bodenschutz

Der WWF erachtet es als außerordentlich wichtig, dass ein neuer Indikator für diesen oft vergessenen oder unterschätzten Bereich eingeführt wird. Die Sicherung und Verbesserung der Böden ist sowohl für die Biodiversität und das Klima als auch für die langfristige Ernährungssicherung von immenser Bedeutung. Er ist zu wichtig, um oberflächliche oder lückenhafte Indikatoren zu verwenden; die Fernerkundung der verschiedenen Nutzungen reicht nicht aus. Für die Entwicklung des Indikators sollten auch die Verdichtung des Bodens und weitere qualitative Aspekte berücksichtigt werden, wie die natürliche Bodenfruchtbarkeit oder die Biodiversität im Boden (um nur einige wichtige Beispiele zu nennen). Dies ist notwendig, um den Zustand der Böden in seiner Gesamtheit zu bewerten, was wiederum Hinweise darüber gibt, was zu tun ist.

Überarbeitung von bestehenden Indikatoren der Nachhaltigkeitsstrategie

- 8.4 Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit/umwelt- und sozialverträglich steigern: die ausschließliche Betrachtung des der Steigerung BIP wird dem Indikator nicht gerecht. Der BIP ermöglicht keine Aussage über die Nachhaltigkeit einer Entwicklung, solange er nicht durch soziale und ökologische Kriterien ergänzt wird.
- 8.6 Globale Lieferketten/Textilbündnis: Eine Änderung des aktuellen Indikators (Anzahl der Unternehmen im Bündnis ohne weitere Kriterien) ist dringend notwendig, da er völlig ungeeignet und ohne Aussagekraft ist. Ein Indikator, der darüber Auskunft gibt, wie sich der Markt für nachhaltige Textilien verändert, also wie sich deren Marktanteile entwickeln, sollte angestrebt werden.

Fehlende Indikatoren:

Nachhaltigkeit des Finanzsystems

Die Nachhaltigkeitswirkung von Kapitalflüssen wird nicht gesteuert, es gibt keinen Indikator oder Politikansatz, der eine Messung dieser Wirkung oder eine Steuerung in der Politikgestaltung der Bundesregierung erkennen lässt. Die Klimaverträglichkeit von Finanzflüssen hat sich die Bundesregierung mit dem Pariser Abkommen zum Ziel (§2.1.c) gesetzt. Entsprechende Politikinstrumente und Erfassungsindikatoren sind zu entwickeln.

Entwicklungszusammenarbeit

Die Entwicklung einer Zielsetzung und eines Indikators für den Grad des Engagements Deutschland bei der Unterstützung von Entwicklungsländern bei deren eigenen Anstrengungen und Prozessen zur Umsetzung der Agenda 2030 fehlt bisher. Möglicher Indikator könnte hier die Anzahl der Partnerländer der Entwicklungs-zusammenarbeit sein, die Deutschland maßgeblich durch Know-how-Transfer und die notwendigen Ressourcen unterstützt. Dies würde sich aus dem „Initiativprogramm Agenda 2030“ ergeben und sollte transparent gemacht werden. Viele Länder hinken immer noch bei der Umsetzung der Agenda 2030 hinterher, und es gibt nach unseren Informationen ein großes Interesse an zusätzlicher Unterstützung. Der Unterstützungsbedarf wird sich sicherlich über den gesamten Zeitraum bis 2030 ergeben.

Internationale Verantwortung/Auswirkungen der deutschen Wirtschaftsweise auf das Ausland

Ein großes Manko der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie bleibt weiterhin, dass der dritte Bereich der Nachhaltigkeitsstrategie, „Umsetzung durch Deutschland“, sich bisher nicht in ausreichendem Maße bei den Zielen und Indikatoren wiederfindet. Die Auswirkungen der deutschen Landwirtschaftspolitik oder der deutschen Wirtschaftspolitik außerhalb Deutschlands werden nicht abgebildet. Eine transparente Darstellung der ökologischen und sozialen Auswirkungen jedoch, verbunden mit Zielsetzungen und Indikatoren auf der Zeitachse, ist absolut geboten, wenn Deutschland nicht nur von der Globalisierung profitieren will, sondern auch in gleichem Maße Verantwortung übernimmt. Hier bietet sich vor allem an, die Auslagerung von landwirtschaftlichen Produktionsflächen in andere Länder, teilweise in Entwicklungsländer, zu messen, die Nutzung nach nachhaltigen Standards auszurichten und/oder sie, wo möglich und sinnvoll, zu reduzieren.

Auch stellt sich die Frage, ob Deutschland bei einem Handelsbilanzüberschuss auch die „Überschüsse“ an ökologischen Auswirkungen angerechnet werden sollten. Damit würden nicht nur die Gewinne sondern auch die ökologischen Folgen aus den Überschüssen „internalisiert“. Wegen der Komplexität der Aufgabe ist hier gegebenenfalls ein längerer Zeitraum für die Entwicklung von Indikatoren anzusetzen. Sich der internationalen Verantwortung nicht zu stellen, wäre aber keine akzeptable Alternative,

Managementregeln

Der WWF hatte im Juli 2016 im Rahmen der Konsultation zum Entwurf der jetzigen deutschen Nachhaltigkeitsstrategie umfangreiche Vorschläge zur Ausgestaltung der Managementregeln vorgelegt. Erfreulich ist die Aufnahme einer Reihe dieser Vorschläge in den Managementregeln der Nachhaltigkeitsstrategie. Insgesamt sind sie positiv zu beurteilen.

Der derzeitige Überarbeitungsstand der UAL-AG ist jedoch in Bezug auf die Nutzung nicht erneuerbarer Ressourcen ein Rückschritt, der schnellstens wieder rückgängig gemacht werden sollte: Es ist nur noch von sparsamer Nutzung – so etwas nennt man gemeinhin einen „Gummiparagrafen“ – die Rede, nicht aber davon, dass diese Ressourcen in der bisherigen Fassung „nur in dem Umfang genutzt werden, wie ihre Funktionen durch andere Materialien oder durch andere Energieträger ersetzt werden können“. Wenn überhaupt, sollte der Satz in der aktuellen NHS mit der bisherigen Intention klarer gefasst werden. Auch sollte in Zukunft Wert darauf gelegt werden, dass ein fairer Anteil Deutschlands an der Nutzung und Freisetzung von Ressourcen im Rahmen der globalen Verfügbarkeit nicht überschritten werden sollte

Dass die Finanzmärkte die Erfordernisse nachhaltiger Entwicklung berücksichtigen sollen -4d -, ist deutlich zu wenig. Sie dürfen den Erfordernissen nicht zuwider laufen und sollten sie günstigenfalls erfüllen helfen, und das sollte in die Formulierung einfließen.

Was weiterhin in den Managementregeln fehlt ist, eine neue und kritische Betrachtung der Wirkungen Deutschlands außerhalb der eigenen Landesgrenzen, insbesondere in Entwicklungs- und Schwellenländern. Die Managementregeln müssen dazu führen, dass Deutschland seinen Wohlstand nicht weiter z. B. auf der weiteren Auslagerung von Flächennutzungen für den eigenen Bedarf in andere Länder begründen darf. Ein weiterer Bereich ist die Verbuchung von Exportüberschüssen für Deutschland, aber nicht deren Umweltauswirkungen wie etwa Emissionen. Sie werden den Importländern angelastet.

Rat für Nachhaltige Entwicklung

Gegen den Stillstand im Gesamtsystem

Vorbemerkung

Der Nachhaltigkeitsrat begrüßt die Absicht der Bundesregierung, die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie 2018 in konkreten Details und 2020 im Grundsatz weiterzuentwickeln. Unsere Stellungnahme knüpft an zahlreiche bisherige Interventionen an. Verwiesen wird insbesondere auf unsere Empfehlungen zur Neuformulierung der Managementregeln, zur Afrikapolitik im G20 Kontext und zur Europäischen Agrarpolitik. Derzeit erarbeiten wir u.a. auch Vorschläge zur Weiterentwicklung des multilateralen Austausches im UN - High Level Political Forum, für die wir ebenfalls einen direkten Zusammenhang zur Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie sehen. Die Schwerpunkte aus der Arbeit des Rates, die im Konsultationspapier auf besondere Weise herausgestrichen werden, sollen weiter ausgeweitet werden. Der regionalen Vernetzung von lokalen und regionalen Aktivitäten, der Unterstützung von freiwilligem Engagement der Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der Aktionstage Nachhaltigkeit sowie durch gezielte Förderung von Nachhaltigkeitsbeiträgen zur Alltagskultur durch den Fonds Nachhaltigkeitskultur kommt eine strategische Bedeutung für die Nachhaltigkeitspolitik zu. Mit Bezug auf die Wirtschaft ist Gleiches festzustellen. Deshalb wird der Rat seine Aktivitäten zum Deutschen Nachhaltigkeitskodex und zum nachhaltigen Finanzsystem weiter zu stärken versuchen.

Politik

Die Bundesregierung startet die Konsultationsrunde mit einer grundsätzlichen, politischen Einordnung der Nachhaltigkeit. Danach sei die Agenda 2030 die größte Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Wer, aus dem engeren Kreis der in Sachen Nachhaltigkeit Engagierten wollte dem widersprechen? Aber dennoch sehen wir uns hier zu einem kritischen Kommentar veranlasst. Denn die Bundesregierung lässt außer Acht, dass ihre zentrale Wertschätzung der Agenda 2030 (und national der Nachhaltigkeitsstrategie) eben gerade nicht allgemein geteilt wird. Nur die einschlägige Nachhaltigkeits-„Szene“ spricht von der zentralen Wertschätzung der Agenda 2030. Andere politische Kontexte entziehen sich dagegen.

Tatsächlich konkurrieren verschiedene politische Agenden miteinander um die zentrale politische Aufmerksamkeit und Relevanz. Selbst thematisch verwandte Strategien oder Anliegen wie z.B. des Klimaschutzes, der Biodiversität, der Agrar Zukunft, zum nachhaltigen Konsum oder zur digitalen Agenda kannibalisieren sich zuweilen gegenseitig; oft drückt sich die Konkurrenz dadurch aus, dass man sich ignoriert und sich bewusst voneinander abkoppelt. Der Anspruch auf Kohärenz wird oft nur einseitig als Bringschuld Anderer verstanden. So entsteht mitten in einer Fülle von einzelnen Aktivitäten ein bedrohlicher Stillstand im Gesamtsystem. Für Deutschland liegt HIER die zentrale politische Herausforderung, der sich die Bundesregierung annehmen muss. Angesprochen sind auch alle sonstigen Stakeholder einer offenen, demokratischen Gesellschaft.

Auf der globalen Ebene konterkarieren populistische und national-narzisstische Strömungen die Agenda 2030. Sie denunzieren sie als Verschwörung, missachten die Generationengerechtigkeit und das Denken in Partnerschaften. Es wäre sicherlich ein mutiger, aber richtiger Schritt, wenn die Bundesregierung dieses Handlungsumfeld auf geeignete Weise thematisieren würde. Im Zeitalter der Agenda 2030 und des „Anthropozäns“ gibt es keine „nur nationale“ Umsetzung, für Deutschland schon gar nicht. Als neues Mitglied im VN-Sicherheitsrat besteht für Deutschland die unmittelbar dringliche, allerdings auch lösbare Herausforderung darin, der Agenda 2030 weiteres und erneutes politisches Momentum auf multilateraler Ebene zu verschaffen.

Das „Werben um die Berücksichtigung der Agenda 2030 im Rahmen der Europäischen Institutionen“ (Konsultationspapier) ist nötig, aber nicht hinreichend. Ein „Werben“ erscheint

uns zu passiv und wird letztlich kaum die nötigen Erfolge bringen. Wir ermutigen die Bundesregierung, es nicht beim Werben zu lassen, sondern mit eigenen Schritten und gemeinsam mit Frankreich und anderen EU Mitgliedern voranzugehen. Wir empfehlen der Bundesregierung, ihr Drängen auf eine EU-Nachhaltigkeitsstrategie zu verschärfen. Es ist Zeit für einen neuen, tatkräftigen deutsch-französischen Impuls, der andere Mitgliedsstaaten zum Mittun einlädt. Eine europäische Solidarstrategie zur nachhaltigen Entwicklung muss entlang eines solchen Impulses neu erdacht werden. Ihre Vorbereitungen zum deutschen EU-Ratsvorsitz und die im Zusammenhang mit der Europawahl 2019 anstehenden institutionellen und personellen Entscheidungen sollte die Bundesregierung dafür nutzen, hier weitere entsprechenden Weichenstellungen vorzunehmen. Die Bundesregierung sollte darauf drängen, dass die Europäischen Institutionen die SDGs als Leitprinzip in ihre Arbeitsprogramme aufnehmen. Alle allgemeinen Selbstdarstellungen der Politik der Bundesregierung sollten die Agenda 2030 immer nennen und diese dabei stets mit dem Bemühen um interne und externe Kohärenz verbinden.

Zum von der Bundesregierung unter dem Stichwort Ausblick angeregten „gesellschaftlichen Pakt für eine nachhaltige Entwicklung“ steht der RNE positiv gegenüber. Es versteht sich von selbst, dass die von der Bundesregierung gewählte Formulierung so nicht stehen bleiben kann. Sie muss vielmehr politisch und ordnungspolitisch ausgekleidet werden. Dabei muss es um Freiwilligkeit und Verbindlichkeit, Kohärenz nach innen und Anschlussfähigkeit im internationalen Rahmen gehen. Hierbei werden wir gerne beratend tätig.

Deutschland hat die Finanzierung der internationalen Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren erfreulicherweise erhöht. Für das von der Regierung geplante Ziel, hierfür 0,7 Prozent der Wirtschaftsleistung einzusetzen, bedarf es jedoch eines Plans respektive konzeptioneller Überlegungen. Wir sprechen uns für einen konkreten Stufenplan aus, ähnlich wie ihn auch der OECD/DAC - Prüfbericht zur deutschen Entwicklungszusammenarbeit fordert. Für das „Leave no one behind“ ist es erforderlich, dass diejenigen am stärksten unterstützt werden müssen, die derzeit am weitesten zurückgelassen sind. Vor allem geht es um die konsequente und durchgängige Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und der Durchsetzung der Menschenrechte, damit für alle Menschen ein Leben in Würde und bei Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen möglich wird.

Zum Stand der Arbeiten an der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie

Deutsche Aktionstage Nachhaltigkeit, DAN

Die DAN 2018 waren ein voller Erfolg. Noch nie zuvor haben sich so viele Menschen und so verschiedenartige Trägereinrichtungen engagiert. Dies gilt auch für den gesamten europäischen Raum. Für Deutschland kommt auch die aktivierende Wirkung der regionalen und lokalen Vernetzung durch die Regionalen Vernetzungsstellen Nachhaltigkeitsstrategie, RENN, positiv zum Tragen.

Der RNE empfiehlt der Bundesregierung, diesen Umstand in der Nachhaltigkeitsstrategie politisch zu bewerten. Aus unserer Sicht wird hier eine neue Breite und Qualität von Bewegung sichtbar. Spezifisch sind der freiwillige Charakter jeder Aktion, die Nähe zur Lebenswirklichkeit und eine grundständige Motivation, die nicht als Zustimmung zur Politik der zuständigen Institutionen bewertet werden darf, sondern eine unmittelbare, hohe Erwartung an Politik und Verbände ausdrückt („Wir fangen dann schon mal an...“).

Management-Regeln

Die Weiterentwicklung der Managementregeln ist dringend erforderlich. Die bekannten, bestehenden Regeln werden den Anforderungen nicht mehr gerecht. Darauf hat der RNE mehrfach in der Vergangenheit hingewiesen. Daher sind wir der Bitte der Bundesregierung (lt. Nachhaltigkeitsstrategie 2017) gerne gefolgt, die Regeln zu prüfen.

Im Ergebnis haben wir sie grundlegend neu formuliert und mit einem Verfahrensvorschlag eingereicht

(https://www.nachhaltigkeitsrat.de/wp-content/uploads/2018/05/20171204_Empfehlung-RNE_Managementregeln_der_Nachhaltigkeitsstrategie_webfassung.pdf).

Dadurch haben wir den Arbeitsprozess auf Seiten der Bundesregierung deutlich erweitert. Das Konsultationspapier weist hierauf hin, die Diskussionsvorlage der Bundesregierung zu den neuen Managementregeln bedauerlicherweise nicht. Die Bundesregierung folgt unserer Empfehlung sehr weitgehend im Hinblick auf Struktur, Aufbau und viele inhaltliche Anregungen. Insofern begrüßen wir, dass unser co-evolutiver Vorschlag zu einer Fortentwicklung in der Sache geführt hat.

Wir empfehlen der Bundesregierung, die neuen Managementregeln jetzt zu beschließen und zu implementieren. Ein klarer Startschuss ist jetzt nötig. Soll die Verbesserung der off-track Situationen (siehe Peer Review) angegangen werden und soll die konkrete Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie vorankommen, so müssen die Regeln regierungsintern verbindlich sein. Zur informierten Einschätzung der Regeln gehört, dass wir neben der positiven Würdigung des erreichten Standes auch auf die Punkte aufmerksam machen, wo die Bundesregierung hinter unseren Formulierungen zurückbleibt (Zählweise wie in Entwurf Bundesregierung):

Managementregel Nr. 1 und 2

Begrüßt wird die Übernahme des sog. Triple - Ansatzes und der ausdrückliche Bezug auf die Agenda 2030. - Nicht übernommen hat die Bundesregierung das Kooperationsprinzip. Die Bundesregierung fixiert sich auf den traditionellen (negativen) Footprint („Unser Handeln (...) soll möglichst nicht zu Belastungen (...) in anderen Ländern führen.“) und nimmt nicht die angebotene, SDG-adäquate Option eines (positiven) Handprint auf („auf andere Länder und Regionen soll sich das Handeln in Deutschland (...) positiv auswirken“). Auch vermissen wir eine Regel, die den Zugang der Menschen zu Wissen um ihre natürlichen Lebensgrundlagen und ihre Menschenrechte stärkt, in Deutschland und international.

Modernere, SDG-adäquate Optionen sind zu nutzen. Das Kooperationsprinzip ist in den SDGs angelegt, die positive Außenwirkung ein Gebot der Zeit.

Managementregel Nr. 3

Begrüßt wird die Übernahme der planetaren Grenzen und des Kreislauf-Prinzips als Bezugsgrößen sowie der ausdrückliche Nachhaltigkeit-Vorbehalt bei der Nutzung erneuerbarer Ressourcen. Ebenfalls begrüßt wird, dass die Vermeidung von Gefahren und unvermeidbare Risiken nun die Natur einschließt und sich nicht mehr nur auf die menschliche Gesundheit bezieht. Wir vermissen jedoch das Vorsorgeprinzip, das wir als komplementäres Element zur reinen Abwehr von Gefahren für nötig halten und das für Innovationsstrategien wie die Nachhaltigkeit unabdingbar ist.

Managementregel Nr. 4

Begrüßt wird die Übernahme der Anforderung an Finanzmärkte. - Nicht zufriedenstellend ist der Erhalt der Formulierung zur Generationengerechtigkeit (wie DNS 2017); die Praxis und Diskussion sind hier wesentlich weitergegangen und daher empfehlen wir nachdrücklich eine nochmalige Prüfung unseres Vorschlages („... sind den Standards der nachhaltigen Finanzierung verbunden.“) Ein systematischer Fremdkörper im Regierungsentwurf ist, unabhängig vom Inhalt, dessen Passage zur Landwirtschaft, weil sich auch für andere Branchen je spezifische Umstände hervorheben ließen.

Managementregel Nr. 5

Begrüßt wird, dass unser Bezug zur „offenen Gesellschaft“ übernommen wurde. Im Übrigen wären die Formulierungen der Bundesregierung zum sozialen Zusammenhalt besser als die von uns vorgeschlagenen. Lediglich unsere vorgeschlagenen Maximen der gegenseitigen Unterstützung (Mutualitätsprinzip) und der kulturellen Teilhabe würden den Regierungsentwurf noch verbessern.

Managementregel Nr. 6

Begrüßt wird die Übernahme der Aspekte zur Bildungsteilhabe und Rolle der Wissenschaft, wenngleich auch in anderer, abgeschwächter Formulierung. Hier wäre eine Maxime zweckmäßig, die den Gedanken der systemischen Innovation einbringt, die den technischen und sozialen Wandel einschließt.

Ausdrücklich willkommen geheißen wird das klare Bekenntnis, die „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ im gesamten Bildungssystem zu verankern. Unsere Inhalte zu Kultur und zu Konsum hat die Bundesregierung allgemeiner als Chancen und Risiken bei Innovation umformuliert. Sie vermeidet damit Aussagen zur Kultur, was wir für eine kritische Unterlassung halten. Die Bundesregierung hält nicht mit der gesellschaftlichen Debatte Schritt. Unverständlich ist auch, dass die Bundesregierung sich nicht dazu verständigen kann, ihr ureigenstes Kompetenzfeld, nämlich die öffentliche Beschaffung, durch eine ambitionierte Managementregel zu stärken.

Auf die wesentlichen Kernpunkte reduziert:

- Wir plädieren für die Inkraftsetzung der neuen Managementregeln (Regierungsentwurf).
- In der konkreten Anwendung der Regeln werden wir die verbleibenden Lücken zu unseren Vorschlägen besonders beachten.
- Das sind das Kooperationsprinzip, der Vorsorgegedanke, die Nachhaltigkeitsstandards im Finanzwesen und eine die Rechtslage progressiv interpretierende Regelanweisung zur öffentlichen Beschaffung.

Auf sprachlich-inhaltliche Inkonsistenzen beim Risikobegriff sei nur am Rande redaktionell hingewiesen.

Indikatoren

Die intensive Arbeit an den Indikatoren wird begrüßt. Die sechs vorgestellten Arbeitsfelder sind vordringlich wichtige Bereiche, zu denen die Nachhaltigkeitspolitik vor erheblichen Weichenstellungen steht und die insofern auch ein Monitoring mit verlässlichen Zahlen erfordern.

Ausdrücklich möchten wir darauf hinweisen, dass einige der sechs Indikatoren eine politische Bedeutung haben, die weit über den Kontext der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie hinausgeht. Wir sehen dies insbesondere für die Indikatoren zu Lebensmitteln und zum Bodenschutz als gegeben an. Hier betritt Deutschland Neuland in zwei SDG-Bereichen, die politisch hoch sensibel sind, denen die Weltgemeinschaft ein hohes Maß an Dringlichkeit zuordnet, ohne bisher wirksame Hebel zu haben. Sie gehören zu den „harten Nüssen“ der Agenda 2030, die erst noch zu knacken sind. Aus deutscher Sicht erscheinen gleichwohl transformative Durchbrüche möglich. Wenn man hier im Detail vorankäme, gäbe das der gesamten Agenda 2030 politischen Auftrieb, den sie im Übrigen dringend nötig hat.

Der Zeitplan der Bundesregierung für die weiteren Arbeiten an ihren Indikatoren berücksichtigt diesen Zusammenhang nicht. Wir empfehlen hier eine Korrektur. Es stünde der Bundeskanzlerin gut zu Gesicht, wenn sie in der VN Generalversammlung 2019 u.a. darlegen könnte, dass Deutschland diese harten Nüsse knackt und verallgemeinerbare Lösungen vorlegt.

Wir empfehlen daneben weitere Initiativen Deutschlands im globalen Kontext, um zu politisch vordringlichen Themenfeldern globale Indikatoren neu zu entwickeln. Hier könnte sich Deutschland verdienstvoll beteiligen. Prioritär sind Indikatoren für die Ziele zur Beendigung der Diskriminierung von Frauen (SDG 5), Gesundheit für alle (SDG 3) und fairer Handel (SDG 8 und andere).

Lebensmittelabfälle und -verluste

Die Bundesregierung legt mit Recht dar, dass ein Monitoring von Lebensmittelabfällen und -verlusten nicht trivial ist. Ganz offensichtlich wird, dass die nötigen Vorarbeiten einen höheren Einsatz von Personal und Investitionen erfordern. Hier sollte die Bundesregierung nachbessern.

Ein weiterer Aufschub der nationalen Grunderhebung zum Umfang der Lebensmittelverluste ist politisch nicht opportun (s.o.). Er ist zudem nicht nötig: Denn die Praxis in Bayern und auch das Vorgehen des Umweltministeriums des Vereinigten Königreiches zeigen auf, wie auf der bestehenden Datenbasis bereits jetzt gangbare und praxis-harte Maßnahmen und Ziele begründet werden können. In beiden Fällen werden Daten unterschiedlicher Quellen aggregiert und zu hybriden Maßzahlen zusammengebracht. Für die Makro-Ebene der strategischen Steuerung von Politik ist das ausreichend. Die Politik kann also bereits jetzt zu den von ihr benötigten Bezugsgrößen kommen. Ein Aufschub an das Ende der Legislaturperiode wäre politisch kaum zu rechtfertigen und er wäre höchst unklug. Es gilt, das politische Momentum jetzt zu nutzen, denn zu kaum einem anderen Thema sind die Menschen und Unternehmen auf gleiche Art und Weise engagiert und motiviert. Die Nachhaltigkeitsstrategie könnte hier ihren Wert unmittelbar unter Beweis stellen.

Deutschlands Beitrag zum Recht auf Nahrung

Auch diesen Indikator unterstützen wir im Grundsatz. Die Bundesregierung hat seinerzeit die Entwicklung und die Verabschiedung der „Freiwilligen Leitlinien für das Recht auf Nahrung“ aktiv unterstützt. Eine unabhängige Evaluierung des Erreichten und der strukturellen Hindernisse ist an der Zeit, damit dieses Instrument umgesetzt werden kann.

Der Indikator „gute Regierungsführung“ ist aus unserer Sicht nicht alleine zielführend. Eine gute Regierungsführung (Governance) ist in jedem Fall unabdingbar, was auch für alle anderen Politikfelder gilt.

Wir empfehlen darüber hinaus die Prüfung spezifischerer Indikatoren, etwa aus dem Bereich der Bioökonomie, um den Gegensatz von Tank/Teller/Biodiversität vorsorgend zu vermeiden.

Nachhaltigkeit in der öffentlichen Beschaffung

Die Arbeit an diesen Indikatoren wird grundsätzlich unterstützt, bei allen Detailfragen, die unbenommen bleiben und auch angesichts des Erfordernisses, den Indikator auch auf dringende Fragen etwa zum Recycling sowie zum Gebäude- und Immobilienmanagement auszudehnen.

Bildung für nachhaltige Entwicklung

Wir begrüßen die Bereitschaft der Bundesregierung, einen Indikator für „BNE“ aufzunehmen. Mit Sorge beobachten wir jedoch, dass dieses Vorhaben nun bereits mehrere Jahre lang ohne greifbares Ergebnis verfolgt wird. Eine nochmalige wissenschaftliche Forschung wird sicherlich viele gute Einsichten bringen. Die Lösung für einen Indikator liegt indessen viel näher. Er muss

BNE den zu lange vermissten Rang und Stellenwert in der Nachhaltigkeitsstrategie geben. Keinesfalls ist dafür die vollständige Aufklärung darüber nötig, was alles im Einzelnen unter BNE zu verstehen ist. Wir unterstützen die Messung der Aufnahme von BNE in Strukturen des Bildungssystems, seien es Curricula oder Fördermethoden.

Ein BNE- Indikator hat auch eine politische Funktion außerhalb des unmittelbaren Bildungskontextes. Er ist auch deshalb wichtig und erforderlich, weil er junge Menschen zuvorderst, und wenn auch nur als Objekt, anspricht. Deshalb werfen wir die Frage auf, wie in Zukunft „die Jugend“ als Subjekt angesprochen werden soll. Dass dies nötig ist, steht außer Zweifel. Die Innovationskraft und der nachhaltige Gestaltungswille junger Menschen muss stärker strukturell einbezogen werden.

Forschung

Die Entwicklung dieses Indikators geht u.a. auf eine wiederholte Empfehlung des Rates zurück und wird begrüßt. U.a. haben wir selbst hierzu gutachterliche Vorschläge des FhG ISI (Prof. Dr. Rainer Walz) vorgelegt. Die Umsetzung der Agenda 2030 erfordert eine Nachhaltigkeitsstrategie, die den technischen und sozialen Fortschritt verbindet und deren Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung „ablesbar“ macht. Auf das systemische Innovationsverständnis ist weiter oben hingewiesen.

Wir unterstützen daher ein Monitoring der (Nachhaltigkeits-) Wirkung von Forschungsausgaben. Grundsätzlich muss die Richtung von Innovationen und ihr möglicher Beitrag zum Erreichen von Nachhaltigkeitszielen ablesbar sein; das heißt, dass Patente der nachhaltigen Entwicklung dienlich sein müssen und ihnen nicht entgegenstehen. Neben bewährten Messgrößen zur Leistungsfähigkeit von Innovationssystemen, zum Beispiel anhand von spezifischen Patentanmeldungen, muss dem Umstand Rechnung getragen werden, dass zu einer wirklichen Innovation auch die soziale Anwendungspraxis gehört. Der Indikator sollte im Übrigen kompatibel sein mit dem Anspruch der neuen Managementregeln (hier 6.c des Vorschlages der UAL-AG).

Bodenschutz

Wir befürworten das Anliegen des Indikators. Die Vertagung auf 2020 (?) ist bedauerlich. Die Begründung, nach der eine verbesserte Datenlage abgewartet werden soll, ist statistisch plausibel, aber politisch nicht tragfähig. Die Datenlage wird sich hoffentlich immer weiter verbessern; mit den angedeuteten Basisdaten aus der Fernerkundung und der Bodenzustandserhebung erscheint das auch gesichert. Allerdings kann aus Daten der Fernerkundung nur eingeschränkt auf die Qualität des Bodens geschlossen werden, etwa auf die klimapolitisch wichtige Bodenfeuchte. Die Kohlenstoffmessung reicht ebenfalls nicht für eine bodenökologische Aussage. Eine verlängerte Bearbeitungszeit (bis 2020) sollte genutzt werden, um einen Indikator zu entwickeln, der die Qualität des Bodens sowohl hinsichtlich der Nährstoff- als auch des Humusgehalts und der biologischen Aktivität beschreibt.

Die Agenda 2030 fordert die Reduzierung der Netto-Boden-Degradation auf null. Dies soll ein Indikator abbilden. Noch bestehen hier weltweit keine Praxisbeispiele. Deutschland hat mit der Erfahrung aus der naturschutzrechtlichen Kompensation und Ausgleichsregelung, der langen bodenkundlichen Erhebungen und der Flächenstatistik (Inanspruchnahme) sowie den Satellitendaten (Fernerkundung) eigentlich eine hervorragende Ausgangssituation. Es wäre politisch gut, wenn Deutschland hier einen funktionierenden Vorschlag in die VN-Diskussion, namentlich beim HLPF 2019, einbrächte, dessen Erprobung schon vorher in Deutschland beginnen sollte. So könnte die Frage des Peer Reviews nach der globalen Verantwortung Deutschlands (an diesem Punkt) eingelöst werden.

Anpassung von Zielen

Ökolandbau: Es ist grundsätzlich zu begrüßen, dass das 20%-Ziel nun endlich mit einer Jahreszahl (2030) verbunden wird. So wird es verbindlicher. Allerdings ist die Kombination 2030 / 20% Flächenanteil phantasielos und angesichts der realen Entwicklung nicht mehr verständlich.

Themen des Staatssekretärsausschusses

Wir freuen uns, dass der Staatssekretärsausschuss seine Arbeit mit einer engagierten Agenda aufnimmt und dabei auch unsere Vorschläge berücksichtigt. Nicht auf der Agenda der nächsten Sitzungen und vermutlich erst im nächsten Jahr „dran“ ist allerdings das Thema „Nachhaltige Stadt“. Wir nutzen die Gelegenheit, das Thema umzuformulieren in „Nachhaltige Stadt und regionale Vernetzung von Akteuren“.

Wir begrüßen, dass Bundesminister Prof. Dr. Helge Braun schon die erste Sitzung des StA zur Erörterung des Peer Review genutzt hat und an dem Arbeitsmodus des StA festhält. Wir sind gerne bereit, uns auch weiterhin intensiv in die Befassungen des StA einzubringen.

Stellungnahme des Nachhaltigkeitsrates zum Ergebnis des Peer Reviews 2018

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung hält den Peer Review 2018 für einen außerordentlich wichtigen Impuls für die Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (Die Bundesregierung hat den Rat für Nachhaltige Entwicklung gebeten, den dritten internationalen Peer Review 2018 zu unterstützen. Diese Aufgabe hat die Geschäftsstelle des Rates übernommen.). Auch im internationalen Zusammenhang kann der Peer Review eine bedeutende Wirkung erhalten. Der Rat teilt die politische Auffassung des Peer Reviews, dass Nachhaltigkeit die Grundvoraussetzung für die Zukunft auf diesem Planeten ist. Hieraus ziehen die Peers weitreichende Schlussfolgerungen. Es ist gut, dass die Bundesregierung bereits den Bericht der Peers auf höchster Ebene zur Kenntnis genommen hat und im Forum Nachhaltigkeit zur Diskussion stellt. Der Nachhaltigkeitsrat nimmt zu den wesentlichen Punkten des Berichtes wie folgt Stellung.

Verfahren

Wir empfehlen der Bundesregierung eine breite und vertiefte Erörterung des internationalen Schulterblickes. Wir ermutigen die Mitglieder des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung, eine Plenardebatte im Deutschen Bundestag zu führen. Angesichts der Vielzahl der populistischen und nationalistischen Kurzschlüsse ist es aus unserer Sicht ein Gebot der Stunde, mit dem Thema Nachhaltigkeit in einer offenen und innovativen Gesellschaft in die politische Offensive zu gehen. Die Bundesregierung ist gut beraten, ihren Arbeitsplan für 2018, 2019 und 2020 direkt auf die Empfehlungen der Peers abzustellen und die anstehende Revision der Nachhaltigkeitsstrategie in diesem Jahr zum Anlass zu nehmen, hier Zeichen zu setzen; zum Beispiel dadurch, dass die Verbindlichkeit der Nachhaltigkeitsstrategie in der Regierungsarbeit durch eine regelbasierte Koordinierung zwischen den Ressorts verbessert wird.

Politik

Wir bestätigen die Aussage der Peers, dass Deutschland mehr für die Nachhaltigkeit tun kann als derzeit getan wird und dass die weltweite Dringlichkeit, positive und attraktive Beispiele für Transformationen zu schaffen, größer ist als hier oft wahrgenommen. Wir teilen auch die Auffassung, dass die so genannten off-track- Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie (solche, bei denen die reale Entwicklung nicht in Richtung auf Zielerreichung geht) ein unmittelbares und gezieltes Nachsteuern im Sinne von Aktionsplänen etc. erfordern. Wir schließen uns der Empfehlung der Peers an, eigene Ziele ehrgeiziger zu fassen. Die Empfehlung der Peers, das Nachhaltigkeitsprinzip im Grundgesetz zu verankern, entspricht einer Forderung des Nachhaltigkeitsrates. Bundestag und Bundesregierung könnten hier ein auch international

beachtetes Signal für die Umsetzung der Agenda 2030 geben. Sie würden ihre eigenen Maßnahmen für die Ziele 2030 damit unterstützen und proaktiv zeigen, dass es erheblichen Handlungsbedarf auch jenseits der jetzigen Nachhaltigkeitsziele und jenseits der Agenda 2030 gibt, etwa zur Gestaltung einer fairen Globalisierung, bei Innovation, Kultur und Technik, bei Nachhaltigkeit im Finanzwesen und -industrie sowie beim sozialen Zusammenhalt (LNOB).

Der Rat unterstützt ausdrücklich die Empfehlung der Peers an die Bundesregierung, die Grundsätze und Ziele der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie in ihren bi- und multilateralen Beziehungen und Engagements zu nutzen. Dies gilt auch für außenwirtschaftliche Interaktionen etwa im Zusammenhang mit Nachhaltigkeitsstandards, Lieferketten, Unternehmensberichterstattung oder im Finanzsektor. Unterkomplexe Ambitionen und zu geringe oder ausbleibende Erfolge der Nachhaltigkeitspolitik gefährden die Demokratie und den Wohlstand.

Kommunikation

Der Rat unterstreicht ausdrücklich die Empfehlung der Peers, die Kommunikation über Nachhaltige Entwicklung als werbendes Zukunftsszenario zu verstärken. Die Kommunikation, die die Peers und wir hier meinen, ist nicht zu verwechseln mit dem, was derzeit als Öffentlichkeitsarbeit gemacht wird (und hier durchaus seinen Wert hat). Es geht uns um Kampagnen und ein Kommunikationsmanagement, das die Menschen in ihrer jeweiligen Lebenswirklichkeit erreicht und für eine nachhaltige Transformation gewinnt. Diese Kommunikation soll auch die handelnden Personen in den Ressorts (und im weiteren Sinne auch in der Wirtschaft, den Verbänden und Organisationen) erreichen. Dies würde ohne Zweifel auch die Praxis der Ressortkooperation und das Verständnis für die Ressortkohärenz im Sinne der Ziele nachhaltiger Entwicklung stärken. Die Hochschule des Bundes und die BAKÖV verfügen über bisher ungenutzte Möglichkeiten, Informationen auszutauschen, Kompetenzen der Mitarbeiter zu entwickeln und praxiserprobte Erfahrungen zu verallgemeinern.

Gesamteindruck

Der Blick von außen hebt gleichsam mit dem Brennglas besonders drängende Punkte hervor. Jenseits dessen, was schon auf einem guten Weg ist, verweisen die Peers zu Recht auf die Dringlichkeit noch ambitionierterer Ziele und Kompetenzen und die Übernahme einer Vorbildrolle auch dann, wenn es noch schwerfällt, etwa im Bereich der Agrarpolitik (Reduzierung der Bodendegradation auf Null, Trendumkehr beim Verlust der biologischen Vielfalt, grundlegende Veränderung der Milch- und Fleischindustrie und der Ernährung - Der Nachhaltigkeitsrat sieht die augenblicklich diskutierte Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik kritisch und hat eigene Vorschläge in einer Stellungnahme vorgelegt.

Der Agrarpolitik kommt in der Umsetzung der Agenda 2030 eine herausgehobene Stellung zu, deswegen müssen die mit der Nachhaltigkeitsstrategie eingegangen Verpflichtungen auch in der Reform der GAP umgesetzt werden.

Vgl. https://www.nachhaltigkeitsrat.de/wp-content/uploads/2017/12/20171201_Stellungnahme_RNE_GAP.pdf, der Energie-, Klima- und Verkehrspolitik (Ausstieg aus der fossilen und nuklearen Energieerzeugung, Vorantreiben einer nachhaltigeren Energieerzeugung für alle), der Kreislaufwirtschaft (Steigerung der Effizienz und der Kreislaufführung von Roh- und Werkstoffen sowie Senkung des Energie- und Rohstoff-/Materialverbrauchs), der Verringerung der Ungleichheit und die Stärkung der Frauen (national wie international). Die Aufnahme des Nachhaltigkeitsprinzips in das Grundgesetz ist erforderlich, um auch in heute noch entfernt liegenden, aber allgemein als notwendig angesehenen Politikfeldern voranzukommen. So ist in Zukunft der Bundeshaushalt auf Zielbeiträge zu den globalen Nachhaltigkeitszielen auszurichten.

In eigener Sache

Wir begrüßen die Empfehlung der Peers, die unabhängige Rolle und den Einfluss des RNE zu stärken und greifen gerne die Empfehlung auf, die gesamte Bandbreite der Akteure noch breiter und besser einzubinden, auch im internationalen Bereich. Das Für und Wider, das sich aus der Empfehlung zur Evaluierung von Funktion und Arbeitsweise des Rates ergibt, werden wir mit der Bundesregierung erörtern.

Nicht zuletzt danken wir Frau Helen Clark und den internationalen Expertinnen und Experten für ihre Einordnungen und Empfehlungen. Profunde und konstruktiv beweisen sie die Bedeutung von Reviews für Umsetzung und Monitoring der Agenda 2030 der Vereinten Nationen. Solche internationalen Rückkoppelungsverfahren sind gerade nach Annahme der Agenda 2030 der Vereinten Nationen wichtig, um der multilateralen Orientierung auf nächste Aufgaben einen ambitionierten Rahmen zu schaffen. Daher empfehlen wir der Bundesregierung, weltweit für das Instrument der internationalen Peer Reviews, die dem gesamtgesellschaftlichen Anspruch der Agenda 2030 entsprechend im Multi-Stakeholder-Format organisiert sind, zu werben.

Verbraucherzentrale NRW

Die Verbraucherzentrale NRW begrüßt die Konsultationsphase zur Aktualisierung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und die Möglichkeit zur Stellungnahme.

1. Architektur der Nachhaltigkeitsstrategie partizipativ gestalten und Erfolge an den konkreten Ergebnissen messen.

Die Architektur der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie wurde in den vergangenen Jahren schrittweise ausgebaut. Zunehmend werden bei den konkreten Maßnahmen auch zivilgesellschaftliche Gruppen einbezogen, wie dies zum Beispiel bei den Aktivitäten des Rats für Nachhaltige Entwicklung dargelegt wird.

Die nachhaltigkeits-engagierte Zivilgesellschaft alleine wird die Probleme allerdings nicht lösen und die Ziele erreichen können. Wenn die Nachhaltigkeitsstrategie konkrete Ergebnisse und Verbesserungen auf dem Weg zur Nachhaltigkeit erreichen will, ist eine stärkere Übernahme von Verantwortung durch die Akteure aus der Politik und Wirtschaft unabdingbar.

2. Peer Review 2018 ernst nehmen und Prozesse zielorientiert weiter entwickeln

Die Empfehlungen des Peer Review sind höflich formuliert, aber die Hinweise eindeutig und kritisch. Die Peers scheinen durchschaut zu haben: das Konzept einer ordentlichen Architektur alleine reicht nicht aus, wenn die Schwächen offensichtlich sind. So wird zum Beispiel angemahnt, die Effizienz zu verbessern, ehrgeizigere Ziele zu setzen, die Koordination und parlamentarische Kontrolle zu verstärken.

Es reicht offensichtlich nicht, die Nachhaltigkeitsinstitutionen und die Politikkohärenz zu stärken. Dies muss sich in konkreten Prozessen zur verbindlichen Zielerreichung niederschlagen. Hier sollten Etappenziele formuliert werden.

Jede Strategie ist nur so gut, wie die konkreten Ergebnisse, die sichtbar werden. In diesem Sinne sollte auch die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie aus der Phase von allgemeinen Ziele und Indikatoren den nächsten Schritt wagen: was wird von wem konkret getan oder initiiert, um die jeweiligen Ziele zu erreichen? Hierzu gehört auch, dass politische Vorgaben formuliert werden, wenn freiwillige unkontrollierte Maßnahmen seitens der Wirtschaft nicht greifen.

3. Neue Indikatoren: Hinweise des Peer Reviews von Anfang an berücksichtigen

Es wird empfohlen, bei der Entwicklung möglicher neuer Indikatoren die Empfehlungen der Peer Reviews von Anfang an in der Konzeption zu berücksichtigen. Damit sollte auch deutlich gemacht werden, dass diese Empfehlungen ernst genommen werden. Bei der Aufnahme neuer Indikatoren sollte auch berücksichtigt werden, ob und wie weit sie relevant sind für die Umsetzung und Zielerreichung der Nachhaltigkeitsstrategie.

Nachfolgend werden einige Hinweise zu ausgewählten vorgeschlagenen neuen Indikatoren formuliert.

3.1 (1) Lebensmittelabfälle und -verluste

Das Thema Vermeidung von Lebensmittelabfällen und -verlusten wird seit einigen Jahren breit in der politischen und Fachöffentlichkeit diskutiert. Nachdem das Thema zunächst stark als Problem der Verbraucher dargestellt wurde, begrüßen wir es, dass nunmehr verstärkt der Blick auf die gesamte Wertschöpfungskette gerichtet wird.

Wir regen an, bei der weiteren Entwicklung möglicher Indikatoren auch die möglichen (wirtschaftlichen) Konsequenzen für die Agrar- und Lebensmittelwirtschaft in den Blick zu nehmen, wenn konsequente Maßnahmen zur Vermeidung von Lebensmittelabfällen umgesetzt werden. Da Verluste in der Regel eingepreist sind, gibt es entlang der Wertschöpfungskette kaum Anreize, die Verluste zu verringern. Auch hier fehlt es an Konsequenzen durch die Internalisierung externer Effekte.

Dass die Erhebung statistisch sauberer Daten an den unterschiedlichen Quellen der Lebensmittelabfälle und -verluste eine Herausforderung ist, ist bekannt. Ggf. ist zu prüfen, ob die Erhebung von Daten zum Beispiel in einem ersten Schritt in Gemeinschaftsverpflegungseinrichtungen erfolgen kann. So hat das BMBF-geförderte transdisziplinäre Projekt REFOVAS – Pathways to reduce food waste, 2016-2018 (u.a. Thünen-Institut, Uni Stuttgart (ISWA), Max-Rubner-Institut, Verbraucherzentrale NRW) wichtige Erkenntnisse aus der Gemeinschaftsverpflegung in Schulen formuliert, die in die weiteren konzeptionellen Überlegungen einbezogen werden könnten und sollten (www.refowas.de).

Mit der aktuellen Zwischenbilanz von United Against Waste steht bundesweit die umfangreichste Abfalldatenbasis auf Grundlage dezidierter Messungen und Analysen von rund 400 Betrieben der Gemeinschaftsgastronomie zur Verfügung (vgl. <https://www.united-against-waste.de/der-verein/zwischenbilanz>).

3.2 (4) Bildung für nachhaltige Entwicklung

Die Überlegungen für einen Indikator für Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) werden begrüßt. In Deutschland gibt es ein breites Angebot für BNE im außerschulischen Bereich, das bereits gut vernetzt ist und dessen Umfang auf Dauer mindestens gesichert werden muss. Die schulische BNE muss in schulische Konzepte integriert und intensiviert werden. Hierbei sollte ein breiter Blick auf die Nachhaltigkeit gelegt werden, der ökologische, wirtschaftliche sowie soziale und kulturelle Aspekte mit einschließt und unmittelbar an die Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen anschließt, wie dies im Bereich der Verbraucherbildung angestrebt wird. Dabei ist das Konzept des „Whole Institution Approach“ anzuwenden, das eine umfassende Konsistenz der Themen und Angebote im gesamten Schulalltag vorsieht. Dies sollte bei der Formulierung und Entwicklung der Indikatoren berücksichtigt werden.

Es wird überdies angeregt, die Förderung der Forschung für BNE durch das BMBF zu verstärken und mit der Forschung für Nachhaltigkeit (FONA) und der sozial-ökologischen Forschung (SOEF) zu vernetzen.

4. Ausblick

Die Weiterentwicklung der DNST sollte auf Basis der Empfehlungen des Peer Reviews erfolgen, diese aufgreifen und konkret die Bezüge benennen.

Der Weg zu einem messbar nachhaltigeren Wirtschaften in Produktion und Konsum ist noch weit.

Neue Themen sollten die wirtschaftlichen Entwicklungen im Bereich der Digitalisierung aufgreifen und ihre Chancen und Risiken auf die Erreichung der bereits formulierten Indikatoren benennen.

Qualitative und quantitative Ziele sollten ambitioniert formuliert und ggf. verschärft werden.

Für die Prozesse zur Zielerreichung sollten auf politischer Ebene konkrete Zuständigkeiten festgelegt werden.

Die Verbraucherzentrale NRW ist auch weiterhin gerne bereit die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie und die damit verbundenen Prozesse, auch auf der Umsetzungsebene und in Abstimmung mit dem Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) zu begleiten und zu unterstützen.

Germanwatch e.V. und Stiftung Zukunftsfähigkeit

Vorbemerkung: aufgrund der starken Involvierung in die aktuelle deutsche und europäische Politikauseinandersetzung (Stichworte: deutsche Klima- und Energiewendepolitik und CSR-Konsens) und angesichts der knappen Terminsetzung seitens des Bundeskanzleramtes können wir nur ein paar wenige Anmerkungen machen. Wir begrüßen aber die ausführliche Stellungnahme des hierzu kapazitätsmäßig sehr viel besser aufgestellten RNE vom 22.6.2018 ganz ausdrücklich.

In sieben Punkten bündeln wir unsere Anmerkungen zur beabsichtigten Aktualisierung

- (1) Die Architektur der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (DNHS) ist gut und noch ein Stück positiv erweitert worden, aber die Umsetzung und das Ambitionsniveau lassen erheblich zu wünschen übrig. 29 von 63 Indikatoren zeigen aktuell einen nicht zielkonformen Trend und es fehlen Maßnahmenpläne auf Ressortebene, um dies aktiv anzugehen. Hier legt der Peer Review die Finger in die richtigen Wunden.
- (2) Das "Transforming our World" der 2030-Agenda heißt: aus der "soften" in die "harte" Politik gehen. Eine Energiewende und ein Kohleausstieg, die auf die ambitionierte Umsetzung des Pariser Klimaabkommens hinweisen, sind der Lackmustest für Deutschland, ob wir es wirklich ernst meinen mit den SDGs. Aber auch eine umfassende und zügige Mobilitäts-, Landwirtschafts- und Ernährungswende steht an.
- (3) Die SDGs sollen "in", "mit" und "durch" Deutschland menschenrechtsbasiert umgesetzt werden: alle diese drei Ebenen müssen kraftvoll angegangen werden (Stichworte: weltweite Fluchtursachen, Rüstungsexporte, NAP Wirtschaft und Menschenrechte). Es ist eine Schwäche der SDGs, dass nur in der Präambel, aber nicht bei den einzelnen Zielen explizit Bezug genommen wird auf die dazu etablierten Menschenrechte sowie die entsprechende Methodologie. Die Menschenrechte finden sich i. d. R. auf Ebene der Targets und Indikatoren. Es besteht die Gefahr, dass die Menschenrechte aus dem öffentlichen Fokus auf eine "technische Ebene" gedrängt werden. Da wir bei einer Reihe von autoritären Staaten durchaus die Strategie sehen, z. B. durch die Fokussierung auf

ökonomische Zielsetzungen der 2030-Agenda die Menschenrechte in den Hintergrund zu drängen, sollten Deutschland und die EU sich auf allen Ebenen für eine menschenrechtsbasierte Umsetzung der SDGs einsetzen.

- (4) Mit dem "Leave no one behind" (Niemand soll zurückgelassen werden) der 2030Agenda im Zentrum könnten die SDGs in unserer Gesellschaft sehr wohl besser verankert werden, -auch gegen rechtspopulistische Tendenzen und gegen Abschottungsängste. Menschenwürde für alle und die Menschenrechte sollten auch dabei sehr viel mehr in den Mittelpunkt gerückt werden.
- (5) Es sollte noch mehr vermittelt werden, dass alle Akteure gefragt sind, sich aktiv an der Umsetzung von 2030-Agenda und DNHS zu beteiligen: die Bundesländer, die Städte und Gemeinden, die Verbände und alle Teile der Wirtschaft (auch die Finanzwirtschaft) ebenso wie die Zivilgesellschaft. Der konkrete Nutzen der SDGs für die Lebenssituation der Menschen hier und anderswo sollte in der öffentlichen Kommunikation deutlich herausgearbeitet werden. Dazu ist es auch notwendig, entsprechende Mittel für die Kommunikation bereitzustellen. Nur so kann die Bekanntheit der SDGs und der DNHS gesteigert werden. Auch in der Politik ist viel zu tun: transformative Bildungsarbeit zur 2030-Agenda auch für EntscheidungsträgerInnen ist unabdingbar.
- (6) Wir müssen vom Fußabdruck, den negativen Effekten, viel stärker auch zum Handabdruck, dem positiven gesellschaftlichen und politischen Handeln und Gestalten, kommen. Accountability und Verlässlichkeit sind Grundvoraussetzung dafür. Nur die Einhaltung von Zielen, Vereinbarungen und völkerrechtlichen Verträgen schaffen das nötige Vertrauen nach innen, sind aber auch zentral für Völkerverständigung, Friedenssicherung und den Erhalt des Multilateralismus. Das Pariser Klimaabkommen (hier insbesondere SDG 13) und die Artenvielfaltskonvention (SDG 15) haben wegen der aktuellen Krisen hier eine besonders wichtige Bedeutung.
- (7) Die EU-Politik sollte sich stärker an dem Leitbild nachhaltiger Entwicklung und den SDG orientieren. Deutsche Politik darf gleichzeitig auf EU-Ebene die SDGs und die DNHS nicht sabotieren (siehe vor allem die aktuelle GAP-Reform). Weiterhin ist die Zusammenarbeit in Europa im Kontext der Bündelung der nationalen NH-Strategien erheblich auszuweiten. Die enge Kooperation zwischen Deutschland und Frankreich auf allen Ebenen ist hier von großer Wichtigkeit.

Zu einem der Indikatoren "Deutschlands Beitrag zum Recht auf Nahrung" wollen wir uns ebenfalls äußern:

Der Vorschlag für den Indikator ist sehr komplex. Basis sind die gesamten (EZ) Ausgaben der Bundesregierung für Ernährungssicherheit. Daran wird der Anteil gemessen, mit dem Normen und Empfehlungen zum Recht auf Nahrung umgesetzt werden.

1. Da es hier nur um Anteile geht, sollte in den Indikator zusätzlich eingehen, ob die Gesamtausgaben für Recht auf Nahrung steigen oder sinken, da der Anteil steigen kann, obwohl die Gesamtausgaben für Ernährungssicherheit sinken. In einem solchen Fall sollte der Indikator aber keine positive Entwicklung anzeigen.
2. Der Zielwert sollte aus unserer Sicht 100% schon zum Jahr 2023 betragen (2030 ist zu spät, denn zu diesem Zeitpunkt sollte der Hunger laut SDG ja schon beseitigt sein) -es sei denn, es gibt gute Gründe, einzelne Programme für Ernährungssicherheit NICHT am Recht auf Nahrung auszurichten.

Germanwatch hat als Entwicklungs-und Umweltorganisation seit seiner Gründung 1991 und mit der UNCED 1992 von Anfang an die umfassenden Nachhaltigkeitsaspekte in seiner Arbeit und seinen Ansätzen verfolgt.

Deutschland haben wir schon in den 90er Jahren als "Entwicklungsland" benannt, also weit vor dem SDG-Gipfel 2015, mit dem alle Länder dieser Welt mit den 17 SDGs und den 169 Unterzielen auf die gleiche Stufe gestellt wurden.

Wir sehen die Notwendigkeit, überall die SDG-Kontexte aufzuzeigen und die Umsetzung anzumahnen. In besonderer Weise sind wir zu Ziel 7 (Energie) und Ziel 13 (Klimaschutz) aktiv. Dabei machen wir überall auch deutlich, dass das Pariser Klimaabkommen ein fester Bestandteil der SDGs ist. Aber auch in unseren Themenbereichen Welthandel, Ernährung und Landwirtschaft (insbesondere Ziele 1 + 2 + 3) und in unserem Bereich Unternehmensverantwortung (insbesondere Ziele 8 + 9 + 12) sind die globalen Entwicklungsziele ein fester Bezugsrahmen. In mehreren bi- und multilateralen Projekten in Europa, Asien und Afrika fokussieren wir uns auf die Umsetzung von Multiakteurspartnerschaften für die Ziele (dabei insbesondere Ziel 17)

Von Anbeginn haben wir auf nationaler Ebene die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie begleitet und die Fortschrittsberichte kommentiert. Wir begrüßen die neuen Elemente in der Neuauflage vom Januar 2017 und vor allem die Gesamtausrichtung an den 17 SDGs, sehen aber erhebliche Defizite in der Umsetzung vieler der Ziele. Ziele, die nicht ernst genommen werden, steigern den Politikverdruss.

Die Forschungsgruppe Ethisch-ökologisches Rating

Wir brauchen Gesetzesinitiativen für den nachhaltigen Wettbewerb - Unsere Gesetze befördern den Raubbau an den Produktionsgrundlagen, statt ihn zu verhindern. Unsere Wirtschaftsordnung erlaubt es, die Gemeingüter (Commons, Ressourcen) stärker zu nutzen (zu übernutzen), die unsere gemeinsamen Lebens- und Produktionsgrundlagen bilden, als diese das aushalten. Denn das Recht der Privateigentümer, über ihre Grundstücke, Produktionsanlagen, Fahrzeuge usw. nach Belieben zu verfügen, endet meist nicht konsequent dort, wo aus dem privaten Eigentum heraus ungezügelt auf die Gemeingüter zugegriffen wird[1], wie z.B. auf Atmosphäre, Atemluft, Bodenfruchtbarkeit, Wasserreinheit, Fischreichtum, Artenvielfalt, Bodenschätze. Als seien frische Luft, reines Wasser, fruchtbarer Boden oder reiche Fischgründe noch im Überfluss vorhanden, dürfen letztere fast nach Belieben ausgeplündert, die anderen über Gebühr belastet werden. Nach dem Prinzip „höchste Rendite in kürzester Zeit“ werden zu ihren Lasten Kosten gespart, dadurch Preise verbilligt und Qualitäten überhöht. Dieses mit dem Segen des Wettbewerbs- und Gesellschaftsrechts: Aufwendungen und Selbstbeschränkungen, die nötig wären, um eine Schädigung genutzter Gemeingüter zu vermeiden oder diese Güter nach der Nutzung wiederherzustellen, können unterlassen werden.

Mit einem Wort: Gemeingüter (des Human-, Natur- und Sozialkapitals) werden übernutzt, so wie die sprichwörtliche Gemeindewiese (Allmende) übernutzt wurde, wenn zu viele Tiere zu lange auf ihr weideten, statt dass sie durch begrenzte Nutzung Gelegenheit bekam, sich zu regenerieren. Übernutzung tritt ein, wenn Nutzungsbeschränkungen der Gemeingüter bzw. Aufwendungen zu ihrer Erhaltung oder ihrem Ersatz unterlassen werden dürfen – anders ausgedrückt: Weil man Kosten auf sie abwälzen (= externalisieren[2]) darf.

Ein drittes Wort für Übernutzung und Externalisierung ist Raubbau, ein viertes ist Substanzverzehr. Heute sind alle Gemeingüter durch Raubbau und Substanzverzehr bedroht; viele sind dem kritischen Zeitpunkt nahe, an dem ihre Dezimierung nicht mehr zurückgedreht werden kann (vgl. Edenhofers Kippschalter[3]).

Doch noch immer schützt das Wettbewerbsrecht Wettbewerber auch dann, wenn sie sich durch Externalisierung Vorteile gegenüber jenen verschaffen, die Kosten selbst tragen, um die natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen zu erhalten. Und noch immer verpflichtet das

Gesellschaftsrecht den Vorstand einer AG allein auf das Vermögensinteresse der Aktionäre, aber nicht auch auf den Schutz des Natur- und Sozialkapitals.

Gesetzesänderungen - Nachhaltiger Wettbewerb muss einklagbar werden!

Der Raubbau an den Gemeingütern schreitet unaufhaltsam voran, solange er nicht durch Gesetzesinitiativen verhindert wird, die mit der Duldung des externalisierenden Wettbewerbs Schluss machen. Anders wird es nicht zu nachhaltiger Entwicklung kommen. Kosteneinsparung zu Lasten von Gemeingütern muss als unlauterer Wettbewerb gesetzlich sanktioniert werden. Das entspricht dem Verfassungsauftrag, die Sozialpflichtigkeit des Eigentums zu verwirklichen. Artikel 14 Absatz 2 des Deutschen Grundgesetzes fordert den Gesetzgeber auf, den Gebrauch des Privateigentums so zu regeln, dass er zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dient[4]. Diesem Gebot kommt der Gesetzgeber am ehesten nach, wenn er Regeln verabschiedet, deren Einhaltung von der Allgemeinheit selbst überwacht und ggf.

[1] Das Privateigentum reicht in den Bereich des Gemeineigentums hinein, wenn es z.B. in der Verfügung über ein Grundstück oder eine Erdölquelle besteht oder zu Entscheidungen über betriebliche Arbeitsbedingungen berechtigt. Die Bodenschätze, das Grundwasser, der Luftraum, die Gesundheit der Arbeitenden sind Gemeingüter.

[2] Externalisierung bedeutet, dass Kosten nicht selbst getragen, sondern auf die ungeschützte Außenwelt, die Gemeingüter, abgewälzt werden. Die Abwälzung besteht in der Unterlassung von Aufwendungen, die nötig wären, um eine Schädigung eines Gemeinguts im Vorhinein zu vermeiden oder im Nachhinein zu kompensieren (also das Gemeingut wieder auf den vorigen Stand zu bringen oder es durch ein anderes gleichwertig zu ersetzen). Schädigung eines Gemeinguts liegt vor, wenn dieses durch Produktion oder Konsum über das Maß hinaus abgenutzt wird, das es schadlos absorbieren (durch Regeneration selbst ausgleichen) kann. Sie entsteht bei Bodenschätzen oder Fischbeständen aus der Verminderung (durch Extraktion), beim Klimasystem oder der menschlichen Gesundheit aus der Schwächung des Systems (z.B. durch Emission von Schadstoffen), bei Ökosystemen auch aus Übernutzung oder Umwidmung, bei Sozialsystemen wie der gesellschaftlichen Partizipation z.B. aus einer Vorenthaltung von Bildungs- oder Erwerbschancen.

[3] http://www.muenchner-wissenschaftstage.de/2010/upload/download/Edenhofer_globale_Klima-_und_Energiepolitik.pdf

[4] Ähnlich sagt die Grundrechte-Charta der EU in Artikel 17: „Die Nutzung des Eigentums kann gesetzlich geregelt werden, soweit dies für das Wohl der Allgemeinheit erforderlich ist“ und ergänzt in Artikel 37, dass gemäß „dem Grundsatz der nachhaltigen Entwicklung“ ein hohes Umweltschutzniveau und die Verbesserung der Umweltqualität sichergestellt werden müssen.

eingeklagt werden kann, von geschädigten Einzelnen, von den betroffenen Wettbewerbern und von den Institutionen der Zivilgesellschaft [5].

Konkrete Vorschläge

- BGB: Die beliebige Verfügung über das Privateigentum nach § 903 des Bürgerlichen Gesetzbuchs sollte ausdrücklich unter den Vorbehalt gestellt werden, dass der Eigentümer keine Kosten auf das Natur- und Sozialkapital abwälzt, also die Kriterien der Natur- und Sozialverträglichkeit beachtet [6]
- UWG: Externalisierung sollte in die verbotenen Wettbewerbshandlungen nach §§ 3-4 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb aufgenommen werden. Ein neuer Absatz 12 in § 4 sollte bestimmen, dass auch derjenige unlauter im Sinne von § 3 handelt, der sich durch Abwälzung von Kosten auf Umwelt und Gesellschaft[7] Vorteile gegenüber

Mitbewerbern verschafft[8]. Das UWG soll ja verhindern, dass Unternehmen die Nachfrager durch bloß vorgespiegelte eigene Leistungen für sich gewinnen. Ein durch Schädigung von Gemeingütern erreichter Vorsprung ist in diesem Sinn nicht weniger unlauter – und dem Allgemeinwohl sogar noch abträglicher – als z.B. Täuschung durch irreführende Werbung oder Ausnutzung von Unerfahrenheit. Wenn Externalisierung als unlauter gilt, können zuwiderhandelnde Unternehmen etwa mit Hilfe der Zentralstelle zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs von Mitbewerbern verklagt werden, die Kosten aufwenden, um die Schädigung der betroffenen Gemeingüter zu vermeiden, und sich benachteiligt fühlen, weil der externalisierende Mitbewerber die Produkte zu niedrigeren Preisen oder mit höherer Qualität anbieten kann und den Nachfragern vorspiegelt, dass sein Kosten- oder Qualitätsvorsprung auf besserer Marktleistung beruht. Raubbau an Gemeingütern darf keinesfalls weiter als Marktleistung gewertet werden; das würde die Marktwirtschaft heillos diskreditieren. Deshalb müssen auch zivilgesellschaftliche Organisationen Unternehmen auf Unterlassung verklagen können.

- GWB: Flankierend sollten Vereinbarungen zwischen Unternehmen, die einander eine Internalisierung bestimmter von ihnen bisher abgewälzter Kosten zusichern, vom Kartellverbot ausgenommen werden. Das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen soll Gewinnsteigerungen durch Ausschaltung von Preisunter- und Qualitätsüberbietung verhindern. Es nimmt aber Verabredungen zur Verbesserung der Produktion bzw. des Angebots vom Kartellverbot aus. Eine Ausnahme muss deshalb auch für Verabredungen gelten, externalisierte Kosten künftig selbst zu tragen.
- AktG: In § 76 (1) sowie Art. 4.1.1 des Deutschen Corporate Governance Kodex[9] sollten die Unternehmensvorstände auf den Schutz der naturgegebenen und der gesellschaftlichen Gemeingüter verpflichtet werden, die unsere Lebens- und Produktionsgrundlagen bilden - des Natur- und Sozialkapitals[10]. Dabei muss sichergestellt sein, dass die „Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters“ (§ 93.1) nicht verletzt wird, wenn er [5] Das Rechtsinstitut der Verbandsklage gib es ja schon. Ein Naturschutzverband oder sonstiger Verein kann klagen, ohne selbst in eigenen Rechten verletzt zu sein, und damit die Rolle eines Anwaltes der Natur übernehmen.

[6] Die Nutzung von Gemeingütern verursacht dann Kosten, wenn sie die Absorptions- oder Regenerationsfähigkeit des Gemeinguts überschreitet (Fußnote 3). Da die Einzelnen diese Grenze meist nicht genau bestimmen können, muss es Kriterien geben, an denen sie ihr Verhalten orientieren können. Dazu vgl. Hoffmann, Johannes, Ott, Konrad & Scherhorn, Gerhard (Hg.): Ethische Kriterien für die Bewertung von Unternehmen. Frankfurt-Hohenheimer Leitfaden. Frankfurt a. M. 1997: Verlag für interkulturelle Kommunikation (IKO).

[7] Die Definition der Externalisierung (siehe Fußnote 3) ist notwendigerweise abstrakt. Sie kann durch Beispiele für Externalisierungshandlungen oder Hinweise auf einschlägige Urteile konkretisiert werden, die in den Motiven des Gesetzes aufgezählt werden könnten. Im Anhang sind einige Beispiele aufgeführt [8] Eine entsprechende Definition der Externalisierung gehört auch in die „Schwarze Liste“ der Richtlinie 2005/29/EU über unlautere Geschäftspraktiken im Binnenmarktverkehr.

[9] Seit Juni 2009 lautet Art. 4.1.1 „Der Vorstand leitet das Unternehmen mit dem Ziel nachhaltiger Wertschöpfung in eigener Verantwortung und im Unternehmensinteresse, also unter Berücksichtigung der Belange der Aktionäre, seiner Arbeitnehmer und der sonstigen mit dem Unternehmen verbundenen Gruppen (Stakeholder).“ Die Worte „nachhaltige Wertschöpfung“ erlauben aber immer noch die Auslegung, dass der Vorstand allein auf permanente Steigerung des Unternehmenswertes verpflichtet ist; denn ohne nähere Definition kann der Begriff „nachhaltig“ auch im Sinn von „andauernd“ verstanden werden. Als Definition des Nachhaltigkeitsziels reicht die Bezugnahme auf die Stakeholder nicht

aus; denn sie überlässt es der Entscheidung der damit gemeinten gesellschaftlichen Gruppen, ob sie das Unternehmen auf Externalisierungshandlungen kritisch hinweisen wollen oder nicht.

[10] Gewiss ist es weiterhin berechtigt, dass dem Vorstand (und natürlich auch dem Aufsichtsrat) die Pflicht zugewiesen ist, die Kapitaleigner vor Vermögensschaden zu bewahren. Nicht mehr zeitgemäß ist es dagegen, dass an keiner Stelle des AktG (und ebenso wenig des GmbHG) eine Verpflichtung aufscheint, die Allgemeinheit vor einer Schädigung der natur- und sozial gegebenen Produktionsgrundlagen zu bewahren. Sicher muss der spezifische Schutz eines Gemeinguts in einem spezifischen Gesetz geregelt werden. Aber das Gesellschaftsrecht darf keine Handhabe dafür bieten, dass Kapitaleigner den Vorstand zwingen können, den Gewinn durch Externalisierung von Kosten zu steigern. Selbst das Aufsteigen aus einer Verlustzone darf keine Externalisierung rechtfertigen.

Umweltschutzinvestitionen anordnet, die Arbeitsbedingungen verbessert oder durch Arbeitszeitverkürzung Entlassungen vermeidet[11]. Sicher bedarf das weiterer, spezifischer Gesetze, doch sollte in § 93.1 die Sorgfalt des Geschäftsführers durch den Einsatz für das Wohl des Unternehmens, das Vermögen der Kapitaleigner und die Erhaltung der Gemeingüter, die die Lebens- und Produktionsgrundlagen bilden, definiert werden. So bekäme der Vorstand eine Rechtsgrundlage für entsprechende Aufwendungen, und die Zivilgesellschaft gewänne eine Chance, das Unternehmen daran zu erinnern, dass es auf nachhaltige Entwicklung verpflichtet ist.

- KWG und InvG: Ins Kreditwesengesetz und ins Investmentgesetz muss die Verpflichtung zu einer zertifizierten Anlageberatung aufgenommen werden, die Kapitalanleger darüber informiert, inwieweit Anlageprodukte natur- sozialverträglich sind. Die Vorschläge sind – so zwei Rechtsgutachten der Friedrich-Ebert-Stiftung[12] – mit WTO-Recht und EU-Bestimmungen kompatibel.

Zwei offene Fragen – Messung von Nachhaltigkeit und Strukturwandel Bleiben – vor allem – zwei offene Fragen:

1. Welche Auswirkungen haben die vorgeschlagenen Gesetzesänderungen auf die Struktur des Arbeitsmarktes? Und wie kann dieser Umbau sozialverträglich, also gleitend vonstattengehen?
2. Welche aussagekräftigen Messinstrumente für den Nachweis der Nachhaltigkeit von Unternehmen können entwickelt werden? Erste Ansätze dazu gibt es mit dem Frankfurt-Hohenheimer Leitfaden, einer ausführlichen Kriteriologie, die vor 20 Jahren als erstes von der Forschungsgruppe entwickelt wurde.

Anmerkungen

[1] Das Privateigentum reicht in den Bereich des Gemeineigentums hinein, wenn es z.B. in der Verfügung über ein Grundstück oder eine Erdölquelle besteht oder zu Entscheidungen über betriebliche Arbeitsbedingungen berechtigt. Die Bodenschätze, das Grundwasser, der Luftraum, die Gesundheit der Arbeitenden sind Gemeingüter.

[2] Externalisierung bedeutet, dass Kosten nicht selbst getragen, sondern auf die ungeschützte Außenwelt, die Gemeingüter, abgewälzt werden. Die Abwälzung besteht in der Unterlassung von Aufwendungen, die nötig wären, um eine Schädigung eines Gemeinguts im Vorhinein zu vermeiden oder im Nachhinein zu kompensieren (also das Gemeingut wieder auf den vorigen Stand zu bringen oder es durch ein anderes gleichwertig zu ersetzen). Schädigung eines Gemeinguts liegt vor, wenn dieses durch Produktion oder Konsum über das Maß hinaus abgenutzt wird, das es schadlos absorbieren (durch Regeneration selbst ausgleichen) kann. Sie entsteht bei Bodenschätzen oder Fischbeständen aus der Verminderung (durch Extraktion), beim Klimasystem oder der menschlichen Gesundheit aus der Schwächung des Systems (z.B. durch

Emission von Schadstoffen), bei Ökosystemen auch aus Übernutzung oder Umwidmung, bei Sozialsystemen wie der gesellschaftlichen Partizipation z.B. aus einer Vorenthaltung von Bildungs- oder Erwerbschancen.

[3] http://www.muenchner-wissenschaftstage.de/2010/upload/download/Edenhofer_globale_Klima-_und_Energiepolitik.pdf

[4] Ähnlich sagt die Grundrechte-Charta der EU in Artikel 17: „Die Nutzung des Eigentums kann gesetzlich geregelt werden, soweit dies für das Wohl der Allgemeinheit erforderlich ist“ und ergänzt in Artikel 37, dass gemäß „dem Grundsatz der nachhaltigen Entwicklung“ ein hohes Umweltschutzniveau und die Verbesserung der Umweltqualität sichergestellt werden müssen.

[5] Das Rechtsinstitut der Verbandsklage gib es ja schon. Ein Naturschutzverband oder sonstiger Verein kann klagen, ohne selbst in eigenen Rechten verletzt zu sein, und damit die Rolle eines Anwaltes der Natur übernehmen.

[6] Die Nutzung von Gemeingütern verursacht dann Kosten, wenn sie die Absorptions- oder Regenerationsfähigkeit des Gemeinguts überschreitet (Fußnote 3). Da die Einzelnen diese Grenze meist nicht genau bestimmen können, muss es Kriterien geben, an denen sie ihr Verhalten orientieren können. Dazu vgl. Hoffmann, Johannes, Ott, Konrad & Scherhorn, Gerhard (Hg.): Ethische Kriterien für die Bewertung von Unternehmen. Frankfurt-Hohenheimer Leitfaden. Frankfurt a. M. 1997: Verlag für interkulturelle Kommunikation (IKO).

[7] Die Definition der Externalisierung (siehe Fußnote 3) ist notwendigerweise abstrakt. Sie kann durch Beispiele für Externalisierungshandlungen oder Hinweise auf einschlägige Urteile konkretisiert werden, die in den Motiven des Gesetzes aufgezählt werden könnten. Im Anhang sind einige Beispiele aufgeführt

[8] Eine entsprechende Definition der Externalisierung gehört auch in die „Schwarze Liste“ der Richtlinie 2005/29/EU über unlautere Geschäftspraktiken im Binnenmarktverkehr.

[9] Seit Juni 2009 lautet Art. 4.1.1 „Der Vorstand leitet das Unternehmen mit dem Ziel nachhaltiger Wertschöpfung in eigener Verantwortung und im Unternehmensinteresse, also unter Berücksichtigung der Belange der Aktionäre, seiner Arbeitnehmer und der sonstigen mit dem Unternehmen verbundenen Gruppen (Stakeholder).“ Die Worte „nachhaltige Wertschöpfung“ erlauben aber immer noch die Auslegung, dass der Vorstand allein auf permanente Steigerung des Unternehmenswertes verpflichtet ist; denn ohne nähere Definition kann der Begriff „nachhaltig“ auch im Sinn von „andauernd“ verstanden werden. Als Definition des Nachhaltigkeitsziels reicht die Bezugnahme auf die Stakeholder nicht aus; denn sie überlässt es der Entscheidung der damit gemeinten gesellschaftlichen Gruppen, ob sie das Unternehmen auf Externalisierungshandlungen kritisch hinweisen wollen oder nicht.

[10] Gewiss ist es weiterhin berechtigt, dass dem Vorstand (und natürlich auch dem Aufsichtsrat) die Pflicht zugewiesen ist, die Kapitaleigner vor Vermögensschaden zu bewahren. Nicht mehr zeitgemäß ist es dagegen, dass an keiner Stelle des AktG (und ebenso

[11] z.B. durch Teilzeitarbeit, Elternzeit, Bildungsurlaub, Sabbatjahre, Altersteilzeit u.a. Setzt die Einführung von Lebensarbeitszeitkonten voraus.

[12] WISO-Diskurs: Nachhaltigkeit im Wettbewerb verankern, Bonn, 2015: <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/11440.pdf>

Christoffel-Blindenmission Deutschland e.V.

Die Christoffel-Blindenmission Deutschland e.V. (CBM) begrüßt die Gelegenheit auf Grundlage des vorliegenden Konsultationspapiers und der Diskussionsgrundlage zu den Managementregeln Rückmeldungen bezüglich der Aktualisierung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (DNS) zu geben.

Mit verbesserten Beteiligungsformaten für nicht-staatliche Akteure, einem unabhängigen Peer Review-Verfahren und dieser Aktualisierung mit dem Ziel der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung noch umfassender gerecht zu werden, zeigt sich die Ernsthaftigkeit der Bundesregierung in der Fortentwicklung ihrer Nachhaltigkeits-Bemühungen. In der Fertigstellung der DNS-Aktualisierung 2018 sowie für die anstehende umfangreichere DNS-Überarbeitung bis 2020 erachtet die CBM das Folgende für notwendig:

1. Ernsthafte „stärkere Anstrengungen“ zu „leave no one behind“

Das Konsultationspapier folgt der DNS Definition erfolgreicher Nachhaltigkeitspolitik indem rezitiert wird, dass wirtschaftliche Veränderungsprozesse mit sozialen Verbesserungen eingehen müssen, die „Menschen in allen Lebensphasen einbeziehen, die Gleichstellung sichern und niemanden zurücklassen.“ Das Grundversprechen der 2030 Agenda – erst am Ziel zu sein, wenn alle Ziele für alle Bevölkerungsgruppen erreicht sind und bei jedem Schritt auf dem Weg gen 2030 niemanden zurückzulassen – blieb in der DNS 2016 allerdings komplett unterbelichtet. Die einfache Bekräftigung in der Einleitung der DNS, der Grundsatz ziehe sich durch die gesamte Agenda 2030 und bedürfe in den kommenden 15 Jahren noch stärkere Anstrengungen als bisher (S.23), muss nun allerdings ohne weiteren Aufschub in praxisrelevante Vorgaben übersetzt werden. Auch der Peer Review 2018 fordert die Bundesregierung auf, „leave no one behind“-Themen (LNOB) „ernsthaft anzugehen“ (S.55).

Hierfür sind in der laufenden Aktualisierung erste Schritte zu unternehmen, um in der 2020 Überarbeitung der DNS ein umfangreiches Umsetzungskonzept festzulegen, das ausbuchstabiert, welche Anforderungen LNOB über verschiedene Politikbereiche hinweg stellt. Auch muss unter Zuziehen wissenschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Expertise operationalisiert werden, was „reach the furthest behind first“ von der Politikgestaltung und -umsetzung verlangt. Die Erkenntnis, dass eine erfolgreiche Umsetzung der Agenda 2030 eine beherrzte Übersetzung von „leave no one behind“ unabdingbar macht, muss hochrangig festgelegt und in den kommenden Jahren ausdifferenziert werden.

2. DNS-Regelungsgehalt zu internationaler Zusammenarbeit stärken

Die Bundesregierung verfolgt die Universalität der 2030 Agenda, indem sie zur Erreichung aller 17 Ziele in ihrer Gesamtheit sowohl mit ihrer national ausgerichteten Politik wie auch international angemessene Beiträge leisten will. Dies betreffe die Ressorts mit ihrer ganzen Bandbreite jeweiliger politischer Maßnahmen (DNS, S.53). Nun wird im Konsultationspapier festgestellt, die Bundesregierung habe ihre Entwicklungszusammenarbeit mit dem gesamten Haushaltsvolumen konsequent auf die Umsetzung der Agenda 2030 ausgerichtet. Dies ist aktuell nicht nachvollziehbar – weder im Koalitionsvertrag noch in öffentlich verfügbaren Dokumenten zu Finanzierungsmodi, Prozessen und Instrumenten der Entwicklungszusammenarbeit wird ersichtlich, dass eine derartige konsequente Ausrichtung stattgefunden hat.

Dies erachten wir allerdings als dringend geboten und im Rahmen der Aktualisierung 2018 zu veranlassen. Die DNS solle zu einer Neugestaltung der Entwicklungszusammenarbeit beitragen, so auch der Peer Review 2018 (S.63). Hierfür wäre beispielsweise der Beschluss eines umfassenden Ressort-Umsetzungsplans, der integriert und Politikfeld-übergreifend abgestimmt ist, notwendig.

3. Thematische Relevanz des Staatssekretärsausschuss verbessern

Die DNS legt fest, dass die Ressorts dem Staatssekretärsausschuss regelmäßig ihre Bilanz und Programmatik zur Umsetzung der Agenda 2030 in ihrer Gesamtheit vorlegen. Es ist dringend empfohlen, dass die Aktualisierung 2018 präzisierend festschreibt, dass es all-jährliche Umsetzungsberichte der Ressorts an den Staatssekretärsausschuss gibt – nur so kann er laufend seine integrierende Schaltfunktion wahrnehmen. Die Berichte sollten einer vereinheitlichten Form folgen, mit obligatorischen Kapiteln zu Synergien, Spannungen mit anderen Politikfeldern (Fokus inländisch und international) sowie zur Sicherstellung von „leave no one behind“. Die CBM erachtet ressortspezifische und terminierte Strategien zur Politikfeldübertragung der DNS für unabdingbar und als gute Grundlage für die vorgesehenen regelmäßigen Berichte an den Staatssekretärsausschuss.

Um die gemeinsame Umsetzung der Nachhaltigkeitspolitik über alle Ressorts hinweg voranzubringen, braucht der Staatssekretärsausschuss einen starken Maßnahmenplan, einen regelmäßigen Sitzungsplan sowie substanzielle Beschlüsse (inkl. gelöster/offener Interessenskonflikte). Die neu eingerichtete Dialoggruppe ist verbindlich und durchgängig einzubeziehen, bei ihrer dauerhaften und rotierenden Besetzung ist eine adäquate Repräsentanz von besonders benachteiligten Gruppen sicherzustellen.

Es ist dringend zu empfehlen, dass der Staatssekretärsausschuss seine Sitzungsthemen eng an laufenden europäischen und internationalen SDG-Prozessen ausrichtet. Der 2019 anstehende UNO-Nachhaltigkeitsgipfel auf Ebene der Regierungschef_innen und dessen Jahresthema („Empowering people and ensuring inclusiveness and equality“) bedarf einer Sitzung des Staatssekretärsausschuss zur Bewertung der bisherigen SDG-Umsetzung in diesem Lichte. Außerdem ist die Operationalisierung von „leave no one behind“ zum Thema einer Sitzung zu machen, um dessen Umsetzung im Rahmen der 2020 Überarbeitung ressortübergreifend und konzertiert voranzubringen.

4. Nachhaltigkeits-Monitoring vervollständigen

Die gegenwärtigen 63 nationalen Indikatoren bilden laut DNS nur in Teilen die internationale Verantwortung Deutschlands ab. Aus Sicht der Zivilgesellschaft muss der Triple-Ansatz für jedes SDG gelten, was zumindest zwei international ausgerichtete Indikatoren pro SDG verlangt (mit und durch Deutschland). Es müssen deshalb über die aktuellen Prüfindikatoren der DNS 2016 hinausgehend in der 2020 Überarbeitung weitere Indikatoren, die internationale und entwicklungspolitische Beiträge zur Erreichung der SDGs in Partnerländern abbilden, aufgenommen werden – anderweitig lässt sich nicht beurteilen inwiefern die Beiträge Deutschlands unter jedem SDG im Rahmen der Globalen Partnerschaft wirklich „angemessen“ sind.

Es ist unbestritten, dass sich der Erfolg der 2030 Agenda auch daran bemisst, wie groß die Entwicklungs-Fortschritte gerade für benachteiligte Gruppen sind (so auch der Entwicklungspolitische Bericht der Bundesregierung 2017, S.25). Dem entsprechenden Auftrag der 2030 Agenda, das Monitoring der SDG-Umsetzung evidenzbasiert und auf Grundlage aufgeschlüsselter Daten zu vollziehen, muss im Rahmen der DNS-Aktualisierung zügig nachgekommen werden. Hierfür sind ohne weitere Verzögerung vorzunehmen:

- a. eine menschenrechtskonforme Festlegung, welche Datenaufschlüsselungen je nationalem Indikator notwendig sind,
- b. ein klarer Auftrag an und eine entsprechende Ressourcenausstattung des Statistischen Bundesamtes, sowie
- c. ein massiver Ausbau der Stärkung von Statistikkapazitäten in Partnerländern der deutschen EZ.

Mit Blick auf Deutschland sollte die Bundesregierung im Rahmen der Aktualisierung einen SDG-Statistik-Aktionsplan beschließen – derlei wird von den Vereinten Nationen für alle Länder weltweit gefordert und würde dem Statistischen Bundesamt perspektivisch ermöglichen unabhängig zu messen was notwendig ist, statt was aktuell möglich ist.

5. Managementregeln sozial-wirksam gestalten

Änderungen und Anpassungen der ursprünglichen Managementregeln sind für eine integrierte, 2030 Agenda-ausgerichtete deutsche Nachhaltigkeitspolitik grundsätzlich sinnvoll. Die aktuell unterbreitete Diskussionsgrundlage ist übersichtlicher und besser strukturiert, allerdings wird nicht klar, wie diese sechs Regeln zusammengeführt nachhaltige Entwicklung „aus einem Guss“ ergeben sollen. Die CBM wünscht sich deshalb eine Klarstellung des Anwendungskontexts der Regeln und eine transparente Darstellung, wie die Regeln zusammengekommen von der Bundesregierung konkret zu verwenden sind.

Außerdem ist dringend eine Nachschärfung der Managementregeln bezüglich der sozialen Komponente des Leitbilds einer nachhaltigen Entwicklung geboten (siehe Annex I).

6. 2020 Zukunftsthemen

Für die 2020-Weiterentwicklung sollte unter Beteiligung aller Ressorts und Einbezug aller relevanten nicht-staatlichen Akteure die Operationalisierung des Versprechens alle benachteiligten Menschen und Bevölkerungsgruppen bei Entwicklungsfortschritten (sei es im Sozialen, Ökologischen, Wirtschaftlichen) zu erreichen sowie aktueller bzw. steigender Ausgrenzung und Ungleichheit durch eine „reach the furthest behind first“-Grundhaltung entgegenzuwirken, mit Leitlinien verankert und einem kick-off-Maßnahmenprogramm lanciert werden. Um der Ambition und dem dahinterstehenden Willen Ausdruck zu verleihen, umfasst dies für einzelne Ressorts entsprechende Haushaltslinien.

„Leave no one behind“ darf in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie nicht weiter ein hohles Versprechen bleiben!

7. ANNEX I.

Folgende Managementregeln sollten nachgebessert werden; mit durchgestrichen und hervorgehoben sichtbar gemacht:

- (1) Nachhaltige Entwicklung als Leitprinzip konsequent in allen Bereichen und bei allen Entscheidungen anwenden
 - a. Übergreifendes Ziel und Maßstab des Handelns ist es, die natürlichen Lebensgrundlagen der Erde dauerhaft zu sichern, die Menschenrechte zu verwirklichen, allen Menschen ein Leben in Würde zu ermöglichen und niemanden zurückzulassen („leave no one behind“). Hierfür sind bei allen Entscheidungen wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen sowie sozialer Zusammenhalt soziale Gerechtigkeit und gleichberechtigte Teilhabe unter Berücksichtigung systemischer Wechselwirkungen sowie technologischer und gesellschaftlicher Innovationen so zusammenzudenken, dass Entwicklungen heute wie in der Zukunft auch in globaler Betrachtung dauerhaft tragfähig sind. Alle Politik muss dazu beitragen, dass die Menschenrechte verwirklicht und Generationengerechtigkeit erreicht wird. Auch müssen die Auswirkungen deutschen Handels und die dadurch verursachten Lasten in anderen Teilen der Welt berücksichtigt und entsprechend internationale Verantwortung übernommen werden.

(2) Global Verantwortung wahrnehmen

a. Im Einklang mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen und dem Pariser Klimaabkommen als Grundlage für Entscheidungen sind auf globaler Ebene

- die Bekämpfung von Armut, Hunger und zu großer Ungleichheit und sozialer Ungleichheit und Ausgrenzung,
- der Schutz, die Achtung und Gewährleistung der Menschenrechte,
- die umfassende Teilhabe aller, insbesondere bislang marginalisierter Bevölkerungsgruppen, an wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung,
- der Schutz der Umwelt einschließlich der Einhaltung der Grenzen der ökologischen Belastbarkeit im regionalen und globalen Rahmen,
- die selbstbestimmte und menschenwürdige Lebensführung aller Menschen in allen Ländern im Einklang mit ihrer regionalen Umwelt,
- sowie rechtsstaatliches und verantwortungsvolles Regierungshandeln

zu verknüpfen.

b. Das Handeln in, durch und mit Deutschland soll die nachhaltige Entwicklung in anderen Ländern berücksichtigen und fördern. Unser Handeln in Deutschland soll möglichst nicht darf nicht zu Belastungen für die Menschen und die Umwelt in anderen Ländern führen.

(3) Sozialen Zusammenhalt in einer offenen Gesellschaft wahren und verbessern

a. Um den sozialen Zusammenhalt zu stärken und niemanden zurückzulassen,

- sollen Armut und soziale Ausgrenzung soweit wie möglich vorgebeugt überwunden bzw. vorgebeugt werden, die soziale Ungleichheit verringert und inklusiver Wohlstand gefördert werden,
- sollen regional gleichwertige Lebensverhältnisse angestrebt werden,
- soll allen die gleichberechtigte Chance eröffnet werden, sich an der wirtschaftlichen Entwicklung zu beteiligen,
- sollen notwendige Anpassungen an die demografische Entwicklung frühzeitig in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft erfolgen,
- sollen alle am gesellschaftlichen und politischen Leben umfassend und diskriminierungsfrei teilhaben können,
- müssen in Deutschland und weltweit die Bevölkerungsgruppen, die besonders von Armut, Benachteiligung und Ausgrenzung betroffen sind (Frauen und Mädchen, Menschen mit Behinderungen, LSBTI, indigene Völker und andere) zuerst und überproportional von allen ergriffenen Maßnahmen profitieren.

b. Neue Formen der Partnerschaft zur Förderung von nachhaltiger Entwicklung weltweit sind nach dem Grundprinzip „niemanden zurücklassen“ und damit im Sinne einer besonderen Solidarität mit den ärmsten Ländern und am stärksten benachteiligten Bevölkerungsgruppen auf- und umzusetzen.

Population and Community Development Association (PDA)

The Population and Community Development Association (PDA) was founded in 1974 as a non-governmental organization with the initial aim to complement the efforts of the Royal Thai Government in promoting family planning in Thailand, especially in areas where knowledge and access to services were scarce. Utilizing a participatory, community-based approach, PDA recruited and trained residents of villages and urban neighborhoods to provide information on family planning, including the supervised, non-medical distribution of oral contraceptives. This distribution network covered more than one-third of the country, thus contributing significantly to the decrease in the annual population growth rate from 3.3% in the mid-1970s to 0.6% in 2005. During the same period, the number of children per family fell from 7 to under two.

After addressing the immediate family planning needs, PDA expanded its activities to include primary health care, HIV/AIDS education and prevention, water resource development and sanitation, income-generation, environmental conservation, promotion of small-scale rural enterprise programs, gender equality, youth development, and democracy promotion. Most recently, PDA has aggressively approached the problem of rural poverty by empowering the poor through the Village Development Partnership, which establishes a community-owned Village Development Bank for the purpose of microcredit.

Today, PDA is the leading and most diversified NGO in Thailand, employing over 800 staff members and working with over 12,000 volunteers. PDA has 18 regional development centers and branch offices located across 15 provinces in rural Thailand. It also manages operation of the Lamplimat-Pattana Primary and Secondary Schools, which is revolutionary, private education for the poor.

PDA has pioneered sustainable grassroots endeavors, marked by extensive villager involvement not only as beneficiaries, but also as partners, planners, managers, and leaders. PDA's programs are based on the belief that local people are best suited to be an equal partner in shaping and sustaining their own development.

Was kann PDA zur deutschen Nachhaltigkeitsstrategie beitragen?

PDA hat eine lange Erfahrung in ländlicher Entwicklung und den Grundlagen einer soliden und nachhaltigen Entwicklung.

Diese basieren auf zwei Pfeilern, erstens der sozio-ökonomisch- ökologischen Entwicklung der Länder und einer verantwortungsvollen Reproduktion der Bevölkerung.

Der medizinische Fortschritt hat in den armen Ländern nicht halt gemacht und die gleichbleibenden Geburtenraten der armen Bevölkerung erlauben es ihr dank des medizinischen Fortschritts auch diese Kinder nicht durch Krankheiten zu verlieren. Dies führt jedoch zu einer erheblichen Vermehrung der Bevölkerung die nicht durch die sozio-ökonomische Entwicklung der Länder aufgefangen werden kann.

Die folgende Tabelle zeigt die dramatische Entwicklung. (Die vollständige Tabelle befindet sich im Anhang). Die Bevölkerung Afrikas hat sich in den letzten gut 50 Jahren mehr als verdreifacht, was sämtliche sozio-ökonomische Entwicklungserfolge übertraf.

Bevölkerungsentwicklung der afrikanischen Staaten von 1960 bis 2012

Gebiet ¹	Einwohner 1960 In Mio.	Einwohner 2016 In Mio.	Zunahme in Mio.	Zunahme in Prozent
Europa	604	812	208	34 %
Total Afrika	285	1.224	939	330 %

Trotz vieler Kriege, Dürren und Epidemien hat die Bevölkerung Afrikas stark zugenommen, mit diesem Bevölkerungswachstum hielt das wirtschaftliche Wachstum nicht Schritt, so dass es in vielen Ländern zu einer Verschlechterung der ökonomischen Situation der armen Bevölkerungsschichten führte. Trotz der vielen Milliarden USD, die die entwickelten Staaten als Entwicklungshilfe beigesteuert haben. Die Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens resultiert in den meisten armen Ländern aus der Einkommenserhöhung einer kleinen, meist städtischen Schicht.

In der Peer Review 2018 zur Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie steht auf Seite 47:

„In der deutschen Gesellschaft und im politischen System Deutschlands sind wichtige Grundlagen der nachhaltigen Entwicklung fest verankert. Dazu gehören sozialer Zusammenhalt, finanzielle Stabilität, Umweltschutz, stabile demokratische Institutionen und verantwortliches Wirtschaften.“

Was nicht erwähnt wird, da für Deutschland derzeit nicht relevant, ist ein verantwortungsvolles Bevölkerungswachstum. Denn ohne dieses sind alle anderen Ziele nicht erreichbar!

Nachhaltigkeit kann nicht nur von Seite der entwickelten Länder erzielt werden, es ist auch die Pflicht der Entwicklungsländer eine verantwortungsvolle Bevölkerungsentwicklung zu betreiben.

Die Sichtweise der Nachhaltigkeitsstrategie ist eurozentrisch ausgerichtet wie auch der Indikatoren oder der Definition der Parameter. So ist der Indikator: „Unterstützung von guter Regierungsführung bei der Erreichung einer angemessenen Ernährung weltweit.

“Mit der Definition „Das Recht auf Nahrung ist dann verwirklicht, wenn jeder Mensch zu jeder Zeit physischen und wirtschaftlichen Zugang zu ausreichender, gesundheitlich unbedenklicher und ernährungsphysiologisch ausgewogener Nahrung hat, um so seine Ernährungsbedürfnisse befriedigen und ein aktives und gesundes Leben führen zu können. Dies gelingt u.a. durch die Stärkung rechtlicher, institutioneller und politischer Rahmenbedingungen (Governance).“

Es wird an keiner Stelle auf die Dynamik der Bevölkerungsentwicklung eingegangen die doch entscheidend dazu beiträgt, ob das oben genannte Ziel erreicht werden kann oder nicht. Es mag möglich sein, die Menschen auch im Jahre 2030 ausreichend zu ernähren, aber es ist unwahrscheinlich dass dies unter der oben genannten Definition geschehen kann.

PDA kann das Thema Bevölkerungsentwicklung einschließlich operativer Durchführung kompetent vertreten und damit einen Beitrag zu einer verantwortlichen Nachhaltigkeitsstrategie liefern.

¹ Die **Liste der Staaten Afrikas** beinhaltet alle [Staaten](#), welche sich auf dem [afrikanischen Kontinent](#) befinden.
Zusammengestellt von Sebastian Hauser

Bevölkerungsentwicklung der afrikanischen Staaten von 1960 bis 2012

Staat ²	Einwohner 1960 in Mio.	Einwohner 2016 in Mio.	Zunahme in Mio.	Zunahme in Prozent
Europa	604	812	208	34 %
Total Afrika	285	1.224	940	330 %
Staaten Afrikas				
Ägypten	27,0	95,7	68,7	254%
Algerien	11,1	40,6	29,5	266%
Angola	5,6	28,8	23,2	414%
Äquatorialguinea	0,3	0,9	0,6	200%
Äthiopien	22,2	102,4	80,2	361%
Benin	2,4	10,9	8,5	354%
Botswana	0,5	2,3	1,8	360%
Burkina Faso	4,8	18,6	13,8	288%
Burundi	2,8	10,5	7,7	275%
Dschibuti	0,08	0,9	0,82	1025%
Elfenbeinküste	3,6	23,7	20,1	558%
Eritrea	1,4	5,4	4,0	286%
Gabun	0,5	1,9	1,4	280%
Gambia	0,4	2,0	1,6	400%
Ghana	6,7	28,2	21,5	321%
Guinea	3,6	12,4	8,8	244%
Guinea-Bissau	0,6	1,8	1,2	200%
Kamerun	5,2	23,4	18,2	350%
Kap Verde	0,2	0,5	0,3	150%
Kenia	8,1	48,5	40,4	498%

² Die Liste der Staaten Afrikas beinhaltet alle [Staaten](#), welche sich auf dem [afrikanischen Kontinent](#) befinden.
Zusammengestellt von Sebastian Hauser

Staat ²	Einwohner 1960 in Mio.	Einwohner 2016 in Mio.	Zunahme in Mio.	Zunahme in Prozent
Komoren	0,2	0,8	0,6	300%
Kongo, D R	15,2	78,7	63,5	417%
Kongo, Republik	1,0	5,1	4,1	410%
Lesotho	0,9	2,2	1,3	144%
Liberia	1,1	4,6	3,5	318%
Libyen	1,4	6,3	4,9	250%
Madagaskar	5,1	24,9	19,8	388%
Malawi	3,6	18,1	14,5	402%
Mali	5,3	18,0	12,7	239%
Marokko ohne Westsahara	12,3	35,3	23,0	186%
Mauretanien	0,9	4,3	3,4	377%
Mauritius	0,7	1,3	0,6	85%
Mosambik	7,4	28,8	21,4	289%
Namibia	0,6	2,5	1,9	316%
Niger	3,4	20,7	17,3	508%
Nigeria	45,1	186,0	140,9	312%
Ruanda	2,9	11,9	9,0	310%
Sambia	3,0	16,6	13,6	453%
São Tomé und Príncipe	0,06	0,2	0,14	233%
Senegal	3,2	15,4	12,2	381%
Seychellen	0,04	0,09	0,05	125%
Sierra Leone	2,3	7,4	5,1	221%
Simbabwe	3,7	16,2	12,5	337%
Somalia mit Somaliland	2,8	14,3	11,5	410%
Südafrika	17,4	55,9	38,5	221%

Staat ²	Einwohner 1960 in Mio.	Einwohner 2016 in Mio.	Zunahme in Mio.	Zunahme in Prozent
Sudan	7,5	39,6	32,1	428%
Südsudan	3,0	12,2	9,2	306%
Swasiland	0,35	1,3	0,95	271%
Tansania	10,0	55,6	45,6	456%
Togo	1,6	7,6	6,0	375%
Tschad	3,0	14,5	11,5	383%
Tunesien	4,2	11,4	7,2	171%
Uganda	6,8	41,5	34,7	510%
Westsahara	0,03	0,6	0,57	1900%
Zentralafrikanische Republik	1,5	4,6	3,1	206%
Total Afrika	284,66	1.223,89	939,23	330 %

Die meisten Angaben für 1960 und 2016 wurden der Webseite der Weltbank entnommen.

Institut für Sozialstrategie

Abstract: Sustainability mainstreaming in the financial sector is the most important precondition for an economic paradigm shift from the destructive and unsightly profit maximization to the common welfare orientation under human conditions. It means mandatory compliance with the prevailing normative achievements of society and voluntary contributions to the vision of a sustainable world. It needs to make both points visible to the global civil society, in particular to consumers of financial products, to break out of the vicious circle seen in financial markets today. The article gives a first definition of sustainability mainstreaming and shows why and how sustainability mainstreaming in the financial sector should be discussed.

1. Status-Quo ...

Gesellschaftspolitisch wird von allen Akteuren der Wirtschaft erwartet, dass sie einen positiven Beitrag zur Sicherung und Gestaltung der globalen Zivilgesellschaft leisten. Sie müssen die Auswirkungen ihrer Geschäftstätigkeiten kennen und negative Auswirkungen vermeiden oder aktiv beschränken. Die Finanzdienstleistungsbranche steht hier weltweit immer noch vor sehr großen strukturellen und kulturellen Herausforderungen – trotz extrem positiver Einzelbeispiele spezialisierter Nachhaltigkeitsbanken, deren Marktanteil zusammengekommen selbst bei größtem Wachstum kaum nennenswerte Auswirkungen auf die globale Zivilgesellschaft erzeugen wird. Die professionalisierte Wahrnehmung von Verantwortung von Finanzdienstleistern für ihre Auswirkungen auf die Gesellschaft weist in der Praxis in allen Ländern der Erde große Lücken auf. Auch wenn die normativen Grundlagen zur positiven Steuerung des Handelns von Finanzmarktakteuren bereits vorliegen, ist doch noch nirgendwo ordnungspolitisch die verpflichtende Anwendung dieser normativen Grundlagen im System unumgebar integriert. Die globale Zivilgesellschaft erwartet die Einhaltung von Grundrechten –

deren Formulierungen und Fixierungen in der Neuzeit erst nach viel Leid, Kriegen und Konflikten erfolgt ist. Die UN Menschenrechte, Verfassungen und weitere Kernrahmen sind gültig verabschiedet – die operative Umsetzung einer vollumfänglich verpflichtenden Berücksichtigung in den Finanzmärkten fehlt immer noch genau so, wie die weltweite Verpflichtung zur Transparenz über die ethische Qualität von Geldgeschäften gegenüber der Zivilgesellschaft. Und das, obwohl Transparenz im Finanzsektor als Allheilmittel zu Vermeidung vermeintlich wettbewerbsuntergrabender Regulierung gebetsmühlenartig ins Feld geführt wird. Die gewachsene Kultur in diesem Sektor orientiert sich trotz Anstrengungen zur Umsteuerungstraditionell an Rendite, Risiko, Liquidität und pekuniärem Ertrag. Vorherrschende Entscheidungsmuster sind noch immer weitgehend pekuniär eindimensional und oft kurzfristig auf Ertrag ausgerichtet, was dem Geschäftszweck der Branche selbst geschuldet sein mag.

Ankündigungen, Absichtserklärungen, öffentlichkeitswirksame Bekenntnisse, Diskussionsrunden, Hochglanzbroschüren und philanthropisches Engagement zum Nachweis des guten Willens hinsichtlich eines Wandels hin zu einem nachhaltigen Finanzsektor sind aus der Branche selbst mehr denn je zu vermelden und begrüßenswert. Doch sie reichen bei weitem nicht aus, um notwendige Veränderungen herbeizuführen. Nachprüfbare Taten im gesamten Kerngeschäft sind als neuer Mindeststandard nötig. Darum geht es beim Sustainability Mainstreaming. Taten nicht nur in ertragsversprechenden Teilbereichen zur Bedienung von sozial- und umweltsensiblen vermögenden Privatkunden als spezielles Geschäftsfeld, sondern die glaubwürdige Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsauswirkungen in allen Bereichen.

Sustainability Mainstreaming im Finanzdienstleistungsbereich bedeutet,

- das vollständige Geschäftsgebaren im Kerngeschäft
- hinsichtlich seiner Nachhaltigkeitswirkungen präventiv und regelmäßig wiederkehrend zu bewerten
- die verwendeten Bewertungsstandards und -ergebnisse zu veröffentlichen
- und wirksame Maßnahmen zur Beseitigung oder Kompensation negativer Wirkungen zu ergreifen
- sowie diese Maßnahmen im Markt transparent zu machen.

In der Hinsicht scheitert es bei vielen Akteuren schon an der Bereitschaft zum ersten Schritt der Bewertung. Selbst die weltweiten Strukturen der Zentralbanken geben hier mit dem vorgeschobenen Argument der Unabhängigkeit ihrer Geldpolitik eine völlig traurige Figur ab und nehmen noch nicht einmal eine Nachhaltigkeitsbewertung von Wertpapieren vor, die sie aktuell im historisch bislang größten Umfang ankaufen oder als Pfand in ihren Besitz nehmen (Siehe dazu <http://www.wirtschaftsethik.biz/zentralbank>). Dass Geldpolitik Auswirkungen auf die Realwelt und damit die gesamte globale Zivilgesellschaft hat, ist eine Binsenweisheit. Dass diese Auswirkungen neben der eindimensionalen Zielgröße von Zinsniveaus auch die Begünstigung von Folter, Kriegstreiberei, Korruption, gezielter Umweltzerstörung und weiterer unethischer Handlungen haben kann, steht noch nicht im Fokus der mächtigsten Akteure unserer globalen Wirtschaft.

2. ... und notwendige Zukunft ...

Ein wesentlicher ethischer Aspekt von Finanzdienstleistungen ist mittlerweile einem breiten Publikum klar: Finanzdienstleistungen und die Finanzindustrie haben durch all ihre Tätigkeiten langfristige Auswirkungen auf die Gesellschaft – weit über ihren eigenen Sektor hinaus. Diese hohe Gesellschaftsgestaltungsrelevanz des Finanzsektors erfordert zwingend die transparente Prüfung jeden Handelns auf Passung zur gesellschaftlich anerkannten normativen Basis. Volker Hauff hat es in Deutschland auf der Jahreskonferenz des Rates für Nachhaltige Entwicklung 2017

auf den Punkt gebracht: Die Transformation der Finanzwirtschaft ist die Schlüssellösung im Jahre 30 des Brundtland-Berichts. Es gilt, die aktuell „härtesten Gegner der Nachhaltigkeit“ und gleichzeitig finanziell einflussreichsten Akteure der Wirtschaft, als handelnde Mitstreiter für eine nachhaltige Zukunft ins Boot zu bekommen. Dabei geht es um nicht weniger, als um einen weltweiten vollständigen Kulturwandel in einer der wichtigsten zum Dienen verpflichteten Wirtschaftsinfrastrukturen. So, dass die Kultur in diesem Wirtschaftssektor mit seiner indirekten Steuerungswirkung für die Realwirtschaft wie selbstverständlich Nachhaltigkeit im Fokus hat: allgegenwärtig und auf jeder Ebene. Veränderung hin zu einer nachhaltigen

Wirtschaft muss mit einem vollständig veränderten Finanzsektor und entsprechenden Kapitalmärkten einhergehen, um wirklich gelingen zu können.

Das rasante Wachstum der Spezialbanken mit Nachhaltigkeitsfokus, die immer noch als philosophisch oder theologisch abgegrenzte Nischenplayer wahrgenommen werden - weist zwar in die richtige Richtung, kann aber alleine nicht die Kraft entfalten, die notwendig ist, um den gesamten Finanzsektor zum Umsteuern zu bewegen. Das Ziel ist erst dann erreicht, wenn es zur Normalität auch beim letzten und kleinsten Finanzdienstleister geworden ist, Nachhaltigkeitswirkungen zusammen mit Rendite, Risiko und Liquidität zu betrachten, zu diskutieren und in voller Transparenz aktiv zu managen. Die „normalen“ Banken aus zivilgesellschaftlich- ethischer Sicht sind die Spezialbanken mit Nachhaltigkeitsfokus – und diese Normalität muss endlich zur Norm gemacht werden. Verbraucherinnen und Verbraucher möchten in der Regel nicht proaktiv in moralisch geächtete und bezüglich Nachhaltigkeit fragwürdige Produkte und Firmen investieren. Nirgendwo auf der Welt und unabhängig von sämtlichen gängigen weltanschaulichen Prägungen. Ihnen fehlt jedoch noch das Bewusstsein und die breite Transparenz über die Auswirkungen ihres Handelns als Investorinnen und Investoren ebenso wie die Offenlegung der Auswirkungen des Finanzdienstleisters und aktiver Beratung zu diesen Aspekten. Sustainability Mainstreaming setzt hier durch Transparenz und Informationspflicht an, um mit wettbewerbsverträglichen Mechanismen die schlummernde Massennachfrage nach nachhaltigkeitskonformen Finanzdienstleistungen sichtbar zu machen und zu fördern.

Nachhaltigkeit ist ein fluider politisch operationalisierter Begriff, der wesentliche Aspekte der gesellschaftlich herrschenden Moral abbildet. Die anerkannte Mindestmoral ist in einer Vielzahl von normativen Errungenschaften bereits skizziert: z.B. der UN-Charta der Menschenrechte, der EU-Grundrechtscharta, dem Grundgesetz und anderen Verfassungen. Erstmals liegt eine weltweit anerkannte und operationalisiert projektierte Vision von einer zukunftsfähigen nachhaltigen Welt in Form der Sustainable Development Goals bzw. der Agenda 2030 vor, die auch die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung und einer Vielzahl von weiteren Ländern prägt. Durch fehlende Trennschärfe und Zielkonflikte in zahlreichen Nachhaltigkeitsfragen, sind in einer freiheitlichen Demokratie Verbraucherinnen und Verbraucher aufgefordert, auf einem funktionierenden Markt informierte Entscheidungen gemäß ihren Wertevorstellungen zu treffen. Das ist nur durch den Zwang aller Finanzdienstleister zu Nachhaltigkeitsbewertungen und Transparenz der entsprechend vergleichbaren Ergebnisse zu erreichen. Alle Finanzdienstleistungen und Finanzmarktprodukte als weitgehend homogene Güter müssen demnach zukünftig zwingend mit relevanten und glaubwürdigen Nachhaltigkeitsbewertungen ausgestattet werden. Dadurch wird ein Kreislauf in Gang gesetzt, der gekennzeichnet ist durch die zunehmende Sensibilisierung von Nachfragenden von Finanzdienstleistungen und dadurch zunehmende Differenzierung von Anbietenden von Finanzdienstleistungen über besonders positive Nachhaltigkeitsaspekte. Die globale Zivilgesellschaft wird damit endlich mündig gemacht, verantwortungsvolle und ganzheitliche Investitionsentscheidungen zu treffen.

3. ... für einen nachhaltig dienenden Finanzsektor

Das Instrumentarium für Sustainability Mainstreaming im Finanzdienstleistungsbereich ist bereits entwickelt und erfolgreich erprobt im Einsatz, immense Ertragseinbrüche im

Finanzsektor durch nachhaltiges Investieren sind empirisch dem Bereich der Horrormärchen zuzuordnen bzw. das Gegenteil ist sogar der Fall und Erfahrung in der jahrzehntelangen hochentwickelten operativen Umsetzung ist längst in der Branche vorhanden. Bereits 1990 kamen Manager der Deutschen Bank zu einem katholischen Theologen mit Fragen zur ethische Bewertung von Kapitalanlagen, da Kirchen bei der Bank große Geldsummen angelegt hatten. Den Kirchen war es wichtig zu erfahren, ob die Art der Anlage mehr Schaden anrichte als das Gute, das sie mit den Erträgen daraus bewirken könnten. Aus einer dann folgenden Fachtagung und der Gründung einer Forschungsgruppe ging schlussendlich der Frankfurt-Hohenheimer Leitfaden hervor – eine Kriteriologie zur ethischen Bewertung von Unternehmen und Kapitalanlagen. Mit der oekom research GmbH wurde diese Kriteriologie in ein Ratingkonzept übertragen, das in der zur oekom research AG gewachsenen unabhängigen Nachhaltigkeitsratingagentur heute eine gewichtige Stellung im globalen Markt einnimmt. Fast 30 Jahre Erfahrung zur Bewertung der ethischen Qualität von Finanzprodukten ist heute von jeder Bank sofort online abrufbar. Top-Entscheiderinnen und -Entscheider im Finanzdienstleistungsbereich haben vor dem Hintergrund kein einziges belastbares Argument mehr, um Nichtwissen über die Nachhaltigkeitsleistung und die Auswirkungen ihres Handelns im Kerngeschäft zu entschuldigen.

Wer mit Geld an Grundrechtsverletzungen teilhat und dies wissen kann, weil Ratings mit konkreten Belegen dazu vorhanden sind, der ist für diese Grundrechtsverletzungen zumindest mitverantwortlich. Das gilt für alle Bankengruppen- und –größen, so dass die Diskussion über die Optionen zur Neugestaltung eines nachhaltigen Finanzsystems in den Erfahrungsaustausch über effiziente Umsetzungsstrategien münden muss und der herrschende normative Rahmen nun endlich verpflichtend zur Anwendung gebracht wird. Ein noch fehlender wesentlicher Baustein hierzu ist die global flächendeckende und vergleichbare Transparenz-/Berichtspflicht aller Finanzdienstleister einschließlich der Zentralbanken, unabhängig von ihrer Größe. Die Steuerungswirkung des Geldes geht weit über das hinaus, was die EZB und weitere Zentralbanken auch über 10 Jahre nach der bisher größten Finanzmarktkrise geldpolitisch bisher betrachten. Hier liegt der größte Hebel, um Finanzmärkte in den Dienst des Gemeinwohls der globalen Zivilgesellschaft zu stellen, anstatt sie zu deren Schaden in einer Moral aus Korruption, Steuervermeidung, Umweltzerstörung und Ausbeutung von Menschen in einer Parallelwelt agieren zu lassen, die dem menschlichen Ethos vollständig widerspricht.

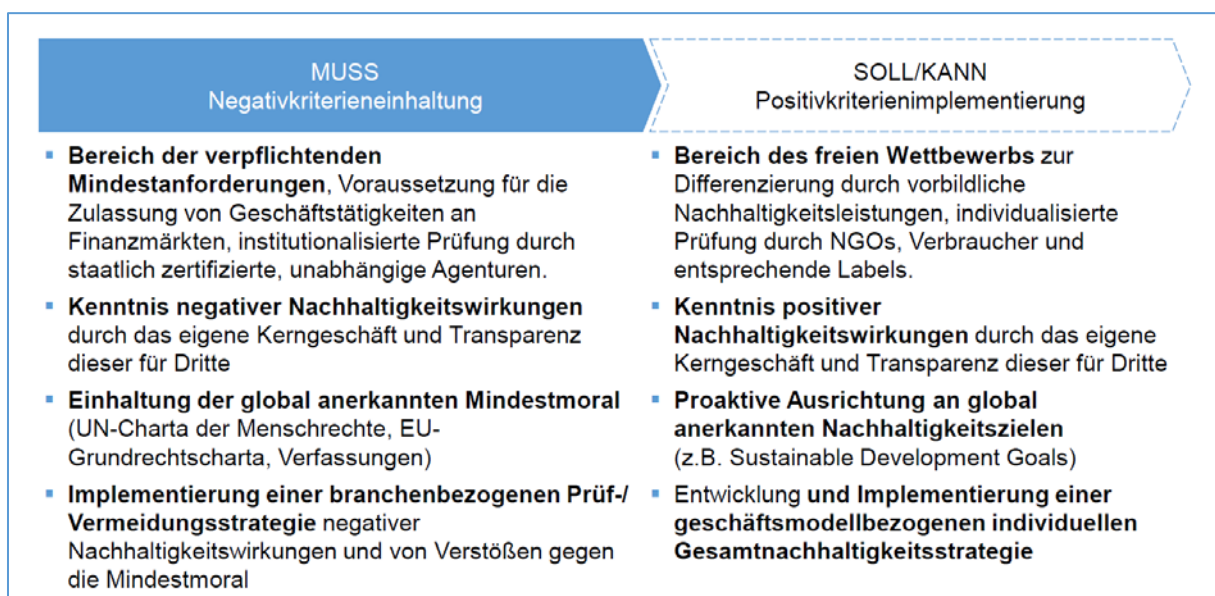


Abbildung: Kernaspekte des Sustainability Mainstreaming
Quelle: Eigene Darstellung

Sustainability Mainstreaming im Finanzsektor ist die wichtigste Voraussetzung für einen wirtschaftlichen Paradigmenwechsel von der zerstörerischen und rücksichtslosen

Gewinnmaximierung hin zur wirksamen Gemeinwohl- und Menschenorientierung. Es bedeutet vor dem Hintergrund, die herrschenden normativen Errungenschaften der Gesellschaft zwingend einzuhalten (transparente MUSS-Prüfung: Negativkriterien) und freiwillige Beiträge zur Vision einer nachhaltigen Welt (transparente KANN-Prüfung: Positivkriterien) im Wettbewerb mit anderen Marktakteuren zu leisten sowie beides für die globale Zivilgesellschaft sichtbar zu machen, insbesondere für die Nachfragenden von Finanzprodukten. Erst dadurch kann Handeln im Finanzdienstleistungsbereich unter Wettbewerb so ausgerichtet werden, dass langfristig unerwünschte Effekte beschränkt und Nachhaltigkeit gefördert werden.

Welttierschutzgesellschaft e.V.

Der Einsatz von Nutztieren ist ein wichtiger Faktor im Kampf gegen den weltweiten Hunger.

Da auch der deutsche Beitrag zur Zielerreichung des SDG2 Nutztiere einsetzt, sollten folgenden Punkte beachtet werden:

1. Zoonoseprävention: mehr als 60% der Humanpathogene haben einen tierischen Ursprung. Hierzu zählen z.B. Hepatitis E in der Rohmilch, Tuberkulose, Salmonellose etc. Einfach gesagt wird durch nicht artgerechte Haltungssysteme das Stresslevel von Tieren angehoben und das Immunsystem in der Konsequenz supprimiert. Dies hat zur Folge, dass die Tiere krankheitsanfälliger werden und Menschen mit diesen Krankheiten anstecken können.
2. Wirtschaftlichkeit: nicht artgerecht gehaltene Tiere sind ebenfalls durch ein erhöhtes Stresslevel häufig in ihrer Entwicklung reduziert, was sich auf die Einsatzfähigkeit der Tiere und ihre Produktivität negativ auswirkt.

Um sicherzustellen, dass Nutztiere, eingesetzt durch deutsche Entwicklungsgelder, möglichst stressarm gehalten werden, müssen die Tierbesitzer auf die Tierhaltung vorbereitet werden. Nur so kann der Einsatz von Nutztieren langfristig zu dem gesetzten Ziel beitragen. Hierzu sind folgende Maßnahmen notwendig:

- a. Sicherstellung einer tier- und artgerechten Unterbringung.
- b. Sicherstellung von lokal möglichen Hygienestandards.
- c. Edukation/Schulung der Tierhalter, um den richtigen Umgang mit den Tieren zu sichern. Hierbei sind die lokalen Traditionen zu beachten. Als Maßgabe sollten die „5 freedoms“ als global einsetzbare Tierwohlstandards gelten.
- d. Festlegung von Indikatoren für das Tierwohl/die Tiergesundheit.
- e. Sicherstellung tiermedizinischer Versorgung, inklusive Prophylaxen zur Seuchenbekämpfung.
- f. Durchführung regelmäßiger Kontrollen und entsprechender Datenerhebungen dazu.
- g. Sicherstellung von Ausgleichszahlungen im Seuchen- bzw. Katastrophenfall.

Wir möchten Sie bitten, diese Themen sowohl in Ihrem Kriterienkatalog, der darüber entscheidet, welcher deutsche Beitrag zur Erreichung des SDG2 geleistet werden soll, als auch in Ihre Evaluation der geleisteten Beiträge mitaufzunehmen.

BDE Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-,Wasser- und Rohstoffwirtschaft e. V.

Wir begrüßen die Überarbeitung der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung und die Chance, hierzu Stellung zu nehmen. Aus Sicht des BDE Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft e. V. – als dem maßgeblichen Branchenverband der Kreislauf- und Ressourcenwirtschaft – ist eine ambitionierte Nachhaltigkeitsstrategie mehr denn je auch eine Standortfrage. Die derzeitig bereits gegebenen Möglichkeiten werden nicht hinreichend genutzt. Es fehlt an klaren Zielvorstellungen genauso wie an Umsetzungskonzepten. Allzu oft werden Beschaffer, die sich der Nachhaltigkeitsstrategie bereits jetzt verpflichtet wissen, allein gelassen.

Wir wären Ihnen dankbar, wenn wir uns als maßgeblicher Akteur der deutschen Kreislaufwirtschaft in die weiteren Beratungen der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie intensiv einbringen könnten. Die Mitgliedsunternehmen des BDE repräsentieren 75 Prozent des privatwirtschaftlich erbrachten Umsatzes in den Wirtschaftszweigen „Abwasserentsorgung“, „Sammlung, Behandlung, Beseitigung und Recycling von Abfällen“ sowie „Beseitigung von Umweltverschmutzungen und sonstige Entsorgung“. Über unsere Facharbeitskreise und das BDE Research Team können wir sowohl Expertise wie auch fundierte Zahlen aus der Praxis einbringen. Der jüngste Statusbericht Kreislaufwirtschaft 2018 dokumentiert deutlich die großen Entwicklungspotentiale der deutschen Entsorgungswirtschaft:
<http://www.europaticker.de>

Wir sind davon überzeugt, dass wir die Herausforderungen der Zukunft beim Klima- und Ressourcenschutz und bei der Energiewende nur werden lösen können, wenn wir konsequent auf eine funktionierende Kreislaufwirtschaft setzen. Die Kreislaufwirtschaft entwickelt sich aber nicht aus sich selbst heraus. Ein Markt für Recyclingrohstoffe ist essentiell. Hier ist die öffentliche Hand als Beschaffer gefragt, die einen bestimmten Anteil an Rezyklaten bei Ausschreibungen für den Erwerb neuer Produkte festlegen kann. Vor diesem Hintergrund möchten wir uns in diesem Stadium der Überarbeitung der Strategie auch nur auf Anmerkungen zu Ziffer 3. Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien bei der öffentlichen Beschaffung beschränken (wir wären aber dankbar, wenn wir uns zu den weiteren Punkten im weiteren Verlauf der Konsultation ebenso einbringen könnten).

Wie ausgeführt, erscheint uns die öffentliche Hand als der maßgebliche Treiber einer Rohstoffwende. Letztlich wird man nur über verpflichtende gesetzliche Vorgaben zum Rezyklat-Einsatz für die öffentliche Hand den nötigen Anschub auslösen können. Europarechtlich ist das sogenannte „GreenPublicProcurement“ schon lange möglich und auch im nationalen Gesetzen ausdrücklich erlaubt (z.B. § 97 III GWB: Bei der Vergabe werden (...) umweltbezogene Aspekte nach Maßgabe dieses Teils berücksichtigt). Leider verbleibt es letztlich zZt aber bei Programmsätzen wie z.B. in § 45 KrWG.

Ein Vorbild könnte Österreich sein. Dort hat die österreichische Bundesregierung per Ministerratsbeschluss einen Aktionsplan zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung (naBe-Aktionsplan) angenommen. Das österreichische Bundesministerium für Finanzen wiederum hat als Eigentümerversorger der Bundesbeschaffung GmbH (BBG), dem Einkaufsdienstleister des Bundes per Gesetz, per Weisung die Umsetzung der naBe-Kriterien angeordnet. Gleichzeitig verpflichteten sich alle Ministerien schriftlich zur Einhaltung bzw. Umsetzung des naBe-APs, vgl. dazu:

<https://www.bundestag.de/blob/557634/33a92a3ac6aaf0b76ba8527a96e2c341/wd-5-054-18-pdf-data.pdf>

Auch auf Ebene der deutschen Bundesländer zeichnet sich gewisse Bewegung ab. So hat z.B. Thüringen einen Vorrang für den Einsatz von Ersatzbaustoffen bei Bauvorhaben der öffentl. Hand normiert:

<http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/64898/gesetz-und-verordnungsblatt-nr-11-2017.pdf#page=14>

Bundesländer wie Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg sind ebenfalls Treiber des gelebten GreenPublicProcurement:

<https://mwvlw.rlp.de/de/themen/wirtschafts-und-innovationspolitik/wettbewerbspolitik/vergaberecht/nachhaltige-beschaffung/>

<https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/start-der-schulungsoffensive-nachhaltige-beschaffung/>

Die bisher vorgesehene Beschränkung auf Recyclingpapier, E-Fahrzeuge und Alttextilien greift jedenfalls viel zu kurz. Stoffströme wie z. B. die Mineralik – also Hoch- und Tiefbau – sind weit bedeutsamer. Längst ist es technisch möglich, dass die Kreislaufwirtschaft Sekundärrohstoffe in fast allen Bereichen in gleicher Güte wie Primärrohstoffe herstellen kann. Beispielhaft sei hier nur das PET-Flaschenrecycling erwähnt, dass sich schon seit vielen Jahren bewährt hat. Dank eines großen Potentials an Sekundärrohstoffen ist Deutschland – entgegen der landläufigen Meinung – ein (sekundär-) rohstoffreiches Land.

Die Überarbeitung der Nachhaltigkeitsstrategie sollte dazu genutzt werden, nun – gleichlaufend mit der Rohstoffstrategie der Deutschen Bundesregierung – auch die Potentiale der Sekundärrohstoffe tatsächlich zu heben. Möglicherweise ergeben sich hier auch im Hinblick auf die österreichische Ratspräsidentschaft Anknüpfungspunkte für ein gemeinsames Agieren mit EU-Mitgliedstaaten.

Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030

Die Zeit drängt – die Wissenschaft fordert mehr Ambition

Die Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 begrüßt es, dass die Bundesregierung die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie 2018 aktualisiert und 2020 grundsätzlich auf den Prüfstand stellen wird. Insbesondere schätzen wir die Anerkennung und strategische Einbindung der Wissenschaft als Impulsgeberin und kritisch-konstruktive Begleiterin, die mit der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie 2016 noch einmal systematisch ausgebaut worden sind. Die Wissenschaftsplattform begrüßt ausdrücklich die Empfehlung des Peer Reviews 2018, Nachhaltigkeit noch konsequenter zur Richtschnur des Regierungshandelns zu machen.

Die Wissenschaftsplattform hat in ihr aktuelles Arbeitsprogramm eine ausführliche forschungsbasierte Stellungnahme als Beitrag für die Überarbeitung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie im Jahr 2020 aufgenommen. Dafür werden wir auch die geleisteten Fortschritte und verbleibenden Lücken der Aktualisierung 2018 analysieren und fortlaufend als Ansprechpartner zur Verfügung stehen.

Grundsätzlich sehen wir seit Inkrafttreten der aktuellen Strategie im Januar 2017 einen wesentlichen Nachbesserungsbedarf beim Umsetzungstempo der Nachhaltigkeitsstrategie. Um die anvisierten Ziele durch Pfade der nachhaltigen Entwicklung in, mit und durch Deutschland bis 2030 erreichen zu können, ist ein deutlich zielorientierteres Vorgehen notwendig. Um den zunehmend nachhaltigkeithemmenden Tendenzen entgegenzuwirken, empfehlen wir, das gesamte Ambitionsniveau der Umsetzungsmaßnahmen noch einmal deutlich anzuheben.

Wir unterstreichen insbesondere auch das Ergebnis des Peer Reviews, dass ein hohes Maß an systemischem Denken und systemischer Kooperation unverzichtbare Grundlage für die kritische Reflexion und Realisierung von nachhaltigem Wandel ist.

Landeselternschaft Grundschulen NRW e.V.

wir freuen uns über die Möglichkeit im Rahmen des Bürgerdialogs Ideen zum Thema "Stärkung von Bildung für nachhaltige Entwicklung" einbringen zu dürfen. Hiermit möchten wir anregen in das Indikatorenset für das deutsche Bildungssystem die Messung des Grades der Elternmitwirkung aufzunehmen. Es ist bekannt, dass eine gut funktionierende Elternmitwirkung einer der Erfolgsfaktoren einer guten Schule ist. Auch von Seiten der Schulleitungen und Verwaltungen hören wir zunehmend, dass die Elternmitwirkung dringend gewünscht ist.

Bundesvereinigung Nachhaltigkeit e.V.

Nachhaltigkeit betrachten wir als gesamtgesellschaftliche Gemeinschaftsaufgabe, der sich kein Akteur, erst recht kein staatlicher Akteur, entziehen darf. Ähnlich wie der Handel als Mittler zwischen Produzenten und Konsumenten fungiert, haben Behörden und staatliche Einrichtungen eine der Gesamtgesellschaft gegenüber dienende Mittlerfunktion.

Es ist deshalb wichtig, die bisherige Definition von Nachhaltigkeit (Nachhaltiger Entwicklung) über die bisherigen Aspekte Umwelt, Gesellschaft, Wirtschaft hinaus weiter zu entwickeln und mehr auf jede*n Einzelne*n als handelnden Akteur auszurichten: die Strategie nennt „Chancen für eine gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen in allen Bereichen und auf allen Ebenen“ und beginnt über diesen passiven Teilaspekt von Partizipation bereits mit der Erweiterung der Definition.

Ein zweiter Teilaspekt der Partizipation ist die aktive Teilnahme im Sinne des Einbringens in Prozesse. Das braucht Zeit. In dieser Hinsicht war die Beteiligungsmöglichkeit zivilgesellschaftlicher Akteure an dieser Aktualisierung mit lediglich ca. 3 Wochen unbefriedigend und weist auf weiteren Optimierungsbedarf hin.

Über das Beteiligen von Menschen hinaus, ist von jedem/jeder Einzelnen Handeln erforderlich, das sich nicht nur auf das Verlassen auf die Fähigkeiten und Kompetenzen von Repräsentanten oder der Verwaltungen beschränkt. Alles Handeln ist durch Verhalten gesteuert, das wiederum von kulturellen Einflüssen determiniert wird, daher räumen wir Kultur einen hohen Stellenwert für Nachhaltige Entwicklung ein. Zu guter Letzt kommt es jedoch auch auf ein ausbalancieren an:

Gleichgewichtsorientierung als zentraler Baustein der Überlebensstrategie von Natur (vgl. <https://nachhaltigkeit.bvng.org/handlungsfelder/>). Umwelt, Gesellschaft, Wirtschaft, Partizipation, Kultur, Gleichgewichtsorientierung: diese integrierte (holistische) Betrachtung von Nachhaltigkeit ermöglicht die Entwicklung umfassender Methoden und Werkzeuge, mit denen die Herausforderungen von Transformation gemeistert werden können.

Zur Wirksamkeit der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie gehört es, dass eine breitenwirksame Aufmerksamkeit dem Thema Nachhaltigkeit gegenüber erzeugt wird. Dies sehen wir mit der Strategie nur ungenügend berücksichtigt. Es ist letztlich eine Binsenweisheit: der Fokus des Handelns folgt der Aufmerksamkeit für eine Sache.

In einer medienorientierten Gesellschaft wie der gegenwärtigen hat die Bundesregierung möglicherweise den größten Anteil an Aufmerksamkeit. Eine Transformation zur Nachhaltigkeit kann nur gelingen, wenn gesamtgesellschaftliches Handeln hierauf fokussiert. In diesem Sinne schlagen wir 2 direkte und binnen einer halben Legislaturperiode umsetzbare Maßnahmen vor, um einerseits die Politikkohärenz zu stärken und andererseits die Empfehlung des RNE Peer-Review zur effektiveren Gestaltung der institutionellen Architektur zur Umsetzung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie entgegen zu kommen:

1. Die Aufnahme des Begriffs der Nachhaltigkeit und seiner Intention als leitendes gesellschaftliches Handlungsprinzip in den Grundrechtekatalog des Grundgesetzes
2. Die Gestaltung der Aufgaben der Bundesministerien entlang der Nachhaltigen Entwicklungsziele der UN

Wir kommen damit zu den beiden Feldern, die uns in unserer Stellungnahme besonders wichtig sind: Öffentliche Beschaffung und Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE).

Öffentliche Beschaffung

Im Spannungsverhältnis aller gesellschaftlichen Akteure stehen Behörden als Vorbilder in der ersten Reihe, wenn es um die Umsetzung staatlicher Ziele und die Erwartungen hieran geht. Behörden sind daher im wörtlichen Sinne „Avantgarde“ und müssen dies im Hinblick auf den Prozess der Transformation als ihr Selbstverständnis begreifen. Auf der Grundlage eines solchen Selbstverständnisses stehen auf der praktischen, alltäglichen Ebene dabei zunächst vor allem Beschaffungsverhältnisse (Lieferketten) im Fokus. Staatliche Beschaffung, hierzu zählen wir auch die Beschaffung durch Körperschaften und Unternehmen in öffentlicher Hand, gehört zu den größten und wirksamsten Einflussphären auf nachhaltige Entwicklung.

Staatliche Beschaffung macht deutschlandweit einen Anteil von ca. 15 % des Bruttoinlandsproduktes aus, das 2017 bei ca. 3.260 Mrd. EUR lag. Der 2017 aufgewendete Betrag von ca. 490 Mrd. EUR stellt eine immense Marktmacht dar, derer sich öffentliche Beschaffung nur ungenügend bewusst ist. Als Gründungsmitglied des Nationalen Netzwerks Nachhaltiger Konsum ist die Bundesvereinigung Nachhaltigkeit mit der durchaus begrenzten Macht einzelner Marktakteure vor allem auf der privaten Nachfrageseite vertraut. Eine konzertierte und gesteuerte öffentliche Marktmacht hätte dagegen erheblichen Einfluss auf nachhaltige Produktion und nachhaltige Geschäftsmodelle in der Wirtschaft. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) berichtete über diesen Kontext in seinem Wochenbericht 49.2017 unter der Überschrift „Öffentliche Beschaffung als Dekarbonisierungsmaßnahme: Ein Blick auf Deutschland“ (http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.572655.de/17-49-3.pdf). Hier sind neben der Analyse auch Lösungsansätze enthalten, die wir als Bundesvereinigung Nachhaltigkeit mittragen.

Das DIW schreibt, dass das sog. „Green Public Procurement“ (GPP: umweltfreundliche öffentliche Beschaffung) sich bei weitem noch nicht als Standard durchsetzen konnte. Auch unserer Erfahrung nach wird auf herkömmliche, über Jahrzehnte gelernte und angewendete Weise der „günstigste Preis“ als Alleinstellungskriterium und Ausdruck von „Wirtschaftlichkeit“ angewendet. Zwar regelt § 97 Abs. 3 GWB, dass „Aspekte der Qualität und der Innovation sowie soziale und umweltbezogene Aspekte“ berücksichtigt werden sollen. Diese scheinen in der Praxis jedoch wenig relevant. Nachhaltige Entwicklung gehört z.B. in vielen Vergabeverordnungen nicht zu den Vergabegrundsätzen.

Den größten Hebel sehen wir daher in der Anpassung der Vergabegrundsätze. So wie in Irland eine Zertifizierung im Arbeitsschutz für die Teilnahme an öffentlichen Ausschreibungen eine Grundvoraussetzung zumindest im Baubereich ist, sollte der Nachweis nachhaltiger Unternehmensführung z.B. entlang der Kriterien des Deutschen Nachhaltigkeitskodex DNK (<https://www.deutscher-nachhaltigkeitskodex.de>) zum Standard werden. Hierdurch würde der Wettbewerbsvorteil konventioneller Unternehmen umgekehrt und ein heute noch kaum abzuschätzender Beitrag für nachhaltige Entwicklung geleistet.

Insofern bedeutet der neue Indikator „Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien bei der öffentlichen Beschaffung“ zunächst nur einen begrüßenswerten, jedoch nicht weitgehenden ersten Schritt. Vielmehr ist die Schaffung von Indikatoren erforderlich, die abbilden, dass in Vergabeordnungen Nachhaltigkeitskriterien maßgebend sind, in welchen Vergabeordnungen dies zutrifft und welche Kriterien von Nachhaltigkeit eingeführt sind (allen voran die

entsprechende Zertifizierung für die Teilnahme an öffentlichen Ausschreibungen). Eines weiteren Indikators bedarf es für die Abbildung des Grades der Berücksichtigung.

Bildung für Nachhaltige Entwicklung

Und wieder eine Binsenweisheit: Bildung ist der wertvollste Rohstoff Deutschlands. Dennoch liegt Deutschland im Vergleich noch unterhalb des EU-Durchschnitts (2015: 4,52% BIP nach eurostat) und dies seit Jahren mit stetig sinkender Tendenz. Dies stellt in Zukunft einen entscheidenden Wettbewerbsnachteil dar, da sich hieran auch die Innovationsfähigkeit orientiert.

Wenn also Nachhaltigkeit eine gesamtgesellschaftliche Gemeinschaftsaufgabe ist, darf es ausschließlich Bildung für Nachhaltige Entwicklung geben. Bildung muss sich dem Primat Nachhaltigkeit unterordnen und die Voraussetzungen dafür bereitstellen, dass die „Transformation“ unserer Welt gelingt. Bildung für Nachhaltige Entwicklung (und in diesem Kontext Berufliche Bildung für Nachhaltige Entwicklung als größter Schwachpunkt aller Bildungssektoren) muss in die Präambeln und damit in den Fokus rücken.

Im Hinblick auf Indikatorensätze ist es zwar durch das BMBF beabsichtigt, solche für die unterschiedlichen Bildungsbereiche entwickeln zu lassen, jedoch offenbar nicht für alle: der Hochschulbereich fand nach Auskunft des zuständigen Projektträgers DLR vom 11.06.2018 wohl keine Berücksichtigung. Es ist auch schwer verständlich und gemahnt an die Vermeidung von Doppelarbeit und -kosten, warum hier eine erneute Forschung erforderlich ist: bereits im Jahr 2011 wurde ein Werkstattbericht der Deutschen UNESCO-Kommission zu „Indikatoren der Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ veröffentlicht und im Übrigen auch vom BMBF gefördert. Dieser Werkstattbericht lieferte exakt hierzu bereits nutzbare Erkenntnisse und Ergebnisse für quantitative Indikatoren, die ohne weiteres in die Berichterstattung einfließen können.

Was grundsätzlich jedoch fehlt, ist die Erarbeitung von qualitativen Indikatoren, die die Wirkung von Bildung nach Verlassen der entsprechenden Bildungseinrichtungen in der dann folgenden Tätigkeit für Unternehmen, Verwaltung, Institutionen, Organisationen, Ehrenamt etc. messen und als Benchmark bereitstellen würden. Damit würde auch die Kompetenz zu systemischem Denken abgebildet, ebenfalls eine der Empfehlungen aus dem RNE-Peer-Review.

Netzwerk Grüne Bibliothek

In der aktuellen Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie werden die Bibliotheken fast vollständig ignoriert bzw. im besten Fall „mitgemeint“, aber kaum expliziert adressiert. Es gibt in den 256 Seiten der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie von 2016 nur zwei Nennungen von Bibliotheken – einmal im Zusammenhang als Speichereinrichtung für Schriftzeugnisse (S. 85) und einmal an nicht exponierter Stelle generell als Kultureinrichtung im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel (S. 50). Damit erhalten Bibliotheken 7- bis 10-mal weniger Aufmerksamkeit als Kitas, Schulen und Hochschulen.

Doch Bibliotheken können mehr!

Es gibt in Deutschland fast 10.000 Bibliotheken, die 374.000 Veranstaltungen pro Jahr durchführen. Wenn Bibliotheken nur ein Zehntel ihrer Veranstaltungen zusätzlich zu Nachhaltigkeitsthemen durchführen würden, würde hiermit ein Millionenpublikum erreicht werden. Bildungsveranstaltungen zur Lese- und Sprachförderung stehen ohnehin im Fokus von Bibliotheken. Doch Bibliotheken sind genauso Anbieter von Bildungsveranstaltungen für nachhaltige Entwicklung und globales Lernen und Werkstätten für Ideen zum nachhaltigen Konsum für die breite Bevölkerung. Sie sind zunehmend Orte der sozialen Teilhabe und des gesellschaftlichen Diskurses.

Durch ihre dezentrale, deutschlandweit flächendeckende Organisation, Vernetzung mit anderen Bildungspartnern und ihren niedrigschwelligen Zugang sind Bibliotheken geradezu prädestiniert, nicht nur Informationen anzubieten, sondern auch Wissen und Bildung in die Gesellschaft zu tragen und Orte des gesellschaftlichen Umdenkens zu sein bzw. zu werden. Während sie im ländlichen Raum oftmals die letzten verbliebenen frei zugänglichen Kultur- und Bildungseinrichtungen darstellen, nehmen sie in den Städten eine bedeutende Rolle bei der Integration ein. Dadurch, dass sie weit in die Gesellschaft reichen, können sie öffentlichkeitswirksam als gute Beispiele wirken durch effiziente Maßnahmen bei Bau und Inneneinrichtung, ökologisch sinnvolle Managementmaßnahmen wie z. B. Ökostromerzeugung oder Verwendung von Recyclingpapier, aber auch durch ihr Medienangebot und die Angebote ihrer Services wie Urban-Gardening-Projekte, Repair-Cafés, Sammlung von ausgedienten Mobilfunkgeräten, Beitrag zur Biodiversität durch Leih sämereien, Sharing-Initiativen etc. – aber eben auch durch ihre Bildungsveranstaltungen.

Das Potenzial, welches in Bibliotheken für die Themen „Bildung für nachhaltige Entwicklung“, „nachhaltige Beschaffung“, „Verbraucherbildung“ liegt, wurde in Deutschland bisher nicht genügend beachtet. Weltweit sind in den letzten Jahren zahlreiche Publikationen zum Themengebiet „Bibliotheken und Nachhaltigkeit“ entstanden. International werden Bibliotheken zunehmend als Motoren für eine nachhaltige Entwicklung angesehen und gefördert (Dänemark, Niederlande, Kroatien, USA, ...). Der Weltverband der Bibliotheken IFLA hat die Ziele der UN-Agenda ausdrücklich in sein Advocacy-Programm übernommen (<https://www.ifla.org/ldp/iap>) und damit die Bibliotheken der Welt aufgefordert, ihren Beitrag zur Erreichung der Ziele deutlich zu machen.

In Deutschland gibt es nur vereinzelte Initiativen, aber die große Bewegung bleibt bisher aus. Wir haben – gemessen am Weltmaßstab – diesbezüglich einen erheblichen Nachholbedarf. Eine Digitalisierungsstrategie für Bibliotheken allein reicht hier nicht aus – wenn die Digitalisierung nicht automatisch gekoppelt wird mit einer Bewusstseinsbildung bzgl. der Auswirkungen und der Forderung zu nachhaltiger Beschaffung, wird die Deutsche Digitalisierung auf Kosten des globalen Südens durchgeführt werden, was nicht im Sinne von Nachhaltigkeitsdenken sein kann.

Da weder in der Agenda 2030 der UN noch in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie Bibliotheken explizit als Träger von nachhaltigen Bildungsinitiativen genannt werden, ist leider auch zu beobachten, dass sich dies innerhalb von länderspezifischen Nachhaltigkeitsstrategien in Deutschland so fortsetzt und Bibliotheken auch in den Nachhaltigkeitsstrategien der Länder nicht genügend im Fokus sind. Dabei sind zahlreiche Ziele der Agenda 2030 wie gemacht für Bibliotheken oder stellen die alltägliche Arbeit von Bibliotheken dar! Um das große Potenzial von Bibliotheken für die nachhaltige Entwicklung in Deutschland zu verwirklichen, brauchen Bibliotheken mehr Aufmerksamkeit, und Mut, in Bibliotheken mehr zu entdecken, als bloße Ausleihstationen für Bücher!

Deshalb unsere Bitte: setzen Sie bei der Überarbeitung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie auch Bibliotheken als starke Partner bei der Bildung für nachhaltige Entwicklung auf die Agenda!

XertifiX e.V.

Kommentierte Passage:

Nachhaltigkeitsindikatoren und Ziele d. dt. Nachhaltigkeitsstrategie

„3. Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien bei der öffentlichen Beschaffung“

Erweiterungsvorschlag

Es spricht sehr viel dafür, die vorhandenen Instrumentarien besser miteinander zu vernetzen und somit für die Nachhaltigkeitsindikatoren und Ziele besser zu nutzen:

- Das Portal der Bundesregierung „Kompass Nachhaltigkeit“ macht für öffentliche Beschaffer transparent welche verlässlichen Zertifikate und Nachweise es bei welcher Produktgruppe gibt. Warum fokussiert man daher nicht auf alle Produktgruppen von „Kompass Nachhaltigkeit“, für die es schon verlässliche Nachweisformen gibt?
- Dies sind:
 - Computer
 - Bekleidung und Textilien
 - Holz und Holzprodukte
 - Lebensmittel
 - Naturstein
 - Papier
 - Wasch- und Reinigungsmittel

Es sollte schon jetzt (durch das statistische Bundesamt) erfasst werden, wie stark die Kommunen in allen diesen Bereichen tatsächlich nachhaltig beschaffen. Die zentrale Beratungsstelle für kommunale Beschaffer (Kompetenzstelle für Nachhaltige Beschaffung) (und gegebenenfalls auch das Netzwerk für Beschaffer „DVNW Deutsches Vergabenetzwerk“) sollte entsprechend auch auf den Webseiten und bei der Beratung über alle bei Kompass Nachhaltigkeit erfassten Produktgruppen informieren.

- Bei Kompass-Nachhaltigkeit (bzw. Siegelklarheit) gibt es einen objektiven Kriterienkatalog / ein Kriterien-Raster, mit dem jedes Siegel einer Produktgruppe geprüft und bewertet wird. Das Kriterien-Raster wurde, erstens, abgeleitet aus bestehenden Gesetzen und Richtlinien und anhand international anerkannter Vorgaben für Siegel (z.B. ISEAL) entwickelt und, zweitens, in einem Multi-Stakeholder-Prozess für jede Produktgruppe individuell festgelegt. Der Kriterienkatalog zur Bewertung der Siegel unterliegt einer laufenden Kontrolle und wird in regelmäßigen Abständen weiterentwickelt. Durch dieses objektive Bewertungsraster gibt es für die unter Kompass Nachhaltigkeit (bzw. Siegelklarheit) erfassten Produktgruppen de facto schon ein staatliches System der Siegelbewertung in Deutschland. Hierbei spielt es keine Rolle, ob ein Siegel staatlich oder privat ist: die Kontrolle findet durch das staatlich eingerichtete Bewertungssystem statt und das positiv bewertete Siegel erhält hierdurch eine quasi staatliche Anerkennung. Wir schlagen vor, dass für die Anerkennung eines Siegels bei der öffentlichen Beschaffung eine positive Bewertung durch das staatliche Bewertungssystem (Kompass Nachhaltigkeit bzw. Siegelklarheit) Voraussetzung wird. Hierdurch wird sichergestellt, dass nur als gut bewertete Siegel bei der Beschaffung eine Rolle spielen, was direkt auf die Nachhaltigkeit der öffentlichen Beschaffung durchschlagen dürfte. Es wird zudem sichergestellt, dass Anbieter, die sich dem Standard eines anerkannten Siegels unterwerfen keine Nachteile gegenüber Anbietern erleiden, die ohne (zuverlässige) Nachhaltigkeitsstrategie auf dem Markt sind und daher ihre Produkte kostengünstiger anbieten können. Und es wird für alle Beschaffer die Rechtssicherheit geschaffen, welche Siegel bei einer Ausschreibung zu verlangen sind und welche nicht berücksichtigt werden können.

Dieser Vorschlag ist EU-konform, da der EUGH in seinem Grundsatzurteil vom 10.05.2012 festgestellt hatte, dass in einer Ausschreibung bestimmte Gütezeichen gefordert werden können, solange es transparent ist, nach welchen objektiven Kriterien bestimmte Gütezeichen zugelassen sind. Es muss auch möglich sein, dass andere Gütezeichen – bei Erfüllung der objektiven Bewertungskriterien – ebenfalls zugelassen werden. Beides trifft für das vorhandene Bewertungssystem Kompass Nachhaltigkeit (bzw. Siegelklarheit) zu.

- Gleichzeitig ist eine nationale Strategie zu entwickeln, um die Kommunen in der nachhaltigen Beschaffung zu stärken:
 - Es sollte neu ein nationales Anreizsystem entwickelt werden, das Kommunen einen (z.B. finanziellen) Anreiz gibt, Beschlüsse zur nachhaltigen Beschaffung zu fassen und diese auch wirksam umzusetzen.
 - Es sollte eine proaktive Strategie zur Information aller deutschen Kommunen über dieses Anreizsystem, über Beratungsmöglichkeiten und die Umsetzung geben. Die Praxis hat gezeigt, dass Kommunen häufig schon Beschlüsse zur nachhaltigen Beschaffung gefasst haben (z.B. Fair Trade Towns), aber bei der Umsetzung gegebenenfalls das Know-how fehlt. Vorhandene Strukturen wie „Engagement Global gGmbH“ oder das bestehende Netzwerk für Beschaffer „DVNW Deutsches Vergabernetzwerk“ könnten gegebenenfalls hierfür mit einbezogen werden.

Bündnis ZukunftsBildung

Das Bündnis ZukunftsBildung ist eine Initiative von deutschen Nichtregierungsorganisationen aus den Bereichen Jugend, Umwelt, Bildung, Entwicklung und Menschenrechte. Namentlich sind im Bündnis ZukunftsBildung folgende Organisationen vertreten: BUND, BUNDjugend, GEW, Germanwatch, Greenpeace, Innowego, NAJU, OXFAM, Welthungerhilfe und WWF.

Unsere Kernanliegen sind die strukturelle Verankerung einer Bildung für eine nachhaltige Entwicklung (BNE) im gesamten Bildungssystem, die systematische Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und allen weiteren Lernenden in Bildungsfragen sowie eine gute Bildung für alle. Wir treten für ein ganzheitliches Bildungsverständnis ein, das sowohl formale als auch non-formale und informelle Bildungswege und Lernorte umfasst.

Wir begrüßen sehr, dass das Bildungskonzept Bildung für nachhaltige Entwicklung fest in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie verankert ist.

„Bildung ist eine entscheidende Komponente, um Kompetenz für die nachhaltige Entwicklung aufzubauen, und Teil eines breiteren Ansatzes, die Ziele der nachhaltigen Entwicklung zu kommunizieren“, stellt der aktuelle Peer Review unter Leitung von Helen Clark fest. Diese Auffassung teilen wir. Ernstgemeinte Nachhaltigkeit als gesellschaftliche Leitperspektive zu etablieren, das bedeutet nicht weniger als einen Kulturwandel in unserer bisherigen Denk-, Lebens- und Wirtschaftsweise zu vollziehen. Verantwortungslose Produktionsweisen sowie verschwenderische Konsummuster und Lebensstile haben weltweit zu gravierenden ökologischen (Überschreiten planetarer Grenzen) und sozialen Schäden (Missachtung von Menschenrechten) und daraus resultierenden Krisen geführt. Dies zu verändern ist nur möglich, wenn Lernende Zugang zu qualitativ hochwertiger und wirkungsvoller Bildung für nachhaltige Entwicklung erhalten. Das ist notwendige Voraussetzung zur konsequenten und erfolgreichen Umsetzung und Implementierung der SDGs.

BNE leistet zugleich einen wichtigen Beitrag zur politischen Bildung für Toleranz, Demokratie und gesellschaftliche Teilhabe. Eine gute Bildung im Sinne der Agenda 2030 unterstützt Lernende dabei, ein Bewusstsein für die Dringlichkeit nachhaltiger Entwicklung zu entwickeln und Lösungsansätze für die großen globalen Krisen unserer Zeit zu finden.

In unseren Augen darf in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie der transformative Charakter insgesamt noch mutiger geschärft und das Ambitionsniveau höher angesetzt werden. Um die Agenda 2030 zu verwirklichen, so die Präambel des Nationalen Aktionsplans BNE (kurz NAP), „müssen wir umfassende und tief greifende gesellschaftliche Transformationen anstoßen und umsetzen. Bildung spielt in diesem Prozess eine Schlüsselrolle. ... Bildung befähigt zur Gestaltung

von politischen, wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Veränderungen.“ Weiterhin stimmen wir Frau Staatssekretärin Quennet-Thielen zu, wenn sie im Vorwort des NAP festhält: „Wir brauchen kreative Ideen, Visionen und Gestaltungsmut für eine nachhaltige Entwicklung. Nachhaltigkeit muss Bildungsziel sein.“ Es geht um einen „Fahrplan für die Veränderung unseres Bildungssystems“.

Zudem braucht es ein konsequentes Umsetzen der gesetzten Ziele. Dafür erscheint es vordringlich, dass die SDGs und das Bildungskonzept BNE Chefinnen-und Chefsache in Bund, Ländern und Kommunen wird. Nur so können die vielen guten Ansätze von engagierten Einzelkämpfern die Wirkung entfalten, die für die Umsetzung bis 2030 notwendig ist. Eine „en-passant-Realisierung“ wird nur schwer gelingen. Dies als allgemeine Vorabbemerkungen.

Für eine wirkungsvolle Umsetzung und strukturelle Verankerung für SDG 4, insbesondere SDG 4.7 sind in unseren Augen Gelingensfaktoren einzufügen bzw. zu stärken, hier sehen wir folgende Punkte als besonders wichtig an:

Indikator BNE für 2019

Die Aufnahme einer Indikatorik zu BNE in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie sowie die Ausschreibung zur Förderung der Entwicklung von Indikatoren im Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung wie auch ihre inhaltliche Differenzierung begrüßen wir ausdrücklich. Da hier dringender Handlungsbedarf vorliegt, erscheint das angestrebte Abwarten bis 2020 nicht zielführend. Der interne Diskurs wie auch die Forschung sind weit genug, dass ein erster pars pro toto Indikator früher vorliegen sollte.

Ein erster Indikator sollte bereits 2019 vorliegen und Eingang in die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie finden. Zudem können so die Erfahrungen für die Überarbeitung der DNS 2020 genutzt werden.

Des Weiteren weisen wir daraufhin, dass die Einschränkung auf einen einzelnen Indikator für einen Wandel im Bildungssystem hin zu einer Zukunftsorientierung im Sinne der nachhaltigen Entwicklung eine unnötige Zäsur wäre. Hier ist ein modulartiges Vorgehen mit Identifizierung eines kurzfristiger zu erstellenden pars pro toto Indikators für 2019 sinnvoll. Weiterhin sollte der Hinweis auf die Entwicklung von weiteren Indikatoren für 2020 erfolgen, die die Kernkompetenzen des Bildungskonzepts BNE abbilden.

Nationaler Aktionsplan BNE ist Leitperspektive

Die Entwicklung und Verabschiedung des Nationalen Aktionsplans BNE befürworten wir sehr. Dieser muss jetzt konsequent umgesetzt und die Handlungsfelder angegangen werden, wie sie bspw. für den Bereich Schule beschrieben sind (Lehr- und Fachkräfte Aus-, Fort- und Weiterbildung, Verankerung in Lehr- und Bildungspläne, Bildungseinrichtung als Gestaltungsort für eine nachhaltige Entwicklung und Partizipation, insbesondere der jungen Generation etc.).

Der Nationale Aktionsplan BNE, seine Ergebnisse und Maßnahmen, sollten Leitperspektive für die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie in puncto Bildung sein.

In diesem Zusammenhang sollte auch das für BNE elementare Handlungsfeld Partizipation hervorgehoben werden. In Bezug auf Partizipation der nächsten Generation forderte das Bündnis Zukunftsbildung die Beteiligung der nächsten Generation an dem BNE-Prozess. Wir begrüßen es außerordentlich, dass das BMBF diese mit dem youpaN erfolgreich umsetzt. Dies in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie zu nennen wäre ein starkes Signal, um auch junge Menschen vermehrt an Bord zu holen. Insbesondere die nächste Generation sollte als Akteur des Wandels gestärkt werden.

Zukunfts-Investition

„Außerdem wollen wir die Förderung der Bildung für nachhaltige Entwicklung intensivieren.“ (Quelle: Koalitionsvertrag, Kapitel IV -Offensive für Bildung, Forschung und Digitalisierung, Seite 29)

Die Förderung für BNE soll laut Koalitionsvertrag intensiviert werden. Dies sollte sich auch deutlich in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie widerspiegeln. Um BNE flächendeckend einzuführen braucht es Investitionen. Hierzu legt das Bündnis ZukunftsBildung eine wissenschaftliche Studie für den schulischen Bereich vor. Demnach sind von 2018 bis 2030 Investitionen von rund 14 Milliarden Euro notwendig. Wir begrüßen das Bekenntnis der Bundesregierung zu den SDGs wie auch zu dem Weltaktionsprogramm BNE. Für eine wirkungsvolle, überzeugende und strukturelle Implementierung müssen jetzt Innovationen und notwendige Mittel bei den Lernorten ankommen.

Bildung für nachhaltige Entwicklung ist in allen Bildungsbereichen zu verankern und die Finanzierung bis 2030 und darüber hinaus festzuschreiben und zu sichern.

Bis 2020 sollten dafür die Bildungshaushalte für den Bereich „Allgemeinbildende und berufliche Schulen“ um insgesamt 0,2%, bis 2030 sukzessive auf 3,7% erhöht werden. Der Bund muss die Länder bei der flächendeckenden Umsetzung bis 2030 unterstützen.

Über Schule hinaus könnte für den außerschulischen Bereich bspw. ein Fonds für eine verlässliche Förderstruktur eingerichtet werden, die eine koordinierte Arbeit in den Bildungslandschaften ermöglicht.

Wir, das Bündnis ZukunftsBildung, sehen die Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie als einen wichtigen Schritt hin zu einer strukturellen Implementierung von Bildung für eine nachhaltige Entwicklung im gesamten Bildungssystem. Das Bündnis ZukunftsBildung und seine Mitglieder bieten Ihnen auch weiterhin eine partnerschaftliche und konstruktive Zusammenarbeit bei der systematischen Verankerung des Bildungskonzepts Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie an.

NABU – Naturschutzbund Deutschland e.V.

Der NABU, Deutschlands mitgliederstärkster Natur- und Umweltverband, setzt sich dafür ein, unsere Natur zu schützen und für zukünftige Generationen zu sichern. Wir freuen uns über die Möglichkeit, zum Konsultationspapier zur Aktualisierung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie 2018 der Bundesregierung Stellung nehmen zu dürfen und tun dies im Folgenden. Ergänzend möchten wir auf die Kommentierung des NABU der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie vom Juli 2017 hinweisen, die bereits ausführliche Empfehlungen zu einzelnen Kapiteln der aktuellen Strategie enthält.

Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung

Der NABU begrüßt, dass in diesem Textabschnitt wichtige Setzungen bekräftigt wurden, wie die Ausrichtung auf die „planetaren Grenzen“ oder dass nachhaltige Entwicklung als Leitprinzip der Politik auf allen Ebenen beachtet werden muss.

Europa

Es ist richtig und wichtig, dass für Europa eine „Umsetzungsstrategie, in der Ziele, Zeitplanung und konkrete Maßnahmen zur Berücksichtigung der Agenda 2030 in allen einschlägigen internen und externen EU-Politikbereichen dargelegt werden“ gefordert wird. Dazu muss auch

gehören, dass die SDG als Leitprinzip in das Prioritäten- und Arbeitsprogramm sowie die Leitfäden zur Gesetzesfolgenabschätzung ("Impact Assessment") der EU aufgenommen werden. Die SDG müssen insbesondere bei den aktuellen EU-Entscheidungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) und der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) als Leitprinzip dienen. In beiden Prozessen werden die Entscheidungen eine sehr große Reichweite haben.

Insgesamt darf die Forderung nach einer Umsetzungsstrategie aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die EU vor allem sehr zügig von der Umsetzungsstrategie in die konkrete Umsetzung gehen muss.

STAND DER ARBEITEN AN DER DEUTSCHEN NACHHALTIGKEITSSTRATEGIE

Stärkung Politikkohärenz

Der Punkt „Stärkung der Politikkohärenz“ ist unbedingt zu unterstreichen. Gerade bei den wichtigen „Wenden“ ist sie unabdingbar und sollte bereits bei der dringend benötigten Analyse beginnen, was das 1,7 oder 1,8 Grad Ziel oder die Wahrung der planetaren Grenzen für jedes Politikfeld bedeutet.

Beim Thema „Politikkohärenz“ möchten wir betonen, dass bei der Zusammenarbeit der Ressorts die Zielkonflikte identifiziert und adressiert und anhand der Kriterien einer Nachhaltigen Entwicklung abgewogen werden müssen. Entscheidungen müssen dann verbindlich getroffen und dürfen nicht in Kommissionen verschoben werden. Insgesamt müssen die Governancestrukturen agiler und effizienter werden.

NACHHALTIGKEITSINDIKATOREN UND ZIELE IN DER DEUTSCHEN NACHHALTIGKEITSSTRATEGIE

Prüfung neuer Indikatoren

1. Lebensmittelabfälle und -verluste in Deutschland

Ein einheitliches Verständnis von Lebensmittelabfällen bzw. -verlusten sowie verbindliche Vorgaben und Methoden zur Datenerhebung sind vor allem für gesetzliche Vorhaben nötig und sollten, wie geplant, schnellstmöglich konzipiert und implementiert werden. Dabei müssen – wie im Kreislaufwirtschaftspaket der EU aufgeführt – alle Wertschöpfungsstufen inklusive der Nachernteverluste in den Blick genommen werden. In der Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie darf sich die Bundesregierung aber nicht auf die noch mangelhafte Datengrundlage zurückziehen, sondern muss sich dazu bekennen, unverzüglich Maßnahmen zu entwickeln und zu initiieren. Denn für alle Wertschöpfungsstufen gilt das Ziel, die Verluste bis 2030 zu halbieren. Es wurde in verschiedenen Studien bereits aufgezeigt, dass auf allen Stufen vermeidbare Lebensmittelverluste anfallen. Mit dem bisher sehr einseitigen Fokus der Bundesregierung auf die Kampagne „Zu gut für die Tonne“ und dem Kampagnenschwerpunkt Verbraucherinformation hat Deutschland bereits viel Zeit verloren, um erfolgreich vermeidbare Lebensmittelabfälle zu reduzieren. Mit der Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie muss die Bundesregierung sich selbst, aber ebenso Industrie, Handel und die verschiedenen Konsumenten – von Großverbraucher zum Privathaushalt – in die Pflicht nehmen, den eigenen Beitrag zur Ressourcenschonung durch Vermeidung von Überproduktion und Wegwerfkultur zu leisten.

3. Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien bei der öffentlichen Beschaffung

Der Indikator „Nachhaltigkeit in der öffentlichen Beschaffung“ sollte noch um den Bereich „Gebäude“ ergänzt werden, da dort ein erheblicher Hebel zur Einsparung von Energie und Rohstoffen besteht. Hier könnte im Bereich Energie/Wärme beispielsweise

- die Anzahl der Neubauten mit KfW-Standard 40 (Zielsetzung: 100 Prozent)

- die Anzahl der nach der Sanierung als Nullenergiehäuser ausgestatteten Häuser (Zielsetzung: 100 Prozent)

oder im Bereich Rohstoffe

- der prozentuale Anteil der Verwendung von Recyclingrohstoffen oder
- Holz im Hochbau bei Neubauten oder
- das Verhältnis von Alt- zu Neubauten

insgesamt erfasst werden. Ziel muss es ebenfalls sein, die Gebäude einer ökologischen Lebenszyklusbetrachtung zu unterziehen. Dabei sind vor allem die ökologische Qualität der Baustoffe, die Lebensdauer, die Rückbaufähigkeit und die Wiederverwendbarkeit einzelner Bauteile und des Gesamtgebäudes sowie die Flächeninanspruchnahme zu beachten.

Der Fuhrpark der öffentlichen Hand ist ein zentraler Hebel, um den Hochlauf und die Marktdurchdringung von effizienten Fahrzeugen und insbesondere Elektrofahrzeugen anzureizen. Daher ist es ein richtiger und wichtiger Schritt, bei der Beschaffung von Fahrzeugen den Kraftstoffverbrauch und hier idealerweise die (tatsächlichen) CO₂-Emissionen pro Kilometer zu einem zentralen Auswahlkriterium zu machen. Allerdings muss unbedingt zwischen den unterschiedlichen Fahrzeugklassen und Nutzungsprofilen differenziert werden. Nicht immer stehen heute schon geeignete Null- und Niedrigemissionsfahrzeuge zur Verfügung. Eine reine Ausrichtung entlang des Leistungsparameters, wie im Konsultationspapier vorgesehen, ist jedoch widersinnig, wie etwa die klimabilanziell ungünstigen Bewertungen mittels der Energiekennzeichnungsverordnung „Pkw-Label“ belegen.

Stattdessen sollte bei der Beschaffung zumindest der jeweils gültige, europäische CO₂-Grenzwert für Pkw, leichte Nutzfahrzeuge und künftig auch Lkw zugrunde gelegt, idealerweise jedoch deutlich unterboten werden. Der Indikator muss außerdem sicherstellen, dass die Fahrleistung insgesamt sinkt und eine Verlagerung auf umweltfreundlichere Verkehrsmittel stattfindet.

Zudem sollte eine verbindliche Quote für den Anteil rein elektrisch betriebener Fahrzeuge am Fuhrpark festgelegt werden. Der NABU schlägt hierfür 25 Prozent im Jahr 2025 und 40-60 Prozent für das Jahr 2030 vor. Dabei ist zu berücksichtigen, dass insbesondere Plug-in-Hybride oftmals nur sehr geringe Strecken rein elektrisch zurücklegen, während sich bei Dienstfahrzeugen, die primär für längere Strecken ausgelegt sind, das zusätzliche Gewicht der Batterie in der Gesamtbilanz negativ auswirken kann. Hier ist entsprechend dem jeweiligen Anwendungsbereich die voraussichtlich effizienteste Antriebsart zu wählen.

5. Wirkung von Forschungsinvestitionen

Wir setzen das „nested economy“-Modell der Nachhaltigkeit voraus, das nicht in drei Säulen unterteilt, sondern der Ökonomie die dienende Funktion für den sozialen Zusammenhalt und Gerechtigkeit sowie die Wahrung der planetaren Grenzen zuweist. Die Absicht, den Indikator „Private und öffentliche Ausgaben für Forschung und Innovation“ zu erweitern, um die Wirkung von Forschungsinvestitionen zu ermitteln, ist zu begrüßen. Die Zahl weltmarktrelevanter Patente pro Millionen Einwohnerinnen und Einwohner ist jedoch ein denkbar schlechter Ansatz. Hier wäre zunächst zu klären, welche „Wirkungen“ gemessen werden sollen. Notwendig ist vielmehr die Entwicklung eines Indikators bzw. Indikatorensets, das die lineare Input-Output Logik einer technikfixierten Innovationslogik überwindet und ein systemisches, vorsorgeorientiertes Innovationsverständnis abbildet.

Neben Innovationen, die Produkte und Patente erzielen, sind soziale Innovationen im Rahmen der Transformation der Gesellschaft zu mehr Nachhaltigkeit dringend erforderlich. Auch diese sollten entsprechend im Forschungs- und Innovationskontext angeregt und honoriert werden.

6. Bodenschutz

Bei der Entwicklung eines Indikators zum Bodenschutz ist zu bedenken, dass Fernerkundung ein zu grobes Instrument zur Beurteilung des Bodenzustands ist. Damit kann zwar eine Nutzungsänderung angezeigt werden, aber es wird nicht genug zum Zustand des Bodens (wie z.B. Porenvolumen, Humusanteil) gesagt. Die bisherigen Untersuchungen des Kohlenstoffgehalts vernachlässigen die biologische Qualität des Bodens.

Zum Bodenschutz sind zudem ehrgeizigere Ziele notwendig. Bei einer Vertagung sollte bis 2020 ein Indikator entwickelt werden, der die Qualität des Bodens sowohl hinsichtlich der Nährstoff, als auch des Humusgehalts und der biologischen Aktivität beschreibt.

Die Annahme, dass die Änderungen der Gesamtwaldfläche eher gering sein werden, teilen wir. Dennoch sollte alleine die Waldfläche nicht der einzige Indikator für den Bodenschutz im Wald sein. Ein Indikator zur „Befahrungintensität“ sollte aufgenommen werden. Hierfür wären der Anteil der Waldwege und Rückegassen im Verhältnis zur Waldfläche darzustellen.

Bitte entnehmen Sie weitere Empfehlungen zur Prüfung neuer Indikatoren der Kommentierung des NABU der Fortschreibung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie vom Juli 2017 (anbei und hier: <https://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/nachhaltigkeit/170706-nabu-stellungnahme-nachhaltigkeitsstrategie.pdf>).

Ergänzend zu diesen sollte ein Indikator für nachhaltige Innovationen aufgenommen werden. Grundlegend dafür ist ein systemisches Innovationsverständnis, das die kulturellen, sozialen und institutionellen Faktoren einer jeden Innovation mit einbezieht. Die technikfixierte Verengung auf Patente reicht bei weitem nicht aus (s.o.).

Zur Bekämpfung des Klimawandels und seinen Auswirkungen (Ziel „Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen“) ist ein Indikator notwendig, der den politischen Gestaltungswillen der Bundesregierung abbilden kann. Dazu sollte eine Überprüfung der Kohärenz der nationalen Klimaschutzziele sowie der deutschen Positionen in den Verhandlungen mit den europäischen Partnern für gemeinsame, EU-weite Klimaziele mit dem Pariser Klima-Abkommen erfolgen.

Anpassungen von Zielen (in Prüfung)

Dass das Ziel der Erhöhung des Anteils des ökologischen Landbaus auf 20 Prozent nun endlich eine konkrete Jahreszahl erhält, war längst überfällig. Allerdings muss die Höhe der entsprechenden Forschungsgelder dem ambitionierten Ziel angepasst und die ökologische Land- und Lebensmittelwirtschaft als innovativer Treiber einer ökologischeren Gesellschaft angemessen in Forschungs- und Innovationsprogramme, weit über die Ressortnische des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft hinaus, gefördert werden. Die notwendige, im Peer Review deutlich angemahnte Agrarwende, hin zu einer ökologischeren Land- und Lebensmittelwirtschaft in der Verbindung mit Gesundheit, braucht weitaus mehr Innovationen und Forschung als bislang angedacht.

Bitte entnehmen Sie weitere Empfehlungen zur Anpassung von Zielen der Kommentierung des NABU der Fortschreibung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie vom Juli 2017 (anbei und hier: <https://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/nachhaltigkeit/170706-nabu-stellungnahme-nachhaltigkeitsstrategie.pdf>).

Drei der Zielanpassungen sollten, anderslautend als dort beschrieben, angepasst werden:

- Beim Indikator Treibhausgasemissionen muss die Zielsetzung eine THG-Reduktion von mehr als 95 Prozent bis 2050 (gegenüber 1990) sein. Zwischenziele müssen kohärent mit den Klimaschutzzielen des Pariser Klima-Abkommens sein.

- Der Anteil der erneuerbaren Energien am Brutto-Energieverbrauch muss nahezu 100 Prozent sein.
- Der Anteil des Stroms aus erneuerbaren Energien ist für das Jahr 2020 bereits erreicht, das Ziel für 2030 sollte bis spätestens 2025 erreicht werden und im Jahr 2050 sollte das Ziel nahezu 100 Prozent sein.

Weitere Themen, für die Weiterentwicklung der Strategie 2020

Bitte entnehmen sie weitere Empfehlungen für Themen der Kommentierung des NABU der Fortschreibung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie vom Juli 2017 (anbei und hier: <https://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/nachhaltigkeit/170706-nabu-stellungnahme-nachhaltigkeitsstrategie.pdf>). Dort finden sich ebenfalls Hinweise auf eine Schärfung von Indikatoren bzw. der Festlegung konkreter Maßnahmen für einzelne Zielbereiche.

Deutscher Bauernverband

Allgemeine Anmerkung:

Die Verabschiedung der Agenda 2030 mit den 17 Sustainable Development Goals (SDGs) stellt einen wichtigen Meilenstein in der internationalen Nachhaltigkeitsdebatte dar. Die SDGs geben wichtigen universellen Zielen neue Bedeutung. Besonders hervorzuheben sind darunter die Ernährungssicherung, der Bodenschutz und der Klimaschutz.

Der DBV begrüßt das Ziel, mit den SDGs alle Säulen der Nachhaltigkeit – ökonomisch, ökologisch und sozial – abzubilden. Dies verlangt eine entsprechende Berücksichtigung in der Umsetzung der SDGs durch die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie. Der DBV stellt mit Bedauern fest, dass in Bezug auf die Landwirtschaft nur ökologische Aspekte der Nachhaltigkeit Eingang in die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie gefunden haben. Nur eine wirtschaftliche Nachhaltigkeit kann auch die ökologische und soziale Nachhaltigkeit garantieren. Das Update der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie 2016 sollte bereits dazu genutzt werden, die Neuauflage 2020 vorzubereiten und die drei Säulen der Nachhaltigkeit für die Landwirtschaft gleichwertiger abzubilden.

Vorschläge für neue Indikatoren für die Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie / Erweiterungen:

Prüfung eines Indikators zum Bodenschutz:

Der DBV begrüßt den Ansatz, dem Bodenschutz durch einen eigenen Indikator mehr Bedeutung zu geben. Landwirte sind im eigenen Interesse und im Interesse der nachfolgenden Generationen bestrebt, den Boden fruchtbar zu halten und die landwirtschaftlichen Flächen in gutem Zustand an die nächste Generation zu übergeben. Dieses Ziel wird durch das landwirtschaftliche Fachrecht und die gute fachliche Praxis in der Landwirtschaft umgesetzt.

Der DBV weist darauf hin, dass allein durch einen zusätzlichen Indikator zum Boden das Ziel der Reduzierung des Flächenverbrauchs angesichts schrumpfender verfügbarer Fläche pro Kopf nicht an Dringlichkeit verliert und ein Stopp des Flächenverlusts prioritär ist. Eine bebaute und versiegelte Fläche verliert wichtige Bodenfunktionen wie Pufferung, CO₂-Speicherung, Wasserfilterung, Lebensraum und Biomasseproduktion. Die Bodenqualität im Vergleich muss damit als nicht mehr gegeben betrachtet werden.

Das Vorhaben, Veränderungen der Bodenqualität abseits von Versiegelung zu erfassen, stellt eine komplexe Aufgabe dar. Die Bodenqualität wird in Deutschland üblicherweise nach der Bodenschätzung bewertet. Dabei werden die Ertragsbedingungen nach verschiedenen

Parametern (Bodenaufbau, Geländegestaltung, Klima, Wasserverhältnisse) für Grün- und Ackerland in Bodenpunkten von 0 bis 100 bewertet. Dieses ist bundesweit etabliert, beinhaltet die relevanten Ertragsparameter und ist weithin anerkannt und akzeptiert. Mit diesem System lassen sich Veränderungen ebenfalls abbilden. Zur Beurteilung von Veränderungen der Bodenqualität ist eine Vorortbefassung unerlässlich, sofern nicht auf Sekundärparameter oder daraus abgeleitete Werte wie Biomasseerträge zurückgegriffen wird. Abgeleitete Werte lassen jedoch nur bedingt einen Rückschluss auf die Bodenqualität zu, da andere, schwankende Faktoren diese ebenfalls beeinflussen (Witterung, Düngung, angebaute Kulturen).

Die avisierte Datenerhebung mittels Fernerkundung und anschließende Datenaufbereitung ist nur bedingt für einen Bodenqualitätsindikator geeignet, da die Rohdaten entsprechend interpretiert werden müssen und Bodenqualität durch eine Vielzahl an Faktoren bestimmt wird (Gründigkeit, Bodenart, Humusgehalt, Nährstoffe, Belegung,...), die durch GIS-Daten nicht unmittelbar erfassbar sind. Statt der Verwendung von GIS-Daten sollte ein ausreichend großes und repräsentatives Netz an Bodenmessstellen etabliert werden, anhand dessen unterschiedliche Qualitätsparameter erfasst werden können, so dass deren Aggregation eine repräsentativ abgesicherte Aussage zum Bodenzustand ermöglicht (ähnlich Bodenzustandserhebung), die Daten jedoch auch parameterspezifisch vorliegen.

Bei der Fernerkundung und parzellenscharfen Abgrenzung ist die Frage nach Dateneigentum und Datenschutz ebenfalls kritisch zu werten. Falls sich die Bundesregierung für einen Ansatz mittels Fernerkundung entscheidet, dürfen die auf diesem Wege gewonnenen Daten nur für diesen Zweck verwendet werden und keine Datenweitergabe oder -verarbeitung zu anderen Zwecken erfolgen. Entsprechendes gilt für alle anderweitig erhobenen Daten. Der DBV empfiehlt, anstatt einer voreiligen Aufnahme eines neuen Indikators in 2020 eine sorgfältige Prüfung der verfügbaren Optionen und die Entwicklung und Etablierung eines Messnetzes zur umfassenden Erfassung der Bodenqualität.

Prüfung eines Indikators für Lebensmittelabfälle und -verluste:

Der DBV begrüßt, dass der Thematik Abfälle von Lebensmitteln mit einem neu zu schaffenden Indikator mehr Aufmerksamkeit verliehen werden soll, sowie das Ziel einer Halbierung der Abfälle pro Kopf auf Einzelhandels- und Verbraucherebene. Auf landwirtschaftlicher Ebene werden anfallende Nebenprodukte der Lebensmittelproduktion oder nicht direkt marktfähige Produkte beispielsweise als Futtermittel, zur Bodenverbesserung oder in verarbeiteter Form verwendet. Dadurch wird in der Landwirtschaft eine vollständige Verwertung der produzierten Lebensmittel erreicht.

Der DBV begrüßt die geplante Harmonisierung des Datenerfassungskonzeptes des TI mit der Revision der EU-Abfallrahmenrichtlinie. Es gilt hier Doppelerfassungen und inkompatible Konzepte zu vermeiden.

Zur Erreichung des Ziels einer Halbierung der Lebensmittelabfälle auf Verbraucher- und LEH-Ebene sieht der DBV vor allem die Verbraucheraufklärung und -sensibilisierung für den Wert von Lebensmitteln als zielführende Maßnahme. Auch gilt es, weiter an intelligenten Verpackungen und einer ständigen Anpassung der MHD-Angaben sowie der zugehörigen Aufklärung zu arbeiten. Handelsnormen und Qualitätsanforderungen des LEH gilt es kritisch zu überprüfen, damit verzehrfähige Lebensmittel, die bislang nicht den Anforderungen des LEH entsprechen und deshalb zu Preisabschlägen nur weiterverarbeitet in den Handel gelangen (Säfte, Soßen,...), auch als direkt marktfähige Produkte in den Handel gelangen können.

Prüfung eines Indikators für Deutschlands Beitrag, Hunger und Mangelernährung weltweit zu beenden und das Recht auf Nahrung zu verwirklichen

Die deutsche Landwirtschaft sieht ihre wichtigste Aufgabe in der Erzeugung qualitativ hochwertiger und sicherer Lebensmittel und damit darin, die Ernährung in Deutschland

sicherzustellen. Darüber hinaus leistet die deutsche Landwirtschaft durch die produktive Nutzung landwirtschaftlicher Gunststandorte und eine im weltweiten Maßstab effiziente und ressourcenschonende Erzeugung von Lebensmitteln einen Beitrag zur weltweiten Ernährungssicherung.

Der vorgeschlagene Inputindikator zur Messung der eingesetzten Mittel für die Anwendung relevanter internationaler Normen und Empfehlungen zur Verwirklichung des Rechts auf Nahrung an der Grundgesamtheit aller anrechenbarer Mittel für den Bereich Ernährungssicherung stellt nur eine äußerst indirekte Erfassung des deutschen Beitrags zur globalen Ernährungssicherung dar, zumal die eingesetzten von den tatsächlich ausgegebenen Mitteln abweichen können.

Der Effekt der eingesetzten Mittel für die Ernährungssicherung ist jeweils von der Situation im Zielland abhängig und mitunter von vielen weiteren Faktoren wie guter Regierungsführung, Infrastruktur und lokalen Kapazitäten sowie Programmaufbau und -dauer abhängig, um hier einen eindeutig nachweisbaren Effekt zuordnen zu können.

Änderung des Indikators zum ökologischen Landbau: 20 % nachfrageorientiert in 2030 Die vorgeschlagene Änderung des Indikators zum flächenmäßigen Anteil des ökologischen Landbaus in Deutschland entsprechend der Formulierung im Koalitionsvertrag der Bundesregierung, nachfrageorientiert 20 % in 2030 zu erreichen, sieht der DBV grundsätzlich positiv. Der DBV hatte immer kritisiert, dass der Anteil des Ökolandbaus nicht staatlich verordnet werden kann, sondern marktbasiert erreicht werden muss. Dieser Forderung trägt die vorgeschlagene Änderung Rechnung. Zur Erreichung des Ziels ist eine nachhaltig höhere Zahlungsbereitschaft für Lebensmittel notwendig. Die in Umfragen erhobene Mehrzahlungsbereitschaft der Verbraucher für Lebensmittel aus ökologischer Erzeugung muss sich dazu in der breiten Masse im Einkaufsverhalten widerspiegeln.

In seinem Positionspapier „Ökolandbau nachhaltig stärken“ vom 8. Dezember 2015 hat sich der DBV für eine nachhaltige Stärkung des Ökolandbaus ausgesprochen. Grundsätzlich gilt es jedoch zu bemängeln, dass die ökologische Landwirtschaft durch diesen Indikator gegenüber der konventionellen Landwirtschaft als umweltfreundlicher herausgestellt wird. Generell können alle Formen der Landwirtschaft den Anforderungen an eine nachhaltige Landwirtschaft gerecht werden, entscheidend hierfür ist das einzelbetriebliche Management.

Bisherige Indikatoren der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie 2016 und Neuauflage 2020:

Der DBV sieht das bisherige Indikatorenset der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie 2016 weiterhin kritisch, wie bereits in der Stellungnahme vom 29. Juli 2016 zum Entwurf der Neuauflage dargestellt. Mit der Neuauflage der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie 2016 wurde die Nachhaltigkeitsstrategie um vier Indikatoren mit Nährstoffbezug erweitert, wovon drei Indikatoren reaktiven Stickstoff adressieren, zuzüglich zum bereits bestehenden Stickstoffüberschussindikator. Durch ein Mehr an Indikatoren zum selben Thema sieht der DBV keinen Mehrwert. Der DBV spricht sich dafür aus, dass in der Neuauflage der Nachhaltigkeitsstrategie 2020 die Anzahl der Nährstoffindikatoren grundsätzlich überdacht und auf das Wesentliche reduziert wird.

Der DBV schlägt stattdessen für die Neuauflage 2020 einen Ökoeffizienzindikator vor, der die landwirtschaftlichen Flächenerträge ins Verhältnis zum Stickstoffüberschuss setzt, um so einen Beitrag für die Ernährungssicherung als auch zu Umweltauswirkungen in einem einzigen Indikator abbilden zu können. Grundgedanke einer nachhaltigen Landwirtschaft ist es sein, Lebensmittel möglichst effizient zu produzieren und dabei Umweltauswirkungen zu minimieren.

Forum Umwelt und Entwicklung

Wir begrüßen ausdrücklich, dass die 2030-Agenda für die Bundesregierung einen zentralen Stellenwert einnimmt und sie sich kontinuierlich für eine Weiterentwicklung der nationalen Umsetzungsschritte einsetzt. Gerne nehmen wir die Möglichkeit wahr, das vorliegende Konsultationspapier zur Aktualisierung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (DNS) zu kommentieren.

„Es gibt noch viel zu tun.“ Zu diesem Schluss kommt nicht nur das vorliegende Konsultationspapier, sondern auch der kürzlich veröffentlichte „Peer Review“ – ein internationales Expertengutachten zu den Fortschritten der deutschen Nachhaltigkeitspolitik. Weitgehend kleinteilig sind jedoch die vorliegenden Aktualisierungsschritte der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Einzelne Indikatorenvorschläge stehen zur Diskussion, die Regeln der Gesetzesfolgeabschätzung zu Nachhaltigkeit werden angepasst. Auf die Dringlichkeit eines Umsteuerns können diese Schritte sicherlich keine Antwort finden. Bestehen bleibt ein massives Umsetzungsdefizit der Agenda 2030 in Deutschland, das seiner internationalen Verantwortung bisher nicht gerecht wird. Besonders deutlich wird dies bei folgenden Punkten:

- Die DNS knüpft nur wenig an aktuellen gesellschaftspolitischen Debatten an und benennt Probleme nicht offen. Themen wie die sozial-ökologische Transformation, Einhaltung der planetaren Grenzen, Verteilungs-, Geschlechter- und Generationengerechtigkeit, soziale Gerechtigkeit, gute Arbeit (inkl. Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen, etc.), die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens (inkl. eines von einem Strukturwandel begleiteten Kohleausstiegs) und Lösungen für ein gesellschaftliches Auseinanderdriften in Deutschland und Europa finden keine angemessene Erwähnung bzw. angemessene, ambitionierte Maßnahmen.
- Internationale Auswirkungen deutscher Politik und Handlungsweisen werden weitestgehend ausgeblendet. Die Folgen unseres Ressourcenverbrauchs, unserer Handel- und Wirtschaftspolitik, unserer Produktions- und Konsummuster werden in der Strategie nicht abgebildet. Viel zu wenige Indikatoren erfassen bisher die Auswirkungen deutscher Handlungs- und Wirtschaftsweisen – in den Bereichen Armut, Hunger, Bildung und Gesundheit fehlt eine Auswertung bisher völlig.
- Interdependenzen und Wechselwirkungen von Politikfeldern und Ressorts finden in der Strategie bisher nicht ausreichend Beachtung. Genauso wie die drei Dimensionen von Nachhaltigkeit nicht isoliert in eine Auswertung einbezogen werden können, können einzelne SDG nicht unabhängig voneinander erfüllt werden. Es bedarf einer systematischen und verpflichtenden Auswertung welchen Einfluss neue Politikstrategien und -vorhaben auf die Umsetzung und Erfüllung aller Zielvorgaben der Agenda 2030 haben.

Vor diesem Hintergrund fordern wir die Bundesregierung auf einen umfassenden und verbindlichen nationalen Umsetzungsplan zur Umsetzung der 2030-Agenda in und durch Deutschland zu erstellen. Dieser Umsetzungsplan muss klare Zielvorgaben und Schritte definieren; konkret muss beschrieben werden welche Entwicklungen wir heute brauchen um uns einer Erfüllung der Agenda 2030 anzunähern und nicht weiter zu entfernen. Dieser Plan muss Blaupause und Messlatte für künftiges Regierungshandeln werden. Er sollte die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie umfassen, muss jedoch deutlich darüber hinausgehen, mit der Zivilgesellschaft diskutiert und vom Bundestag beraten und beschlossen werden. Die Querverbindungen zu anderen nationalen Strategien (z.B. Klimaschutzplan, Nationale Biodiversitätsstrategie) müssen klar aufgezeigt und bei der Umsetzung berücksichtigt werden.

Nachhaltigkeitsindikatoren und Ziele in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie

Wir begrüßen die Anstrengungen der Bundesregierung neue Themenfelder und Wirkungsbereiche in die Strategie aufzunehmen und damit neben einer Zustands- und Fortschrittsmessung auch für die Verknüpfung mit konkreten politischen Maßnahmen zu öffnen. Anhand der vorliegenden Indikatorenvorschläge lassen sich in diesem Vorhaben jedoch Risiken für das Ambitionsniveau der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und daraus resultierend ein verminderter Handlungsdruck für die Umsetzung der Agenda 2030 in Deutschland erkennen, die der Dringlichkeit des Themas nicht gerecht wird.

Besonders offensichtlich wird dieser Umstand mit dem neu entwickelten Vorschlag zu Messung der Wirkung von Forschungsinvestitionen. Der Nachhaltigkeitsbezug dieses Indikators fehlt unserer Bewertung nach völlig, eine Neuanmeldung von Patenten lässt keinerlei Aussage darüber zu, ob ein Patent eine nachhaltige Entwicklung im Sinne der Agenda 2030 voranbringt oder ggf. sogar konträr zu ihren Leitbildern eingesetzt wird. Auch der neu entwickelte Indikator im Themenfeld Öffentliche Beschaffung wird sich zunächst nur auf das Thema Recyclingpapier beschränken und lässt damit nur eine extrem eingeschränkte Sicht auf die breite Steuerungswirkung von Beschaffungsvorgaben zu.

Die Anpassung bzw. Abschwächung des Zeitrahmens für das Ziel zu Ökologischem Landbau nehmen wir mit großer Enttäuschung zur Kenntnis. Besonders eine nachhaltige Bewirtschaftung von Nutzflächen im Einklang mit ökologischen Grenzen möchten wir als Schlüsselziel für die globale Ernährungssicherung und den Erhalt von Ökosystemen hervorheben.

Grundsätzlich wird in dem Prozess deutlich, dass eine Beschränkung auf wenige Indikatoren aufgrund der strengen Statuten des Statistischen Bundesamtes äußerst problematisch ist. Es bedarf einer Reform der zugrundeliegenden Regeln für statistische Messungen. Hierbei kann auf die Erfahrung von Wissenschaft und Zivilgesellschaft in der Schaffung, Nutzung und Messung von Daten zurückgegriffen und bestehende Indikatorenvorschläge (z.B. CFS-Werkzeugkoffer; CPI von Transparency International; Palma-Ratio; Nationaler Wohlfahrtsindex; Healthy Life Years; Transparency Tracker von Saferworld; Financial Secrecy Index des Tax Justice Networks; Aid Transparency Index von PublishWhatYouFund etc.) genutzt werden.

Die mangelhafte Datengrundlage in einzelnen Themenfeldern (Lebensmittelverschwendung oder Öffentliche Beschaffung) macht deutlich, dass weitaus mehr finanzielle wie personelle Ressourcen notwendig sind um Fehlentwicklungen in Deutschland zu identifizieren und gegensteuern zu können. Von einer angemessenen statistischen Grundlage würde nicht nur die Qualität und Wirkungsmöglichkeit der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie profitieren – auch die Erfassung der internationalen SDG-Indikatoren ist bisher als mangelhaft zu bewerten.

Evangelische Kirche in Deutschland (EKD)

I Grundsätzliche Bedeutung der Agenda 2030 für die Evangelische Kirche in Deutschland

Die Frage der Nachhaltigkeit gehört zu den großen Überlebensfragen der Gegenwart. Geht es doch im Kern um die Frage, wie die Grundbedürfnisse aller Menschen der Gegenwart sowie der zukünftigen Generationen befriedigt werden können ohne die natürlichen Lebensgrundlagen zu gefährden und die planetarischen Grenzen zu verletzen.

Angesichts der Tatsache, dass immer noch über 800 Millionen Menschen von Hunger bedroht sind und jeden Tag über 20 000 Menschen an Hunger sterben, sind wir von Befriedigung der Grundbedürfnisse aller Menschen noch weit entfernt. Der Klimawandel schreitet voran und verschärft die Kluft zwischen Armut und Reichtum, denn seine Folgen treffen die am meisten, die am wenigsten dazu beigetragen haben und sich auch am wenigsten schützen können. Angesichts der Überschreitung der sogenannten planetarischen Grenzen in vielen Bereichen mit all seinen Folgen – insbesondere durch den menschengemachten Klimawandel – sind jedoch

Menschen in allen Erdteilen mittel- und langfristig betroffen. Das Überleben der Menschheit und auch der Fortbestand der Natur, wie wir sie heute kennen, sind in Gefahr.

Das fordert uns auch als Kirchen heraus, geht es doch um die Zerstörung der Schöpfung Gottes und die grundlegende Verletzung der Grundbedürfnisse vieler Menschen, die wir als Ebenbilder Gottes mit einer unverletzlichen Würde verstehen.

Die Auseinandersetzung mit den Fragen einer nachhaltigen Entwicklung ist für die evangelische Kirche nicht neu. Schon in den 70er Jahren hat z.B. der Ökumenische Rat der Kirchen herausgefordert durch den Bericht des Club of Rome eine verantwortliche und nachhaltige Gesellschaft (responsible and sustainable society) gefordert. Die Kirchen haben also lange vor der UN die Nachhaltigkeit auf die globale politische Agenda gesetzt.

Viel Rückenwind hat der Nachhaltigkeitsdiskurs durch die Verabschiedung der Nachhaltigkeitsziele der UN bekommen, die 2015 in New York verabschiedet wurden. Für 17 Politikfelder wurden hier weitreichende Ziele definiert, die bis 2030 erreicht sein sollen. Diese Nachhaltigkeitsziele stellen für die evangelische Kirche gegenüber den Millenniumsentwicklungszielen einen Fortschritt dar, weil sie weitgehender und radikaler sind, mehr Themenbereiche umfassen – darunter insbesondere ökologische Fragen – und alle Länder in die Pflicht nehmen – darunter auch Deutschland. Sie sind deshalb – auch wenn sie immer noch einige Widersprüche in sich tragen – für die evangelische Kirche in Deutschland und ihre Gliedkirchen eine wichtige Referenzgröße.

Der Beitrag der evangelischen Kirche besteht vor allem darin, angesichts der Größe der Herausforderung dennoch zu einer Perspektive der Hoffnung und zum verantwortlichen Handeln zu ermutigen. Vielen Menschen fehlt der Glaube, dass man angesichts der vielfältigen und komplexen globalen Probleme etwas zum Besseren verändern kann. Der christliche Glaube kann dafür die nötige Zuversicht und Gelassenheit geben, denn gegen alle Bedrohungen des Lebens vertraut er auf den Gott, der seine Schöpfung liebt, der das Leben geschaffen hat und es erhalten will. Aus dem Zuspruch der Liebe Gottes erwächst aber auch sein Anspruch auf unser ganzes Leben. Seine Liebe gibt nicht nur, sie fordert auch. Das Gebot der Nächsten- und Feindesliebe und der Schöpfungsauftrag rufen dazu auf, für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung einzutreten. Sie sind die Grundlage dafür, sich insbesondere für die Rechte der Armen und die Lebensrechte künftiger Generationen einzusetzen, eine sozial- und umweltverträgliche Lebens- und Wirtschaftsweise einzufordern.

Wie eine sozial- und umweltverträgliche Lebens- und Wirtschaftsweise genau aussieht, darüber gibt es in Politik, Gesellschaft und auch in den Kirchen unterschiedliche Perspektiven und Positionen. Niemand – auch die Kirche – hat dafür die alles umfassende und alleingültige Lösung. Insbesondere die große Transformation erfordert ganz neue Leitbilder, die noch gefunden werden müssen. Sie ist eher eine Suchbewegung als ein fertiges Lösungskonzept. An dieser Suchbewegung wollen wir uns als evangelische Kirche beteiligen.

II Stellungnahme zum Konsultationspapier

Der Rat der EKD wird im September ein umfangreiches Papier der EKD Kammer für nachhaltige Entwicklung (ca. 50 Seiten) zur Agenda 2030 als Herausforderung für die Kirchen veröffentlichen, in dem neben der Analyse der kirchlichen Nachhaltigkeitspraxis auch ausführlich die Agenda 2030 und die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie kommentiert wird.

Deshalb soll im Folgenden nur eine kurze lediglich auf das Konsultationspapier bezogene Stellungnahme des Referates Nachhaltigkeit der EKD abgegeben werden.

1. Nachhaltige Entwicklung innerhalb der planetaren Grenzen

Als evangelische Kirche in Deutschland begrüßen wir das im Konsultationspapier erfolgte Bekenntnis zu einer nachhaltigen Entwicklung innerhalb der planetaren Grenzen, zur gerechten Gestaltung der Globalisierung und zur Bedeutung der Zusammenarbeit aller Akteure auf lokaler, nationaler und internationalen Ebene zur Umsetzung der Agenda 2030 (S.2 des Konsultationspapiers). Die Ausrichtung der Politik an Werten und Grundsätzen wie Gerechtigkeit, Bewahrung der natürlichen Ressourcen, Einhaltung der planetaren Grenzen, Frieden, Achtung der Menschenrechte, Generationenverträglichkeit und internationaler Solidarität unterstützen wir als evangelische Kirche nachdrücklich.

2. Erhöhung des Engagements der Bundesregierung für die Agenda 2030

Die evangelische Kirche in Deutschland begrüßt die Absicht der neuen Bundesregierung zu einer ambitionierten Umsetzung der Agenda 2030 (Koalitionsvertrag S. 138).

Wenn uns die SDGs zu einem grundlegenden Wandel nötigen und die Agenda 2030 uns vor eine der größten Herausforderung des 21. Jahrhunderts stellt (vgl. S. 2 des Konsultationspapiers), dann sollte von Seiten der Bundesregierung dafür jedoch ein noch stärkeres Engagement erfolgen. In den Wahlprogrammen von CDU und SPD spielte die Agenda 2030 leider nur eine untergeordnete Rolle und im Koalitionsvertrag kommt die Agenda 2030 nur unter Umweltfragen vor, wird also nicht als Querschnittsfrage oder Grundsatzfrage behandelt.

Wie der Peer review 2018 positiv feststellt, ist auch die evangelische Kirche der Meinung, dass Deutschland für die Umsetzung der Agenda 2030 beste Voraussetzungen hat und deshalb Vorreiter für andere Länder sein sollte und könnte. Dafür müsste sich Deutschland jedoch noch ehrgeizigere Ziele setzen und in der Umsetzung ihrer bisherigen Ziele noch besser werden.

3. Erhöhung der Kohärenz im Regierungshandeln für die Umsetzung der Agenda 2030

Wir begrüßen die Forderung nach einer höheren Politikkohärenz für eine nachhaltige Entwicklung (S. 4). Während einzelne Ministerien wie z.B. das Umweltministerium oder das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sehr ambitioniert an der Umsetzung der Agenda 2030 arbeiten, werden von anderen für die Agenda 2030 ebenfalls zentralen Ministerien wie z.B. dem Verkehrs- oder Landwirtschaftsministerium aus unserer Wahrnehmung oftmals andere teils kontraproduktive Ziele und Strategien verfolgt. Die Wende zu einer nachhaltigen Verkehrs-, Landwirtschafts- und Energiepolitik sollte stärker vorangetrieben werden. Das Bundeskanzleramt sollte nicht nur zwischen den Ministerien moderieren, sondern mehr steuern.

4. Rolle eines Werte- und Kulturwandels

Als EKD halten wir die Rolle eines Werte- und Kulturwandels für die Transformation in Richtung Nachhaltigkeit für besonders wichtig. Nachhaltigkeit ist nicht nur ein technisch-politisches Konzept, sondern ein gesamtgesellschaftlicher Aushandlungsprozess, der ohne entsprechende Normen und Werte nicht gelingt. Als evangelische Kirche sind wir bereit, gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Gruppen zu einem solchen Wertewandel und zur Entwicklung neuer gesellschaftlicher Narrativen beizutragen.

5. Stärkung der Partizipation gesellschaftlicher Gruppen

Die stärkere Partizipation gesellschaftlicher Gruppen im Agenda Prozess, wie in dem Konsultationspapier angekündigt (S. 4), wird von der EKD ausdrücklich begrüßt. Als EKD wollen wir uns ebenfalls engagiert einbringen. Wir danken deshalb auch dafür, dass die Kirchen in der geplanten Dialoggruppe einen Sitz bekommen sollen und werden uns zur Wahrnehmung dieses Mandates mit unserer römisch-katholischen Schwesterkirche abstimmen. Die Rolle der

Wirtschaft bleibt im Konsultationspapier noch unterbestimmt. Nach unserer Kenntnis gibt es auch in der Wirtschaft eine wachsende Bereitschaft, sich an der Umsetzung der Agenda 2030 zu beteiligen. Dies gilt es aufzugreifen und zu verstärken.

6. Themen, die uns in der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie fehlen :

Suffizienz, umfassendere Indikatoren für Wohlstand und Lebensqualität

Angesichts der gefährlichen Überschreitung von Grenzen, treten wir als evangelische Kirche schon seit einigen Jahren für eine „Ethik des Genug“ ein (EKD Denkschrift „Umkehr zum Leben – nachhaltige Entwicklung im Zeichen des Klimawandels, 2008, S. 156). Deshalb fehlt uns in der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie grundsätzlich der Suffizienzansatz und die positive Wahrnehmung von Grenzen. Ohne eine Begrenzung von Ressourcenverbräuchen, von Konsum, von Schadstoffen etc., ohne eine „Ethik des Genug“ werden wir die SDGs nicht erreichen. Das muss nicht unbedingt eine Verschlechterung des Lebensstandards bedeuten. Gerade für die Menschen in den Industrieländern kann weniger Verbrauch und weniger Konsum auch mehr Wohlstand bedeuten: mehr an Achtsamkeit, mehr Zeitwohlstand, mehr Reichtum an gelingenden Beziehungen, an sinnerfüllter Arbeit etc. Wir brauchen einen breiteren gesellschaftlichen Diskurs zur Entkoppelung von Wachstum und Wohlstand und zur Klärung dessen, was wir unter Wohlstand und Lebensqualität verstehen.

Und wir brauchen strengere politische Vorgaben und ordnungspolitische Steuerungen, damit die Anstrengungen von privaten wie wirtschaftlichen Akteuren in Richtung Nachhaltigkeit mehr gefördert werden, grobe Verletzungen der planetaren Grenzen dagegen sanktioniert werden.

Sustainable Development Solutions Network Germany (SDSN Germany)

Wir begrüßen, dass die neugebildete Bundesregierung sich mit dem Konsultationspapier zügig zu der im Koalitionsvertrag vom März 2018 vereinbarten ambitionierten Umsetzung der Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen (Sustainable Development Goals, SDGs) bekannt hat. Dennoch haben die SDGs bislang keinen tatsächlich prägenden Charakter für die politische Diskussion. Der Wahlkampf im Vorlauf zur Bundestagswahl im vergangenen Jahr hat verdeutlicht, dass die Agenda 2030 allenfalls als entwicklungs- und umweltpolitische Angelegenheit verstanden wird. Als übergreifendes Narrativ für die Gestaltung der Zukunft, als Klammer für vielfältige Lösungen auf dem Weg zu gesellschaftlichem Zusammenhalt, Generationengerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit fehlt sie in der öffentlichen Diskussion nahezu gänzlich. Auch im Koalitionsvertrag sind die SDGs nicht zu einer prägenden Richtschnur („Leitprinzip“) über die ganze Breite der Politikfelder geworden. Gleichzeitig zeigt sich, dass Deutschland hinter selbst gesetzte Nachhaltigkeitsziele zum Teil gravierend zurückfällt. Bereits jetzt wird deutlich, dass eine umfassende Überprüfung und wesentlich effektivere Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie notwendig ist, wenn Deutschland sich 2021 beim High-Level-Political Forum der VN als „on track“ präsentieren möchte. Es sind dann nur noch neun Jahre bis 2030!

Die in 2018 anstehende Aktualisierung der Strategie sollte vor diesem Hintergrund genutzt werden, Prozesse einzuleiten, die für die in 2020 vorgesehene Weiterentwicklung der Strategie einen Quantensprung in Anspruch und Umsetzung erlaubt. Dies sollte in der aktualisierten Strategie klar zum Ausdruck kommen. Konkret regen wir für die Aktualisierung insbesondere an:

- Die Aktualisierung definiert die Agenda 2030 als Innovations- und Transformationsprojekt und Chance, den technologischen Wandel (v.a. die Digitalisierung) mit dem sozialen und ökologischen Wandel zusammen als Querschnittsthema zu behandeln.

- Mit der Aktualisierung verpflichten sich alle Bundesminister/innen, in ihren jeweiligen Bereichen die SDGs zu einem zentralen Bezugspunkt ihrer Politiken zu machen und hierzu unter ihrer persönlichen Beteiligung früh in 2019 entsprechende politische Planungsprozesse einzuleiten.
- Die Aktualisierung verpflichtet alle von der Bundesregierung berufenen Sachverständigenräte und Beiräte, sich in ihren Aufgabengebieten an den SDGs auszurichten.
- Die Aktualisierung bietet Formate und Instrumente an, über die politische Parteien und politische Stiftungen in das Gemeinschaftswerk Nachhaltige Entwicklung („gesellschaftlicher Pakt für eine nachhaltige Entwicklung“) eingebunden werden können.
- Mit der Aktualisierung der Strategie verknüpft die Bundesregierung die bislang weitgehend getrennten Diskurse zur Zukunft der EU und zur Umsetzung der Agenda 2030, um die EU nach Innen und Außen sozial, ökologisch und ökonomisch nachhaltiger zu gestalten.
- In der aktualisierten Strategie verpflichtet sich die Bundesregierung, in der EU mit Nachdruck dafür einzutreten, den neuen Mehrjährige Finanzrahmen (2021-2027) zu einem Instrument der Umsetzung der Agenda 2030 zu machen.

SDSN Germany ist bereit, zur Umsetzung dieser Punkte im Rahmen seiner Möglichkeiten beizutragen.

Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe (VENRO)

Die globalen Auswirkungen deutscher Politik stärker berücksichtigen

Die Bundesregierung hatte mit der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (DNS) 2016 angekündigt, dass sie im Jahr 2018 eine erste Überarbeitung der DNS vornehmen wird. Diese Überarbeitung soll die Managementregeln und die Aufnahme von sechs neuen Indikatoren umfassen. In den Managementregeln werden Grundprinzipien sowie Anforderungen an eine nachhaltige Politik festgeschrieben, die sich aus diesen Grundprinzipien ableiten. Die neuen Indikatoren sollen die schon vorhandenen Indikatoren in einigen zentralen Bereichen der nachhaltigen Entwicklung ergänzen, um die Fortschritte bei der Erreichung der Nachhaltigkeitsziele zu messen. Die Vorschläge für die Managementregeln und für die Indikatoren liegen nun vor. VENRO begrüßt die Möglichkeit, diese kommentieren zu können. Unsere Kommentierungen beziehen sich auf die Reichweite der Ziele in der Nachhaltigkeitsstrategie, die Nachhaltigkeitsarchitektur, die Partizipation der Zivilgesellschaft und die Inhalte der Regeln für eine nachhaltige Entwicklung (Punkte 1.– 6.). Konkrete Vorschläge für Ergänzungen und Änderungen formulieren wir für die Regeln für eine nachhaltige Entwicklung und die DNS-Indikatoren zum deutschen Beitrag zur Beendigung des Hungers weltweit und zur Bildung für nachhaltige Entwicklung (7. Punkt).

1. Die globale und soziale Dimension von Nachhaltigkeit stärken

Aus der Sicht von VENRO sollten – mit Blick auf die globalen Auswirkungen deutschen Handelns – deutlich ambitioniertere Ziele in die Nachhaltigkeitsstrategie aufgenommen werden. Die Bundesregierung sollte die gesamte Politik auf die Erreichung der Agenda 2030 ausrichten und aufzeigen, wie sie dies in den unterschiedlichen Politikbereichen kohärent gestaltet. Sie muss noch viel deutlicher machen, wie sie konkret zur Erreichung der Agenda 2030 und des Pariser Klimaabkommens beitragen will. Dies gilt vor allem für die Politikbereiche, die bislang

insbesondere die ärmsten Länder in ihrer Entwicklungen behindert haben: die wachstums- und exportorientierte Wirtschaftspolitik sowie die Agrar- und Handelspolitik. Die Auswirkungen deutscher Politik auf die ärmsten Länder müssen zudem besser über geeignete Indikatoren erfasst werden.

Darüber hinaus sollte die Bundesregierung die soziale Dimension ihrer Politik in ihrer Strategie weiter stärken. Mit den Zielen und anhand der Indikatoren muss sie zeigen, wie sie ihren Beitrag dazu leistet, dass die ärmsten und die am stärksten benachteiligten Bevölkerungsgruppen bei uns und weltweit zuerst und überproportional von Maßnahmen profitieren, die der nachhaltigen Entwicklung dienen sollen. Das Grundprinzip „niemanden zurücklassen“ sowie dessen Ergänzung, nämlich „die zuerst zu erreichen, die am weitesten zurückliegen“ („reach the furthest behind first“), sollte dabei handlungsleitend sein.

VENRO fordern die Bundesregierung deshalb auf,

- die globalen Auswirkungen deutscher Politik auf die nachhaltige Entwicklung, insbesondere in den ärmsten Ländern, stärker in der Strategie zu berücksichtigen und konkrete neue Ansätze dazu zu erarbeiten, wie die Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDG) in der internationalen Zusammenarbeit konsequent erreicht werden sollen,
- das Grundprinzip der Agenda 2030 – „niemanden zurücklassen“ – in all seinen Facetten zur Grundlage für alle Ziele und alle Indikatoren der DNS zu machen, um die soziale Dimension von Nachhaltigkeit deutlich zu stärken. Dabei sollte bei allen Maßnahmen gelten, „diejenigen zuerst zu erreichen, die am weitesten zurückliegen“. Hierfür ist ein kohärenter ressortübergreifender Umsetzungsplan notwendig.

2. Die institutionelle Nachhaltigkeitsarchitektur ausbauen

Der Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung (StnE) ist das zentrale Steuerungsgremium der Bundesregierung für die Verwirklichung der Ziele der Agenda 2030 und des Pariser Klimaabkommens sowie zur Umsetzung der DNS. Seine Entscheidungen sollen von den einzelnen Ressorts umgesetzt werden. Aus der Perspektive von VENRO entfalten die Entscheidungen des StnE bislang zu wenig Wirkung in den Häusern. Hier betrachten wir eine Stärkung der Durchsetzungskraft als absolut zentral.

Wir begrüßen die transparente vorläufige Themensetzung der StnE-Sitzungen bis Ende 2019. Allerdings sind hierfür außerdem die frühzeitige und öffentliche Festlegung regelmäßiger Sitzungen, ein starker Maßnahmenplan (wie auch im Internationalen Peer Review der DNS gefordert) und eine klarere Ausrichtung der Themenwahl an laufenden SDG-Prozessen notwendig. Der StnE sollte sich auch eingehend mit den Fortschritten bei der globalen Erreichung der Ziele der Agenda 2030 befassen, insbesondere mit Blick auf die Schaffung globaler Gerechtigkeit und der Teilhabe aller, wie sie im Hochrangigen Politischen Forum (HLPF) der Vereinten Nationen (UN) jährlich überprüft werden.

Wir begrüßen die Einsetzung der Ressort-Koordinator_innen, die schon im vergangenen Jahr erfolgt ist. Durch den langwierigen Regierungsbildungsprozess konnten die Ressort-Koordinator_innen bislang ihre Aufgabe nur bedingt erfüllen. Ihre personellen und finanziellen Ressourcen sollten verbessert werden, wenn sie tatsächlich für ihre jeweiligen Ressorts kohärentes nachhaltiges Handeln koordinieren sollen. Wir begrüßen auch die im Jahr 2016 schon angekündigte Einrichtung einer Dialoggruppe beim StnE, deren Mitglieder an den Ressortgesprächen zur Vorbereitung der Sitzungen des StnE teilnehmen können.

VENRO fordert die Bundesregierung auf,

- die Durchsetzungskraft des StnE gegenüber den Ressorts zu stärken, indem alle Ressorts konkrete und terminierte Umsetzungspläne mit konkreten Meilensteinen für die DNS

und die Agenda 2030 formulieren, umsetzen und deren Umsetzungsfortschritte jährlich an den StnE zurückmelden müssen,

- die Ressort-Koordinator_innen durch die Zuweisung von finanziellen und personellen Ressourcen in der Erfüllung ihrer Aufgaben zu stärken

3. Das Thema Nachhaltige Entwicklung in Bundestag stärken

Der Deutsche Bundestag und insbesondere der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung (PBnE) müssen mit Blick auf die Erreichung der Agenda 2030, des Pariser Klimaabkommens und der DNS deutlich gestärkt werden. Diese Rahmendokumente sollten regelmäßig Thema in Ausschüssen und Plenardebatten sein. Der Deutsche Bundestag muss sich auch deutlich intensiver mit Aspekten der nachhaltigen Entwicklung und ihrer Kohärenz in der Gesetzgebung befassen. Deshalb ist die Kompetenz des PBnE deutlich zu stärken.

VENRO fordert den Deutschen Bundestag auf,

- die Fortschrittsberichte (Indikatorenberichte) zur DNS im Plenum des Deutschen Bundestags zu diskutieren,
- den PBnE zu einem ständigen parlamentarischen Gremium aufzuwerten und
- den PBnE zu ermächtigen, eine materielle Gesetzesüberprüfung mit Blick auf die Nachhaltigkeitswirkung der Gesetzgebung durchzuführen („Nachhaltigkeits-TÜV“), und ihn mit den hierfür notwendigen Ressourcen auszustatten.

4. Partizipation der Zivilgesellschaft umfassend ermöglichen

Wir begrüßen die Einrichtung der Dialoggruppe beim Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung. Damit wird die Beteiligung der Zivilgesellschaft an der nachhaltigen Ausrichtung der Regierungspolitik gestärkt. Auch das jährliche Forum Nachhaltigkeit trägt zu einer solchen Einbindung bei. Die Partizipation bei Konsultationen, wie zur Ergänzung der DNS, ist aber noch deutlich zu verbessern – unter anderem durch längerfristige Einladungen und angemessene Beteiligungsfristen, die Einbindung bei der Vorbereitung zum Forum Nachhaltigkeit und durch eine transparente Information über Tagesordnungen und über die Personen, die an Dialogforen teilnehmen. Die zivilgesellschaftliche Partizipation sollte auch umfassend Kinder und Jugendliche als Teil der Zivilgesellschaft einbeziehen. Immerhin betreffen alle Entscheidungen, die mit der DNS getroffen werden, auch und insbesondere ihre Belange als zukünftige Generation.

VENRO fordert die Bundesregierung auf,

- die Auswahl und die Dauer der Benennung der Organisationen, die zum Forum Nachhaltigkeit und zur Dialoggruppe eingeladen werden, repräsentativ zu gestalten, transparent zu machen und zu kommunizieren,
- den Zugang zu relevanten Dokumenten, die für die Vorbereitung der Sitzungen wichtig sind, inklusive Hintergrunddokumenten rechtzeitig zu ermöglichen,
- im Anschluss an das Forum Nachhaltigkeit und an die Konsultationen mit der Dialoggruppe Ergebnisprotokolle für die Allgemeinheit zugänglich zu machen.

5. Globale Verantwortung in den „Regeln für eine nachhaltige Entwicklung“ stärken

Die Arbeitsgruppe des Staatssekretärsausschusses für nachhaltige Entwicklung (UAL-AG) hat einen Vorschlag für die Managementregeln unterbreitet. Wir begrüßen, dass die Regeln

übersichtlicher in sechs Abschnitte gegliedert worden sind. Die neue Gliederung erhöht die Übersichtlichkeit mit Blick auf die Schwerpunkte der Bundesregierung. Leider sind bei der Neustrukturierung einige für VENRO wichtige Punkte gegenüber der DNS 2016 weggefallen. Die Verantwortung deutscher Politik im Sinne sowohl des Grundsatzes „niemanden zurücklassen“ der Agenda 2030 als auch der umfassenden Verwirklichung der Menschenrechte sowie sozialer, politischer und wirtschaftlicher Teilhabe und der Generationengerechtigkeit muss wesentlich deutlicher – als dies durch die UAL-AG geschehen – herausgestellt werden. Auch sollte sich in den Regeln für eine nachhaltige Entwicklung der transformative Ansatz der Agenda 2030 klar widerspiegeln. Politische Maßnahmen sollten an ihrem Beitrag zum konsequenten Wandel der auf Wachstum angelegten Wirtschaftsweise hin zu mehr Effizienz und Suffizienz gemessen werden.

Schließlich bleibt die UAL-AG in ihrem Vorschlag vage, wie die Politikkohärenz für nachhaltige Entwicklung erreicht werden soll, wenn in den Managementregeln nur bedingt die Dimensionen nachhaltiger Entwicklung zusammengedacht werden. Der Vorschlag der UAL-AG bedarf deshalb einiger Verbesserungen, wenn die deutsche Politik positive Auswirkungen auf die Lebensbedingungen der Menschen, insbesondere in den ärmsten Ländern, und den Schutz ihrer grundlegenden Rechte haben soll. Deshalb ist es umso bedauerlicher, dass keine Regel zu kohärenter Politikgestaltung aufgenommen wurde.

6. Mehr und bessere Indikatoren zur Erfassung der globalen Auswirkungen deutscher Politik

VENRO begrüßt, dass die Bundesregierung vorschlägt, neue Indikatoren in die DNS aufzunehmen, die zumindest einige Auswirkungen deutschen Handelns in anderen Ländern und auf die globalen Gemeingüter erfassen. Viele der bisherigen Indikatoren und vier der jetzt von der Bundesregierung neu vorgeschlagenen Indikatoren bilden weiterhin zu wenig die internationale Verantwortung Deutschlands ab. Bei der Überarbeitung der DNS im Jahr 2020 muss die Bundesregierung deshalb die bestehenden Indikatoren entsprechend verbessern bzw. mehr internationale Indikatoren in die Strategie aufnehmen. VENRO wird sich an der Erarbeitung solcher internationaler Indikatoren aktiv beteiligen und auch eigene Vorschläge unterbreiten. Wir freuen uns auf einen konstruktiven Austausch hierzu mit der Bundesregierung.

Darüber hinaus sollte die Bundesregierung mit der Überarbeitung der DNS im Jahr 2020 alle Unterziele der Agenda 2030 aufgreifen. Die Bundesregierung hat sich verbindlich verpflichtet, die Ziele der Agenda 2030 umfänglich zu erreichen. Dies sollte sich in der DNS als einer zentralen Umsetzungsstrategie der Agenda 2030 widerspiegeln.

Wenn alle Indikatoren der DNS und der Agenda 2030 nachgehalten werden sollen und wenn – wie in der Agenda 2030 festgeschrieben – das Monitoring der SDG-Umsetzung evidenzbasiert und auf Grundlage aufgeschlüsselter Daten erfolgen soll, dann muss das Statistische Bundesamt mit zusätzlichen personellen und finanziellen Ressourcen ausgestattet werden. Für das evidenzbasierte Monitoring anhand aufgeschlüsselter Daten muss die Bundesregierung ohne weitere Verzögerung eine menschenrechtskonforme Festlegung formulieren, welche Datenaufschlüsselungen pro nationalem Indikator notwendig sind.

VENRO fordert die Bundesregierung auf,

- die Stärkung des Statistischen Bundesamts und der Fachbehörden durch Effizienzgewinne oder den Ausbau der Ressourcen sicherzustellen,
- eine menschenrechtskonforme Festlegung der Datenaufschlüsselung unverzüglich zu formulieren und anzugeben, welche Datenaufschlüsselungen pro nationalem Indikator notwendig sind.

7. Ergänzungen von VENRO zu den Vorschlägen für die „Regeln nachhaltiger Entwicklung“ sowie den Indikatoren zum deutschen Beitrag zur Beendigung des Hungers weltweit und zu Bildung für nachhaltige Entwicklung

Es folgt der Vorschlag der UAL-AG mit unseren Ergänzungs- und Änderungsvorschlägen in gelb markiert:

- (1) Nachhaltige Entwicklung als Leitprinzip konsequent in allen Bereichen und bei allen Entscheidungen anwenden
 - a) Übergreifendes Ziel und Maßstab des Handelns ist es, die natürlichen Lebensgrundlagen der Erde dauerhaft zu sichern, die Menschenrechte, insbesondere die Kinderrechte im Sinne der Generationengerechtigkeit, allumfassend zu verwirklichen und allen Menschen ein Leben in Würde zu ermöglichen sowie niemanden zurückzulassen („leave no one behind“). Hierfür sind bei allen Entscheidungen wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, sozialer Zusammenhalt, gleichberechtigte soziale, wirtschaftliche und politische Teilhabe unter Berücksichtigung systemischer Wechselwirkungen sowie technologischer und gesellschaftlicher Innovationen so zusammenzudenken, dass Entwicklungen heute wie in der Zukunft auch in globaler Betrachtung dauerhaft tragfähig sind. Alle Entscheidungen müssen dazu beitragen, dass die Menschenrechte allumfassend verwirklicht werden und dass Generationengerechtigkeit erreicht wird. Auch müssen die Auswirkungen des deutschen Handelns und die dadurch verursachten Lasten in anderen Teilen der Welt berücksichtigt und entsprechend internationale Verantwortung übernommen werden.
 - b) Die gemeinsame Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung erfordert, die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereiche und politischen Akteure in politische Entscheidungsprozesse angemessen mit einzubeziehen.
 - c) Damit nachhaltige Entwicklung konsequent in allen Bereichen und bei allen Entscheidungen erreicht werden kann, müssen die soziale, die ökologische und die ökonomische Dimension zusammengedacht und angemessen berücksichtigt werden. Politisches Handeln muss kohärent sein.
 - d) Neue Formen der Partnerschaft zur Förderung von nachhaltiger Entwicklung weltweit sind nach dem Prinzip „niemanden zurücklassen“ und damit im Sinne einer besonderen Solidarität mit den ärmsten Ländern und den am stärksten benachteiligten Bevölkerungsgruppen auf- und umzusetzen.
- (2) Global Verantwortung wahrnehmen
 - a) Im Einklang mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen und dem Pariser Klimaabkommen als Grundlage für Entscheidungen sind auf globaler Ebene
 - die Bekämpfung von Armut, Hunger und zu großer sozialer Ungleichheit und Ausgrenzung,
 - die Achtung und Gewährleistung der Menschenrechte sowie die Umsetzung der Menschenrechtskonventionen,
 - die umfassende Teilhabe aller, insbesondere bislang marginalisierter Bevölkerungsgruppen, an wirtschaftlicher, politischer und sozialer Entwicklung,
 - der Schutz der Umwelt einschließlich der Einhaltung der Grenzen der ökologischen Belastbarkeit im regionalen und globalen Rahmen,

- das Ziel, dass alle Menschen in allen Ländern ein menschenwürdiges Leben nach ihren eigenen Vorstellungen im Einklang mit ihrer regionalen Umwelt führen und an den wirtschaftlichen Entwicklungen teilhaben können,
 - sowie rechtsstaatliches und verantwortungsvolles Regierungshandeln zu verknüpfen.
- b) Das Handeln in, durch und mit Deutschland soll die nachhaltige Entwicklung in anderen Ländern berücksichtigen und fördern. Unser Handeln in Deutschland darf nicht zu Belastungen für die Menschen und die Umwelt in anderen Ländern führen.

(3) Natürliche Lebensgrundlagen erhalten

- a) Zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und zur Einhaltung der **planetaren Belastungsgrenzen** müssen lokale, nationale und globale Stoffkreisläufe so schnell wie möglich geschlossen bzw. in Einklang mit ökosystemischen Prozessen und Funktionen gebracht werden. Hierfür
- dürfen erneuerbare Naturgüter (wie z. B. Wälder oder Fischbestände) und Böden nur im Rahmen ihrer Regenerationsfähigkeit genutzt sowie ihre weiteren ökologischen Funktionen nicht beeinträchtigt werden;
 - sind nicht-erneuerbare Naturgüter (wie z. B. mineralische Rohstoffe oder fossile Energieträger) so sparsam wie möglich zu nutzen. Erneuerbare Ressourcen, **andere Materialien oder andere Energieträger** sollen die Nutzung nicht-erneuerbarer Ressourcen ersetzen, soweit dies die Umweltbelastung mindert und die Nutzung auch ansonsten nachhaltig ist;
 - darf die Freisetzung von Stoffen auf Dauer nur im Rahmen der ökologischen Grenzen der Tragfähigkeit natürlicher Systeme (Reaktionsvermögen der Umwelt) erfolgen.
- b) Gefahren und **unvertretbare** Risiken für die menschliche Gesundheit und die Natur sind zu vermeiden.

(4) Nachhaltiges Wirtschaften stärken

- a) Der notwendige Strukturwandel für globales nachhaltiges Konsumieren und Produzieren und die dafür nutzbar zu machenden technischen Modernisierungen sollen wirtschaftlich erfolgreich sowie ökologisch und sozial tragfähig sowie generationengerecht gestaltet werden. **Dieser Wandel erfordert die grundsätzliche Ausrichtung gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Handelns an Effizienz und Suffizienz. Dabei spielen die Schaffung von Wissen durch Forschung und Entwicklung für die nachhaltige Entwicklung sowie die Weitergabe des Wissens durch spezifische Bildungsmaßnahmen eine entscheidende Rolle. Wenn durch freiwillige Selbstverpflichtungen zur Nachhaltigkeit und zum Schutz der Menschenrechte in Wirtschaft und auf den Finanzmärkten die Ziele nachhaltiger Entwicklung nicht erreicht werden, müssen in Real- und Finanzwirtschaft entsprechende ordnungspolitische Maßnahmen ergriffen werden.**
- b) Energie- und Ressourcenverbrauch sowie die Verkehrsleistung müssen vom Wirtschaftswachstum entkoppelt werden. Zugleich ist **eine Reduktion der Nachfrage nach Energie, Ressourcen und Verkehrsleistungen anzustreben, dass der Anstieg der Nachfrage nach Energie, Ressourcen und Verkehrsleistungen kleiner wird** und dafür zu sorgen, **dass** durch Effizienzgewinne abnehmende Verbräuche (absolute Entkopplung) entstehen.

- c) Eine nachhaltige Land- und Fischereiwirtschaft muss produktiv, wettbewerbsfähig sowie sozial- und umweltverträglich sein; sie muss insbesondere Biodiversität, Böden und Gewässer schützen und erhalten sowie die Anforderungen an eine tiergerechte Nutztierhaltung und den vorsorgenden, insbesondere gesundheitlichen Verbraucherschutz beachten.
- d) Die öffentlichen Haushalte sind der Generationengerechtigkeit verpflichtet. Die öffentliche Unterstützung von privatwirtschaftlichen Investitionen in Deutschland und in anderen Ländern muss sich daran messen lassen, ob sie zu nachhaltiger Entwicklung, zur Reduzierung von Armut und zur Überwindung sozialer Ungleichheit beitragen. Diese so geförderten Investitionen dürfen nicht zulasten der öffentlichen Haushalte gehen, insbesondere nicht in den ärmsten Ländern. Die Finanzmärkte sollen die Erfordernisse einer nachhaltigen Entwicklung berücksichtigen.

(5) Sozialen Zusammenhalt in einer offenen Gesellschaft wahren und verbessern

Um den sozialen Zusammenhalt zu stärken und niemanden zurückzulassen,

- sollen Armut und soziale Ausgrenzung überwunden bzw. soll ihnen soweit wie möglich vorgebeugt werden, soll die soziale Ungleichheit verringert und inklusiver Wohlstand gefördert werden,
- sollen regional gleichwertige Lebensverhältnisse angestrebt werden,
- soll allen die gleichberechtigte Chance eröffnet werden, sich an der wirtschaftlichen Entwicklung zu beteiligen,
- müssen Diskriminierung und Ausgrenzung aufgrund von Heimat und Herkunft, Geschlecht, Sprache, Glauben, religiösen oder politischen Weltanschauungen, Behinderung, sexueller Orientierung oder Identität und aufgrund von Alter oder auch Krankheitsstaus aktiv bekämpft werden,
- sollen notwendige Anpassungen an die demografische Entwicklung frühzeitig in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft erfolgen,
- sollen alle am gesellschaftlichen und politischen Leben umfassend und diskriminierungsfrei teilhaben können.
- Damit niemand zurückgelassen wird, müssen in Deutschland und insbesondere in den ärmsten und am wenigsten entwickelten Ländern sowie in fragilen Staaten diejenigen Bevölkerungsgruppen, die besonders von Armut betroffen sind (Frauen und Mädchen, Kinder und Jugendliche [Mädchen wie Jungen], LSBTI, Menschen mit Behinderungen, Indigene) zuerst und überproportional von allen ergriffenen Maßnahmen profitieren.

(6) Bildung, Wissenschaft und Innovation als Treiber einer nachhaltigen Entwicklung nutzen

- a) Die notwendigen Qualifikationen und Handlungskompetenzen sind im Sinne einer „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ im gesamten Bildungssystem zu verankern. Die Möglichkeiten zur Teilhabe an qualitativ hochwertiger Bildung und dem Erwerb von Handlungskompetenzen für nachhaltige Entwicklung sind unabhängig von Heimat und Herkunft, Geschlecht, Sprache, Glauben, religiösen oder politischen Weltanschauungen, Behinderung, sexueller Orientierung oder Identität sowie Alter weiter zu verbessern. Der Nationale Aktionsplan BNE ist ein guter Hebel zur Umsetzung des SDG 4.7.
- b) Wissenschaftliche Erkenntnisse sind als Grundlage bei allen Entscheidungen zu berücksichtigen. Wissenschaft und Forschung haben sich verstärkt an den Zielen und Herausforderungen nachhaltiger Entwicklung auszurichten. Die im Nationalen

Aktionsplan BNE formulierten Ziele und Handlungsempfehlungen zum Hochschulbereich sind bei einer zeitnahen Umsetzung geeignet, einen Beitrag zur Umsetzung der DNS zu leisten und somit die wissenschafts- und forschungsbasierten Grundlagen für eine Transformation im Sinne der Sustainable Development Goals (SDG) zu bieten.

- c) Nachhaltigkeitsaspekte sind bei Innovationsprozessen, insbesondere im Kontext der Digitalisierung, von Beginn an konsequent zu berücksichtigen, damit Chancen für eine nachhaltige Entwicklung **im Sinne einer Medienmündigkeit** genutzt und Risiken für Mensch und Umwelt vermieden werden können.

VENRO-Forderungen zum Indikator zur Erfassung des deutschen Beitrags zur Beendigung des Hungers und der Mangelernährung weltweit und zur Verwirklichung des Rechts auf Nahrung

Besonders positiv ist, dass die Bundesregierung sich entschieden hat, einen auch von entwicklungspolitischen Organisationen unterstützten Indikator zur Erfassung des deutschen Beitrags zur Beendigung des Hungers weltweit aufzunehmen und schon im diesjährigen Indikatorenbericht darzustellen. Der neue Indikator erfasst den Anteil der von der Bundesregierung zugesagten Mittel an den Gesamtausgaben für Ernährungssicherung, mit denen die relevanten internationalen Normen und Empfehlungen zur Verwirklichung des Rechts auf Nahrung erreicht werden sollen. Damit der Indikator anwendbar wird, muss er noch konkretisiert werden und es muss ein geeigneter Zielwert definiert werden.

VENRO schlägt vor:

- Mit dem Indikator muss erfasst werden können, ob die Gesamtausgaben für das Recht auf Nahrung steigen oder sinken. Der Anteil der von der Bundesregierung zugesagten Mittel an den Gesamtausgaben kann nämlich steigen, auch wenn die Gesamtausgaben für Ernährungssicherheit insgesamt sinken.
- Die Zivilgesellschaft soll bei den konzeptionellen Diskussionen und insbesondere bei der Baseline-Erhebung und deren Auswertung umfassend beteiligt werden.

Die Bundesregierung hat außerdem angekündigt zu prüfen, ob ein weiterer Indikator aufgenommen werden soll. Dies begrüßen wir ausdrücklich.

VENRO-Forderungen zum Indikator für Bildung für nachhaltige Entwicklung

VENRO begrüßt auch, dass ein neuer Indikator zu Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in die Nachhaltigkeitsstrategie aufgenommen werden soll. Allerdings ist zu fragen, warum das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) erst ein Jahr nach der Konsultation zum Indikator eine Förderung zu dessen Entwicklung ausgeschrieben hat. Sinnvoll wäre es, wenn der Indikator schon zum Ende der BNE-Periode 2019 funktionsfähig wäre.

VENRO fordert die Bundesregierung deshalb auf,

- den BNE-Indikator schon vor dem Ende des Weltaktionsprogramms BNE zu etablieren, damit schon Ende 2019 erste Ergebnisse für die Überarbeitung der DNS im Jahr 2020 genutzt werden können.

Deutscher Bibliotheksverband e.V. (dbv)

Mit seinem Positionspapier „Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung -der Beitrag der Bibliotheken zur Umsetzung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen“ vom 31.07.2016 hat

der Deutsche Bibliotheksverband e.V. (dbv) bereits vor zwei Jahren die Bundesregierung darauf aufmerksam gemacht, dass Bibliotheken als breitenwirksame Kultur- und Bildungseinrichtungen relevante Akteure sind für die Erfüllung der UN-Agenda-Ziele für eine nachhaltige Entwicklung. Ihr Kernauftrag, der Bevölkerung einen freien Zugang zu Informationen zu vermitteln, ist konstitutiv mit den Agenda-Zielen verknüpft. Der dbv begrüßt daher die Aktualisierung der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung ausdrücklich.

Die Möglichkeit eines öffentlichen Zugangs zu Informationen hilft den Menschen, selbstbestimmte Entscheidungen zu treffen, die auf fundierten Erkenntnissen und Einsichten beruhen und außerdem die individuellen Lebensbedingungen zum Besseren wenden zu können. Staaten, in denen es der Bevölkerung insgesamt möglich ist, sich zur rechten Zeit die aktuell notwendigen Informationen zu beschaffen, bieten bessere Bedingungen, Armut und Ungleichheit zu bekämpfen, ihre ökonomischen Konditionen zu optimieren, qualitätsvolle Bildungsmöglichkeiten anzubieten und darüber hinaus die Gesundheit ihrer Bevölkerung zu unterstützen, sowie die Kultur, die Forschung und die Zukunftsfähigkeit des Landes zu befördern. Bibliotheken haben mit ihren Dienstleistungen und Angeboten zur Informationsvermittlung und Kompetenzstärkung an der Verwirklichung der Ziele für eine nachhaltige Entwicklung einen erheblichen Anteil.

Auch in Deutschland gibt es herausragende Beispiele dafür: Im Zusammenhang mit dem Konzept "Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)" bietet z.B. die Stadtbibliothek Bad Oldesloe die Veranstaltungsreihe „Ernte Deine Stadt“ an, die die Aspekte des ökologischen Denkens mit modernen bibliothekarischen Lernmethoden (Makerspaces) und neuen Formen bibliothekarischer Dienstleistungen verbindet. In ihrer Rolle als Bildungseinrichtung hilft die Bibliothek so, das Wissen um Themen der Nachhaltigkeit breiter in die Bevölkerung zu tragen. Über ihre Rolle als Plattform und Multiplikator will sie zur Partizipation an zivilgesellschaftlichen Initiativen und individuellem nachhaltigen Handeln motivieren. „Ernte deine Stadt“ zielt auf die Bereiche der schulischen und der informellen Bildung sowie auf die Herausbildung bzw. Stärkung eines Netzwerkes der kommunalen Nachhaltigkeit.

Zur Vermittlung der Nachhaltigkeitsziele an die jüngsten Zielgruppen hat die Büchereizentrale Schleswig-Holstein Bildkartensätze entwickelt, um den abstrakten Begriff „Nachhaltigkeit“ für Kinder anschaulich zu machen und eine kreative Auseinandersetzung damit anzuregen. Kinder im Vor- und Grundschulalter lernen am leichtesten durch Geschichten. „Das weiße Blatt“ setzt deshalb auf bildgestütztes Erzählen mit Kamishibai, dem japanischen Papiertheater. Die bewährte Infrastruktur der Büchereizentrale Schleswig-Holstein und deren Vernetzung mit verschiedenen Institutionen stellt eine unkomplizierte Verteilung des Materials und somit eine breite Wirksamkeit des Projekts in Schleswig-Holstein sicher. Mit dieser Idee gehört die Büchereizentrale zu den Gewinnern des diesjährigen SDG-Bildungswettbewerbs.

Öffentliche Bibliotheken an sich sind bereits nachhaltige Lernorte. Sie sind kosten- und meist auch barrierefrei zu nutzen, sind Orte der Integration, der Inklusion und Diversität und stellen einen zentralen kommunalen öffentlichen Raum dar. Zudem arbeiten sie schon immer gemäß den Prinzipien der Ressourcenteilung, des "Sharing", wie z.B. die Bücherausleihe zeigt. Damit sind sie von ihrer Struktur her originäre Institutionen der sozialen, ökonomischen und ökologischen Nachhaltigkeit.

Zudem können über das gut vernetzte System der deutschen Bibliotheken wichtige Informationen über die Nachhaltigkeitsziele an die breite Öffentlichkeit und vor allem auch lokal in den Kommunen verbreitet werden.

Bibliotheken nehmen beim Thema Nachhaltigkeit also eine Verantwortung in ihrer Rolle als gesellschaftliche Multiplikatoren wahr. Sie haben das Ziel, ihre eigenen Aktivitäten hinsichtlich der Beschaffung von Medien und Materialien, hinsichtlich des Ressourceneinsatzes bei der Mobilität u.a. mehr an den Nachhaltigkeitszielen auszurichten. Sie können damit eine Vorreiterrolle auch für andere öffentliche Institutionen übernehmen. Die Bibliotheken können

in Deutschland dazu beitragen, dass in der Bevölkerung sowohl das Bewusstsein über die Ziele für eine nachhaltige Entwicklung, als auch die gesellschaftliche Bedeutung dieser Ziele weiter gestärkt werden.

Der dbv kooperiert bei der Umsetzung der Ziele für eine nachhaltige Entwicklung eng mit seinen bibliothekarischen Partnern der DACHS-Region und mit dem Internationalen Bibliotheksverband (IFLA). IFLA hat die wichtige Rolle der Bibliotheken anhand von internationalen Beispielen weiter verdeutlicht:

<https://www.ifla.org/files/assets/hq/topics/libraries-development/documents/access-andopportunity-for-all-de.pdf>

Der Deutsche Bibliotheksverband e.V. (dbv)

Der Deutsche Bibliotheksverband e.V. (dbv) vertritt mit seinen mehr als 2.100 Mitgliedern bundesweit rund 10.000 Bibliotheken mit 25.000 Beschäftigten und 11 Mio. Nutzerinnen und Nutzern. Sein zentrales Anliegen ist es, Bibliotheken zu stärken, damit sie allen Bürgerinnen und Bürgern freien Zugang zu Informationen ermöglichen. Der Verband setzt sich ein für die Entwicklung innovativer Bibliotheksleistungen für Wissenschaft und Gesellschaft. Als politische Interessensvertretung unterstützt der dbv die Bibliotheken, insbesondere auf den Feldern Informationskompetenz und Medienbildung, Leseförderung und bei der Ermöglichung kultureller und gesellschaftlicher Teilhabe für alle Bürgerinnen und Bürger.

Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e.V. (bezev)

Wir begrüßen, dass die Bundesregierung in 2018 bereits die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie in einzelnen Punkten überarbeiten wird und nehmen wie folgt Stellung:

In Konsultationspapier wird die in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie enthaltene Vision für ein nachhaltiges Deutschland wie folgt formuliert: „...Ein nachhaltiges Deutschland muss ein fortschrittliches, innovatives, offenes und lebenswertes Land sein. Es zeichnet sich durch hohe Lebensqualität und wirksamen Umweltschutz aus. Es integriert, ist inklusiv und grenzt nicht aus, schafft Chancen für eine gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen in allen Bereichen und auf allen Ebenen. Es nimmt seine internationale Verantwortung wahr“. Deutschland versteht sich als Vorreiter bei der Umsetzung der Agenda 2030 und strebt ein hohes Ambitionsniveau bei der Umsetzung an.

Diesem hohen Ambitionsniveau wird die aktuelle Fassung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie noch nicht gerecht, da diese nicht erkennen lässt, wie der zentrale Anspruch „Niemanden zurückzulassen“ umgesetzt werden soll.

In der Agenda 2030 sind die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit (ökologisch, ökonomisch und sozial) untrennbar miteinander verbunden. Die soziale Dimension soll zur Umsetzung der von den Staaten anerkannten Menschenrechtskonventionen beitragen, unter ihnen die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Deutschland hat die Konvention 2009 ratifiziert und steht als Vertragsstaat in der Verpflichtung, diese umzusetzen.

Die soziale Dimension und der damit verbundene Anspruch „Niemanden zurückzulassen“ kommt in der aktuellen Fassung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie deutlich zu kurz und sollte durch folgende Punkten gestärkt werden:

1. Um dem Anspruch gerecht zu werden, „allen Menschen ein Leben in Würde zu ermöglichen“, sollte ein Konzept ergänzt werden, das deutlich macht, wie Deutschland national und international zur Gleichstellung beitragen will, so dass niemand

zurückgelassen wird. Ohne die Entwicklung eines solchen Ansatzes wird ein zentraler Anspruch der Agenda 2030 nicht umgesetzt werden können.

2. Die Bundesregierung soll sich dafür einsetzen, dass ein solches Konzept ebenso in die Strategien einfließt, die auf Länder- und kommunaler Ebene erarbeitet werden.
3. Für die Zusammenarbeit mit Partnerländern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit ist für die Umsetzung der Agenda 2030 ebenso dringend ein solcher Ansatz zu erarbeiten.
4. Im Entwurf der „Regeln für eine nachhaltige Entwicklung“ „soll Armut und sozialer Ausgrenzung soweit wie möglich vorgebeugt und inklusiver Wohlstand gefördert werden“. Wir erleben national und international die zum Teil gravierende Ausgrenzung und Diskriminierung benachteiligter Gruppen, wie zum Beispiel Menschen mit Behinderungen. Angesichts dieser Situation ist es unzureichend, sozialer Ausgrenzung soweit wie möglich vorzubeugen, sondern es sind Konzepte für die unterschiedlichen Ebenen zu erarbeiten, wie die am meisten benachteiligten Gruppen zuerst erreicht werden.
5. Als übergreifendes Thema sollte sich der Staatssekretärsausschuss auch mit dem Thema „Leave no one behind“ bis Ende 2019 befassen.
6. Zur Fortschrittsmessung veröffentlicht die Bundesregierung alle zwei Jahre einen Indikatoren-Bericht, der die Fortschritte in den unterschiedlichen Bereichen aufzeigt. Als gravierendes Manko existieren in der aktuellen Nachhaltigkeitsstrategie keine Indikatoren, die die Fortschritte in Bezug auf Menschen mit Behinderungen messen. Damit bleibt die Nachhaltigkeitsstrategie deutlich unter dem Ambitionsniveau der Agenda 2030, da darin explizit aufgenommen worden ist, dass Daten auch für benachteiligte und marginalisierte Gruppen, wie Menschen mit Behinderungen, zu erheben sind. Auch existieren zwölf internationale Indikatoren, die die Fortschritte in Bezug auf Menschen mit Behinderungen messen. Die Disaggregation von Daten sollte als wesentliches Element ergänzend zu den neuen Indikatoren in die Überarbeitung der Nachhaltigkeitsstrategie aufgenommen werden. In Bezug auf Menschen mit Behinderungen sollten disaggregierte Indikatoren zu Armut, Bildung und Arbeit ergänzt und auch bezüglich des Geschlechts aufgeschlüsselt werden.
7. Die Bundesregierung misst dem 2019 erscheinenden Global Sustainable Development Report (GSDR) eine große Bedeutung zu, der aus ihrer Sicht eine ähnliche Rolle einnehmen soll wie der Weltklimabericht des IPCC. Zu diesem Zweck unterstützt die Bundesregierung die vom UN Generalsekretär ernannte Forschergruppe, die den GSDR verfassen soll. Deutschland sollte sich dafür einsetzen, dass zum Anspruch „Niemanden zurückzulassen“ auch die Umsetzung der SDGs mit Bezug auf Menschen mit Behinderungen in diesen Bericht aufgenommen werden.

Verbraucherzentrale Bundesverband e.V.

I. ZUSAMMENFASSUNG

Das Peer Review Verfahren 2018 zur Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (DNS) hat klar benannt, wo die Bundesregierung bei der Umsetzung der Strategie noch Nachbesserungsbedarf hat, um die globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) der Agenda 2030 zu erreichen.

Der vzbv fordert, das Peer Review ernst zu nehmen und die Prozesse zielorientiert und engagiert weiterzuverfolgen.

Dabei wird es auch Zielkonflikte geben, die nur gemeinsam mit Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft gelöst werden können. Der vzbv versteht seinen Beitrag zur Erreichung der Sustainable Development Goals (SDGs) auch als notwendigen Teil präventiven Verbraucherschutzes und der Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Verbraucherinnen und Verbraucher¹ die nachhaltig konsumieren wollen.

- Der vzbv befürwortet die Einführung von neuen Indikatoren, wenn sie relevant für die Umsetzung der DNS sind und eine ausreichende Datengrundlage zur Messung besteht.
- Die Einführung eines Indikators zur Messung von Lebensmittelverlusten begrüßt der vzbv, wenn er auf allen Ebenen der Lebensmittelwertschöpfungskette ansetzt.
- Ein Indikator zur Bildung von nachhaltiger Entwicklung (BNE) muss zeitnah eingeführt werden und Aussagen zum Stand der BNE in Deutschland über alle Bildungsbereiche hinweg liefern.

II. EINORDNUNG DER VERBRAUCHERINTERESSEN

Der Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. (vzbv) bedankt sich für die Möglichkeit, am Konsultationsprozess zur Aktualisierung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (DNS) teilzunehmen.

Der vzbv setzt sich für eine gerechte und nachhaltige Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung ein, in der die Bedürfnisse der Verbraucherinnen und Verbraucher im Mittelpunkt stehen. Wir messen den Sustainable Development Goals (SDG) eine große Bedeutung bei und werden die Verbraucherinteressen auf dem Weg hin zu einer sozial-ökologischen Transformation vertreten. Hierbei liegt ein Schwerpunkt in der Verbraucherinformation bei der Umsetzung der SDGs in den Verbraucheralltag.

Dabei wird es auch Zielkonflikte geben, die nur gemeinsam mit Politik und Wirtschaft gelöst werden können. Der vzbv wird dabei von dem starken Netzwerk aus den Verbraucherzentralen der Länder und Mitgliedsorganisationen unterstützt. Die SDGs ziehen sich durch unsere Verbandsarbeit: Vom nachhaltigen Konsum über eine kostengerechte Energiewende, eine nachhaltige Verkehrspolitik, eine bezahlbare Gesundheitsversorgung bis hin zu einer starken Rechtsdurchsetzung.

Der vzbv versteht seinen Beitrag zur Erreichung der SDGs auch als notwendigen Teil präventiven Verbraucherschutzes und der Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Verbraucher, die nachhaltig konsumieren wollen.

III. DAS PEER REVIEW 2018

Der vzbv dankt den internationalen Peers unter Leitung von Helen Clark, die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie (DNS) in einem Peer Review 2018 zu prüfen und der Bundesregierung Handlungsempfehlungen zur Weiterentwicklung der DNS zu geben.

Die Empfehlungen des Peer Review sind eindeutig und kritisch.

Nachfolgend werden einzelne Handlungsempfehlungen der Peers in Bezug auf ihre Relevanz auf Verbraucherbelange näher beleuchtet:

Die Peers empfehlen,

... „direkter die Herausforderung zur Erreichung eines nachhaltigen Konsums und einer nachhaltigen Produktion anzugehen“.

Dieser Empfehlung schließt sich der vzbv ausdrücklich an. Nachhaltige Produktion und nachhaltiger Konsum sicherzustellen (SDG12), muss von der Bundesregierung entschiedener angegangen werden. Verbraucher dürfen nicht mit ihrem Wunsch nach nachhaltigen Konsum in Deutschland allein gelassen werden, sondern benötigen Unterstützung, um nachhaltige Produkte von konventionellen leichter unterscheiden zu können. Dafür bedarf es weniger, einfacher und vertrauenswürdiger Siegel. Wie die Peers empfehlen, bedarf es „Richtlinien und regulatorischen Rahmenbedingungen [...], die dem Privatsektor, einschließlich des Finanzsektors, den Übergang zur nachhaltigen Entwicklung erleichtern.“ Deutschland benötigt einen Ordnungsrahmen, der Anreize für nachhaltiges Wirtschaften setzt. Je nachhaltiger angebotene Produkte in Deutschland sind, desto einfacher ist es für Verbraucher, ihrer Verantwortung beim nachhaltigen Konsum nachzukommen. Freiwillige Maßnahmen reichen nicht aus.

Eine repräsentative Umfrage unter deutschen Verbrauchern stützt die Forderung des vzbv: Nur sehr wenige Befragte (6 Prozent) glauben, dass sich die globalen Nachhaltigkeitsziele durch Maßnahmen und Verhaltensänderungen der Unternehmen und der Bürger auf freiwilliger Basis erreichen lassen. Die große Mehrheit der Befragten meint hingegen, dass konkrete Vorschriften und Gesetze erforderlich sind, um diese Ziele erreichen zu können (www.vzbv.de/sites/default/files/downloads/2017/12/11/bericht_globale_nachhaltigkeitsziele.pdf).

... eine Kommunikationsstrategie zu entwickeln, die die breite Öffentlichkeit, Beamte und andere öffentliche Bedienstete anspricht.

Nur 40 Prozent der Bundesbürger haben nach eigenen Angaben schon einmal etwas von den „globalen Nachhaltigkeitszielen“ bzw. „Sustainable Development Goals“ gehört, die im Jahr 2015 von den Vereinten Nationen verabschiedet wurden. Überdurchschnittlich häufig sagen Bürger mit formal höherer Bildung, dass ihnen die globalen Nachhaltigkeitsziele bekannt sind (Ebd.).

Nachhaltigkeit darf kein Elitenprojekt bleiben. Der vzbv unterstützt daher eine Kommunikationsstrategie, die inklusiv alle Bevölkerungsschichten anspricht und Verbraucher ermutigt, ihren Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung beizutragen. Eine gesamtgesellschaftliche Diskussion über die Agenda 2030 sollte das Ziel der Bundesregierung sein.

... die nachhaltige Entwicklung in die Lehrpläne aller Ebenen des formellen und informellen Bildungssystems sowie des lebenslangen Lernens einzubinden.

Damit Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) sich darauf auswirkt, dass das eigene Konsumhandeln reflektiert wird, ist eine prüfungsrelevante Verankerung in Bildungsplänen der Länder notwendig. Um die Inhalte vermitteln zu können, muss BNE auch in allen Phasen der Lehrkräftefortbildung verankert werden. Eine engere Zusammenarbeit zwischen Bund und Länder ist notwendig.

... dem Staatssekretärsausschuss mehr Durchschlagskraft zu verleihen, mit regelmäßigen Sitzungen zu einem starken Maßnahmenprogramm.

Die Staatssekretäre bringen ihre ressortspezifischen Umsetzungsideen in dieses Gremium ein. Je mehr Durchschlagskraft und Unterstützung dieses Gremium erfährt, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass eine ressortübergreifende Linie gefunden werden kann. Der vzbv wird seinen Beitrag zur Beratung des Staatssekretärsausschusses für nachhaltige Entwicklung in der neu gebildeten Dialoggruppe wahrnehmen und die Verbraucherinteressen vertreten.

... Bereiche, deren Indikatoren einen nicht zielkonformen Trend belegen, durch individuelle Maßnahmenpläne auf Ressortebene aktiv anzugehen.

Weil bis heute nur 29 von 63 Indikatoren einen zielkonformen Trend abbilden, muss die Bundesregierung die übrigen 34 Indikatoren mit Nachdruck von den verantwortlichen Ressorts einfordern.

... die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie im Bundesetat spiegeln.

Glaubwürdige Politik für die Bürger zeigt sich im konkreten Handeln. Auch im Bundesetat zeigt sich, welchen Stellenwert die Bundesregierung der DNS beimisst. Die Bundesregierung hat im Februar 2016 das Nationale Programm für nachhaltigen Konsum (NPNK) verabschiedet. Dieses soll maßgeblich zu SDG 12 beitragen und wurde im Koalitionsvertrag verankert. Doch bis heute hat das NPNK und das neu geschaffene Kompetenzzentrum nachhaltiger Konsum keine eigenen Haushaltsmittel. Programme, die an Verbraucher adressiert sind, müssen mit Maßnahmen hinterlegt und mit ausreichenden finanziellen Ressourcen ausgestattet werden.

DER VZBV FORDERT DIE BUNDESREGIERUNG AUF, DIE ERGEBNISSE DES PEER REVIEW ERNST ZU NEHMEN UND

- den Siegeldschungel zu lichten und wenige vertrauenswürdige Siegel durch gesetzlich verankerte Mindeststandards für sozial und ökologisch verantwortliche Produktion zu schaffen.
- einen Ordnungsrahmen zu setzen, der Anreize für nachhaltiges Wirtschaften und konsumieren schafft.
- eine Kommunikationsstrategie zu erarbeiten, die inklusiv alle Bevölkerungsschichten anspricht und Verbraucher ermutigt, ihren Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung beizutragen.
- die übrigen 34 Indikatoren mit Nachdruck von den verantwortlichen Ressorts einzufordern.
- Programme wie das NPNK, die an Verbraucher adressiert sind, mit ausreichenden finanziellen Ressourcen auszustatten.

IV. INDIKATOREN

Der vzbv befürwortet die Einführung von neuen Indikatoren, wenn sie relevant für die Umsetzung der DNS sind und eine ausreichende Datengrundlage zur Messung besteht. Um diese sicherzustellen, müssen ausreichend finanzielle Mittel im Statistischen Bundesamt vorgehalten werden.

Nachfolgend werden Hinweise zu ausgewählten vorgeschlagenen neuen Indikatoren formuliert.

1. VERLUST VON LEBENSMITTELN IN DEUTSCHLAND

Der vzbv begrüßt die Einführung eines eigenen Indikators zur Messung von Lebensmittelabfällen- und Verlusten SDG 12 (3). Nachdem das Thema 2011 erstmals in Deutschland auf politischer Ebene diskutiert wurde, ist es folgerichtig, einen eigenen Indikator zur Evidenzbasierung politischer Maßnahmen einzuführen.

Die Aktivitäten auf EU- und nationaler Ebene, die nun auf den Weg gebracht wurden, bewertet der vzbv positiv. Dazu zählen auf EU-Ebene der delegierte Rechtsakt der novellierten EU-Abfallrahmen-Richtlinie, der bis Mitte Juli 2018 in einer Expertengruppe konsentiert werden soll, sowie die Durchführungsrechtsakte zu Berichtspflichten der Mitgliedsstaaten zu Lebensmittelabfällen, die mit Erlass bis Ende März 2019 eingeführt werden sollen.

Auch die Aktivitäten auf nationaler Ebene werden vom vzbv begrüßt. So zum Beispiel die Erarbeitung eines Konzeptes zur Erlangung einer Datengrundlage über Lebensmittelabfälle und -verluste über die gesamte Wertschöpfungskette durch das Thünen-Institut.

Der vzbv begrüßt, dass Lebensmittelverluste entlang der gesamten Wertschöpfungskette einheitlich auf europäischer Ebene gemessen werden sollen (Unabhängig von der Einführung eines deutschen Indikators.). Eine einheitliche Definition von Lebensmittelabfällen, basierend auf der EU-Abfallrahmenrichtlinie und damit einhergehende europaweit verpflichtende Berichtspflichten der Mitgliedsstaaten, sorgen für Kohärenz und Vergleichbarkeit. Die Bundesregierung sollte ein zukünftiges Rechenkonzept methodisch mit der Erhebung der zukünftigen SDG-Indikatoren auf UN-Ebene in Einklang bringen.

Für den vzbv ist entscheidend, dass nicht nur eine einseitige Messung von Lebensmittelabfällen – und Verlusten auf Verbraucherseite stattfindet, sondern ein (zukünftiger) Indikator auf allen Ebenen der Lebensmittelwertschöpfungskette ansetzt, also auf Ebene der Verbraucher, der Produzenten und Verarbeiter (Landwirtschaft und Lebensmittelverarbeitung) sowie des Handels.

Hinsichtlich der Methodenwahl besteht aus Sicht des vzbv der Vorteil einheitlicher Messgrößen auf den verschiedenen Ebenen darin, dass auch Maßnahmen der Bundesregierung (z. B. Mindesthaltbarkeits- und Verzehrdatum) sowie der Landwirtschaft und der Lebensmittel-Verarbeiter (z. B. verstärkte Reststoffverwertung) und des Handels (z.B. „Ugly foods“ und Lebensmitteltafeln) in Bezug auf die ressourcenschonende Wirkung besser untersucht und bewertet werden könnten.

Auf Verbraucherebene wären die Erhebung der Lebensmittelverluste sowie eine Schätzung der selbsterzeugten Lebensmittel (Hausgärten, Schrebergärten, Formen der „solidarischen Landwirtschaft“) sinnvoll. Auch wäre es für die Bildungsarbeit und für Katastrophen- und Notfallpläne der Bundesregierung entscheidend, Informationen darüber zu haben, inwieweit die Bevölkerung in der Lage ist und noch über ausreichendes Wissen und Möglichkeiten verfügt, sich selbst mit Lebensmitteln zu versorgen.

DER VZBV FORDERT EINE ZEITNAHE EINFÜHRUNG EINES INDIKATORS ZUR MESSUNG VON LEBENSMITTELVERLUSTEN, DER AUF DEN VERSCHIEDENEN EBENEN DER LEBENSMITTELWERTSCHÖPFUNGSKETTE ANSETZT.

2. STÄRKUNG VON BILDUNG FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

Der vzbv begrüßt die Entwicklung von Indikatoren für Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE). Bildung ist die Basis dafür, dass nachhaltige Entwicklung als Querschnitt durch alle Lebensbereiche und Lebensphasen erkannt, verinnerlicht und umgesetzt wird. Ab 2020 müssen die Indikatoren für BNE im Indikatorenset der DNS enthalten sein und fortan überprüft werden.

Damit öffentliche Bildungseinrichtungen, wie Schulen oder Institute für Fort- und Weiterbildung, als Institutionen nachhaltige Entwicklung umsetzen können, ist die Umsetzung eines öffentlichen Beschaffungswesens notwendig. Beispielsweise ist eine Schule auf nachhaltige Optionen des Schulträgers angewiesen, um nachhaltige Schulverpflegung anzubieten. Die Verzahnung zwischen einem nachhaltigen öffentlichen Beschaffungswesen und Bildungseinrichtungen braucht daher einen systemischen Ansatz.

Der vzbv regt an, die Förderung der Forschung für BNE durch das BMBF zu verstärken und mit der Forschung für Nachhaltigkeit (FONA) und der sozial-ökologischen Forschung (SOEF) zu vernetzen.

AB 2020 MUSS DER INDIKATOR FÜR BNE IN DER DNS INTEGRIERT SEIN UND AUSSAGEN ZUM STAND DER BNE IN DEUTSCHLAND ÜBER ALLE BILDUNGSBEREICHE HINWEG LIEFERN.

Deutscher Bundesjugendring e.V.

Eine Aktualisierung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und der bestehenden Nachhaltigkeitsindikatoren ist für 2018 vorgesehen. Der Deutsche Bundesjugendring bekräftigt seine Forderungen zur Umsetzung der Agenda 2030 Ziele in Deutschland. Wir setzen uns dafür ein, dass die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie umfassender auf Themen wie Demokratieförderung, Bekämpfung von Rassismus, Armut, Mobilität, Wohnumfeld, Digitalisierung sowie die politische Teilhabe von jungen Menschen in und an der Strategie eingeht. Für eine Strategie, die einen Weg in die Zukunft weisen kann, steckt in vielen Zielen und Maßnahmen nach wie vor wenig Mut für einen Neuanfang und eine konsequente Ausrichtung auf die Sustainable Development Goals (SDG).

Die Potenziale aus SDG 16 müssen aus unserer Sicht stärker genutzt werden. Aus der Perspektive junger Menschen fehlen in der Nachhaltigkeitsstrategie an dieser Stelle Ideen und Aktivitäten, wie Deutschland und die Welt nachhaltig friedlicher und sicherer gestaltet werden kann. Es ließe sich beschreiben, wie Demokratie gestärkt und Rassismus bekämpft werden können; Und das, obwohl die Bundesregierung dazu selbst ein millionenschweres Programm (Demokratie leben!) aufgelegt hat. Es ließe sich außerdem beschreiben, wie freiwilliges und ehrenamtliches Engagement dazu beiträgt, Deutschland und die Welt solidarischer zu machen.

SDG 16 betont die politische Teilhabe als ein Unterziel. Nach unserer Überzeugung kann die Gesellschaft nur zukunftsfähig, friedlich und inklusiv werden, wenn sie Ernst macht mit der Verwirklichung ihrer demokratischen Werte für alle, die in Deutschland leben – ganz besonders aber für alle jungen Menschen. Stark bleiben demokratische Strukturen dann, wenn junge Menschen frühzeitig erfahren können, dass ihre Mitwirkung Wirkung hat.

Wesentlich ist, dass junge Menschen wirksam in Entscheidungsprozesse eingebunden sind, dass die Themen für sie relevant sind, die Methoden anregend und passend, die Prozesse übersichtlich und transparent. Sie brauchen Begleitung und Beratung. Zeitläufe müssen großzügig geplant werden, wenn alle jungen Menschen eine Möglichkeit zur Beteiligung haben sollen. Hier bieten weitere Indikatoren und Ergänzungen der Nachhaltigkeitsziele in der deutschen Strategie das Potenzial, auf diese Themen einzugehen.

Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass Kinderrechte als Indikator für eine nachhaltige Entwicklung berücksichtigt werden. Insbesondere zu Kinder- und Jugendarmut sagt die Nachhaltigkeitsstrategie nichts, obwohl dies Faktoren in der Strategie sein müssen. Dabei hat materielle Armut häufig negative Auswirkungen auf eine ganze Reihe von Lebensbereichen. Die verfügbaren materiellen Ressourcen bestimmen über die Möglichkeiten der Freizeitgestaltung, des Wohnumfelds, der Mobilität, der Ernährung, der politischen und gesellschaftlichen Beteiligung sowie häufig auch über Bildungschancen. Aktivitäten dagegen und messbare Indikatoren über den aktuellen Zustand gehören deswegen unbedingt in eine Nachhaltigkeitsstrategie.

Wir vermissen Ideen und Indikatoren für eine jugendgerechte Mobilität, also vor allem zum Aus- und Umbau des Öffentlichen Nahverkehrs. Kinder und Jugendliche haben ein hohes Mobilitätsbedürfnis. Für sie ist Mobilität – stärker als für andere Bevölkerungsgruppen – ein Schlüssel für Bildung, neue Erfahrungen und Zugänge zu neuem Wissen. ÖPNV und Bahnverkehr dürfen deswegen nicht nach rein wirtschaftlichen Interessen gesteuert werden. Soziale und ökologische Aspekte müssen Vorrang haben. Zumindest müssen bei der wirtschaftlichen Berechnung die externen, sozialen und ökologischen Folgekosten mit kalkuliert werden.

Im Zeitalter der Digitalisierung bleibt die Strategie ebenso weit hinter den Möglichkeiten zurück, Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung für eine nachhaltige Entwicklung zu beschreiben. Wenn Digitalisierung und Breitbandausbau genannt werden, liegt der Fokus klar auf wirtschaftlichen Aspekten. Die sozialen oder ökologischen Aspekte der Digitalisierung

bleiben außen vor. Dabei sind gerade die es, die für junge Menschen und die künftigen Generationen einen wesentlichen Teil des Lebens ausmachen und alle Bereiche des Lebens beeinflussen.

Im Interesse junger Menschen und zukünftiger Generationen müssen die Indikatoren und Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie dringend überprüft und erweitert werden. Wir bringen uns gerne mit unserem Wissen und den Perspektiven junger Menschen in den weiteren Prozess ein.

Über den Deutschen Bundesjugendring

Der Deutsche Bundesjugendring ist die Arbeitsgemeinschaft von 34 Jugendverbänden und 16 Landesjugendringen. Er vertritt die Interessen der Jugend. Rund sechs Millionen Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene organisieren sich freiwillig und selbstbestimmt in den Jugendverbänden. www.dbjr.de

Transparency International Deutschland e.V.

Transparency Deutschland begrüßt, dass die Bundesregierung den Corruption Perception Index (CPI) als einen der Nachhaltigkeitsindikatoren in die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie aufgenommen hat. Hiermit erkennt sie die zentrale Funktion von guter Regierungsführung für nachhaltige Entwicklung an. Für Transparency Deutschland liegt der Schwerpunkt zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele (SDGs) auf der Förderung von Maßnahmen zu offener, inklusiver, verantwortungsvoller und wirksamer Regierungsführung, frei von Korruption und Bestechung, sowohl auf nationaler wie auf internationaler Ebene (Unterziel 16.5). Korruptionsbekämpfung ist als Schwerpunktthema zu verankern.

Transparency Deutschland begrüßt darüber hinaus die Intention der Bundesregierung, die Position Deutschlands in der Spitzengruppe der Länder im CPI auszubauen. Hierfür will die Bundesregierung unter Beteiligung der Zivilgesellschaft weiter daran arbeiten, dass Integrität langfristig in allen relevanten gesellschaftlichen Bereichen wie Wirtschaft, Verwaltung, Sport und Politik gestärkt wird.

Um dies zu erreichen, sind konkrete Maßnahmen international wie national erforderlich.

International

Die Nachhaltigkeitsstrategie sieht vor, dass Deutschland die Themen Korruptionsbekämpfung und Integrität im Rahmen der G20 Präsidentschaft 2017 voranbringt. Tatsächlich konnten hier wichtige Vereinbarungen getroffen werden. So haben sich die G20-Staaten dazu verpflichtet, effektive, angemessene und abschreckende Regelungen für Korruption durch Unternehmen in den nationalen Rechtssystemen zu verankern. Das Thema Korruption im Sport, insbesondere bei den Bewerbungsverfahren größerer Sportereignisse, wurde ebenfalls in den Schlussdokumenten berücksichtigt. Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, dass internationale Großveranstaltungen auch im Bereich Sport immer Einfallstore für Korruption bieten. Schließlich wird durch das Zusammenführen von Naturschutz und Korruptionsbekämpfung beim Thema illegaler Handel von Wildtieren deutlich, dass ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit sich gegenseitig bedingen: Ohne eine effektive Korruptionsbekämpfung kann eine nachhaltige Entwicklung nicht erreicht werden.

Transparency Deutschland erhofft sich nun von der Bundesregierung, dass diese Impulse auch im Rahmen der Troika der G20 in Argentinien weitergegeben werden und dass die Umsetzung energisch vorangetrieben wird. Die Bundesregierung soll auf der internationalen Bühne darauf drängen, die getroffenen Beschlüsse effektiv und zeitnah umzusetzen.

Die Wirksamkeit von Maßnahmen zur Umsetzung der SDGs – seien es die Armutsbekämpfung, Zugang zu Gesundheit und Bildung oder Umwelt und Naturschutz – hängt entscheidend davon ab, wie stabil die entsprechenden Strukturen aufgebaut sind und inwiefern die Korruption in diesen Bereichen bekämpft wird. Ein integraler Bestandteil dieser Strukturen bildet die Zivilgesellschaft, die als „watchdog“ bei der Sensibilisierung und Eindämmung von Korruption eine große Rolle spielt. Daher ist eine informierte und teilhabende Zivilgesellschaft für eine nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung unabdingbar. In vielen Ländern werden derzeit die Handlungsspielräume der Zivilgesellschaft von staatlichen Stellen gezielt reglementiert und weiter eingeschränkt. Somit sind die Möglichkeiten der Zivilgesellschaft, die 2030 Agenda und die Entwicklungsziele kritisch zu begleiten, an vielen Stellen gefährdet. Der Handlungsraum der Zivilgesellschaft muss geschützt und es müssen über neue Räume nachgedacht werden, hierbei kann die Bundesregierung einen entscheidenden Beitrag leisten. Vielversprechende Ansätze umfassen Multi-Stakeholder-Gruppen, einen verstärkten Politikdialog und die Förderung von Allianzen deutscher zivilgesellschaftlicher Gruppen mit ihren Partnern in Entwicklungsländern.

National

Transparency Deutschland fordert konkrete Maßnahmen und wirksame Regelungen auf nationaler Ebene insbesondere in den Bereichen Finanzwesen, Lobbyismus, Unternehmensverantwortung sowie Hinweisgeberschutz. Darüber hinaus darf im Rahmen der Open Government Partnership (OGP) nicht nur die Innovationskraft des Landes durch Open Data einseitig im Interesse der Wirtschaft gestärkt werden, vielmehr muss gleichzeitig die tatsächliche Verwaltungstransparenz gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern sowie gegenüber der Zivilgesellschaft erhöht werden.

Finanzwesen

Spätestens seit den Panama Papers ist klar: Globalisierung und unzureichende Regulierung internationaler Finanzmärkte haben neue Möglichkeiten für Geldwäsche, Steuerhinterziehung und -vermeidung geschaffen. Die Intransparenz hat es Kriminellen und Korrupten ermöglicht, das System bequem und ohne große Gefahr für sich auszunutzen. Transparency Deutschland fordert daher einen effizienteren Informationsaustausch zwischen den nationalen Behörden sowie öffentliche und international zugängliche Register von wirtschaftlich Berechtigten. Im Zuge der sich zuspitzenden Entwicklung auf dem Immobilienmarkt in Deutschland und der Relevanz dieses Bereichs für die Geldwäsche ist darüber hinaus ein Immobilienregister, das Informationen über die tatsächlichen Eigentümer enthält, dringend erforderlich.

Lobbyismus

Vertrauen in die politischen Akteure ist eine Grundvoraussetzung für eine funktionierende Demokratie. Dieses Vertrauen erfordert die Nachvollziehbarkeit politischer Entscheidungen. Dabei werden die Beschlusslagen immer komplexer und die Entscheidungsfindung somit intransparenter. Durch diese Entwicklung kann eine ausgewogene und faire Berücksichtigung von Interessen im politischen Prozess nicht mehr garantiert werden. Daher fordert Transparency Deutschland generell mehr Transparenz im politischen Lobbyismus. Nicht nur die Lobbyisten sollten ihre Interessen und Finanzen in einem verpflichtenden Lobbyregister offenlegen, auch die politische Seite muss in einem legislativen Fußabdruck öffentlich Bericht erstatten, wie diese Interessen in der Gesetzgebung berücksichtigt wurden. Darüber hinaus muss es einen politischen Austausch über den Lobbyismus geben, daher braucht es auch einen Lobbybeauftragten, der für den Bundestag und die Bundesregierung gleichermaßen zuständig sein und einmal im Jahr berichten soll.

Unternehmensverantwortung

Transparency Deutschland fordert seit Langem, dass Bestechung durch Unternehmen härter bestraft werden muss. Denn Korruption verursacht langfristige wirtschaftliche Schäden,

verhindert fairen Wettbewerb, vernichtet Arbeitsplätze, stört die notwendige Kreativität und gefährdet damit nachhaltiges Wirtschaften. Bislang können Unternehmen bei Rechtsverstößen lediglich nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz (OWiG) verurteilt werden. Transparency Deutschland fordert hingegen die Einführung eines ausgestalteten Unternehmensstrafrechts, das vom Opportunitätsprinzip Abstand nimmt und die Staatsanwälte verpflichtet, bei konkreten Fällen zu ermitteln. Die Verpflichtung der G20-Staaten, effektive, angemessene und abschreckende Regelungen für Korruption durch Unternehmen in den nationalen Rechtssystemen zu verankern, ist somit sehr zu begrüßen. Auch der Koalitionsvertrag sieht eine Reform der Unternehmenssanktionierung vor, eine effiziente und zielführende Ausgestaltung der Umsetzung muss nun von der Bundesregierung vorgenommen werden.

Antikorruption muss in der Nachhaltigkeitsstrategie auch im Rahmen der wirtschaftlichen Nachhaltigkeit stärker berücksichtigt werden. Die in der Strategie aufgeführte Managementregel 6 behandelt beispielsweise den Strukturwandel in Deutschland, der „wirtschaftlich erfolgreich“ sowie „ökologisch und sozial verträglich“ gestaltet werden muss (S. 34). Transparency Deutschland fordert hierbei deutlich festzuhalten, dass „wirtschaftlich erfolgreich“ gleichzeitig eine Gestaltung ohne Korruption und unter Beachtung anderer Aspekte verantwortungsvoller Regierungsführung bedeuten muss.

Hinweisgeberschutz

Hinweisgeber sind bei der Aufdeckung von Korruptionsfällen und Straftaten in Verwaltung, Wirtschaft und anderen Organisationen unverzichtbar. In Deutschland gibt es dennoch keinen effektiven Schutz für Hinweisgeber. Stattdessen haben diese in vielen Fällen mit arbeitsbeziehungsweise strafrechtlichen Konsequenzen oder anderen Nachteilen zu rechnen. Die EU-Richtlinie über den Schutz von Geschäftsgeheimnissen (2016/943) vom 8. Juni 2016 sieht vor, den strafrechtlichen Schutz von Geschäfts- oder Dienstgeheimnissen zu lockern und die Offenbarung rechtswidriger Geheimnisse zu entkriminalisieren. Aufgrund des unzureichenden gesetzlichen Schutzes für Hinweisgeber konnte Deutschland beispielsweise das Zivilrechtsübereinkommen über Korruption des Europarates noch nicht ratifizieren.

Open Government Partnership (OGP)

Transparency Deutschland begrüßt die Teilnahme Deutschlands am OGP Prozess. Mehr Transparenz im Verwaltungshandeln ist ein wichtiger Schritt für mehr Vertrauen in die politischen Institutionen. Transparency Deutschland fordert angesichts der positiven Erfahrungen die Weiterentwicklung bestehender Informationsfreiheitsgesetze und die flächendeckende Einführung von Transparenzgesetzen auf Bundes- und Landesebene. Die Evaluation des Transparenzgesetzes in Hamburg zeigt, dass ein Transparenzportal funktioniert und von Seiten der Bevölkerung und der Verwaltung selbst angenommen wird. Da es sich bei Korruption um eine verdeckte Straftat handelt, fördert die Zugänglichkeit und Transparenz von Verwaltungsinformationen die Korruptionsprävention und -bekämpfung. Daher soll die Zielsetzung der Transparenz der Daten nicht rein wirtschaftlich definiert sein, sondern den Informationsbedarf der Bürgerinnen und Bürger decken und insbesondere in korruptionskritischen Bereichen (u.a. Vergabe) dafür sorgen, dass Korruption effektiv bekämpft werden kann.

Brot für die Welt

Brot für die Welt begrüßt ausdrücklich, dass die Bundesregierung bestrebt ist, ihre Nachhaltigkeitsstrategie noch stärker an der Umsetzung der Agenda 2030 zu orientieren, dabei das Ambitionsniveau zu erhöhen und der Zivilgesellschaft mehr Partizipation zu ermöglichen.

Gleichwohl ist Deutschland in vielen Bereichen noch weit von einer nachhaltigen Entwicklung entfernt. Dies wurde u.a. auch in der Mehrzahl der Redebeiträge beim 2. Forum Nachhaltigkeit am 18. Juni im Bundeskanzleramt deutlich. Der ökologische Fußabdruck Deutschlands und der Flächenverbrauch im Ausland (vor allem in Entwicklungs- und Schwellenländern) sind noch viel zu hoch. Die selbst gesteckten Klimaziele wurden verfehlt. Der Verkehrssektor trägt kaum etwas zur Reduzierung klima- und gesundheitsschädlicher Emissionen bei.

Es gibt aber auch positive Tendenzen, die vor allem dem Engagement des Umwelt- und des Entwicklungsministeriums und des Nachhaltigkeitsreferats des Kanzleramts zu verdanken sind. Dass nun mittlerweile alle Ressorts Nachhaltigkeitskoordinatoren ernannt haben (auf Abteilungsleiter- oder Unterabteilungsleiterebene) und 15 nicht-staatliche Akteure künftig einer Dialoggruppe angehören, die die Sitzungen des Staatssekretärsausschusses für nachhaltige Entwicklung vor- und nachbereiten, können zu mehr Kohärenz im Sinne einer ambitionierten Umsetzung der Agenda 2030 führen.

Nun müsste auch noch der Parlamentarische Beirat nachhaltige Entwicklung des Deutschen Bundestages aufgewertet und mit mehr Kompetenzen ausgestattet werden, um Bedenken gegenüber Gesetzesinitiativen und Beschlüssen von Regierung und Parlament äußern zu können, die dem Geist der Agenda 2030 und der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie widersprechen. Ein solcher „SDG-TÜV“ könnte dem Parlamentarischen Beirat zwar kein Veto-Recht einräumen; es müsste aber sichergestellt werden, dass seine Bedenken bzw. Einsprüche im parlamentarischen Verfahren gehört und beantwortet werden.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie (DNS) bereits in diesem Jahr (2018) bezüglich der Managementregeln und der Indikatoren aktualisiert bzw. weiterentwickelt werden soll.

Managementregeln (bzw. „Regeln für eine nachhaltige Entwicklung“)

Der vorliegende Vorschlag der Bundesregierung bietet eine gute und übersichtliche Strukturierung der Themenfelder. Allerdings ist sehr zu bezweifeln, dass der in der Fußnote formulierte Anspruch, dass diese Regeln der „Operationalisierung des Leitprinzips“ dienen, tatsächlich eingelöst werden kann. Der Charakter dieser „Regeln“ ist in der vorliegenden Form eher der von „Prinzipien“. Diese Prinzipien, die gewissermaßen das der Strategie zugrundeliegende Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung umreißen, sind durchaus sehr wichtig und sollten auch von ihrem bisherigen stiefmütterlichen Platz in der Veröffentlichung der DNS ganz nach vorne gezogen werden. Sie sollten zudem mit gesonderten Operationalisierungsregeln ergänzt werden, die die wichtigsten Prozesse der Implementierung der „Prinzipien“ in die Ressortpolitik und das Verwaltungshandeln definieren.

Für die prinzipienbezogenen „Regeln“ selbst schlagen wir folgende Änderungen vor:

Unter (1) sollte nochmals der zentrale Satz aus der Einleitung der DNS aufgegriffen werden: „Die planetaren Grenzen unserer Erde bilden zusammen mit der Orientierung an einem Leben in Würde für alle die absoluten Leitplanken für politische Entscheidungen“

Unter (2) „Globale Verantwortung wahrnehmen“ sollte beim zweiten Spiegelstrich noch eingefügt werden: die Achtung, den Schutz und die Gewährleistung der Menschenrechte

Unter (6) „Bildung, Wissenschaft und Innovation als Treiber einer nachhaltigen Entwicklung nutzen“ sollte im ersten Absatz (a) ergänzt werden: „Der Erwerb der notwendigen Qualifikationen, Transformations- und Gestaltungskompetenzen ist im Sinne einer „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ und einer „transformativen Bildung“ im gesamten Bildungssystem zu verankern. Dies schließt die grundlegende Orientierung aller Bildungseinrichtungen, des Lernumfeldes und des Schul- und Hochschullebens an den Prinzipien einer nachhaltigen Entwicklung ein („whole institutional approach“)

Zu den Indikatoren:

Bereits in unserer umfangreichen Stellungnahme zum ersten Entwurf der Bundesregierung zur neuen Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie hatten wir dafür plädiert, zu jedem SDG auch mindestens einen Indikator aufzunehmen, der die internationale Dimension berührt. Dies möchten wir bekräftigen.

Zu den nun im Konsultationspapier vorgeschlagenen bzw. anvisierten neuen Indikatoren:

1. Lebensmittelabfälle und -verluste

- Brot für die Welt begrüßt, dass in den EU-Mitgliedsstaaten Berichtspflichten zu Lebensmittelabfällen festgelegt werden und dies unmittelbar in die Erarbeitung des Indikators für die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie einfließen soll. Denn auch die Erfassung der Lebensmittelverluste in Deutschland ist bisher nicht systematisiert.
- In dem vom Thünen-Institut erstellten Konzept zur Erlangung einer Datengrundlage zu den Lebensmittelabfällen und -verlusten über die gesamte Wertschöpfungskette hinweg sollten unbedingt auch die Importe erfasst werden. Damit kann auch festgestellt werden, wieviel Flächen Erzeugerland durch Lebensmittelverluste „belegt“ ist. Denn alternativ könnten diese Flächen auch für die Nahrungsmittelproduktion im Land selber verwendet werden.
- Weil auf den Bauernhöfen die Lagerhaltungsmöglichkeiten unzureichend sind und Lebensmittel auf dem Transportweg verderben, schätzt die Welternährungsorganisation FAO, dass in den Entwicklungsländern jährlich 630 Millionen Tonnen Lebensmittel verloren gehen. Deshalb sollten in der DNS auch Maßnahmen verankert werden, mit denen der Aufbau kleiner dezentraler Getreidelager (bis zu 200 Tonnen) in Entwicklungsländern unterstützt und Genossenschaften privilegierter Zugang zu diesen Geldern gewährt wird. Es sollte geprüft werden, wie mit einem Indikator Unterstützungsmaßnahmen zum Aufbau solcher Getreidelager stimuliert und gemessen werden können.

2. Deutschlands Beitrag, Hunger und Mangelernährung weltweit zu beenden und das Recht auf Nahrung zu verwirklichen

Wir begrüßen sehr den von der Bundesregierung vorgeschlagenen Governance-Indikator zur Messung des deutschen Engagements zur Umsetzung des Rechts auf Nahrung. Die Bundesregierung setzt damit ein wegweisendes Signal zur gezielten Förderung und Ausrichtung ihrer Arbeit an internationalen Leitlinien und Entschlussdokumenten des Ausschuss für Welternährungssicherung der Vereinten Nationen (CFS).

Leitlinien und Normen zur Umsetzung des Rechts auf Nahrung sind im Referenzrahmen des CFS (Global Strategic Framework) zusammengefasst, insbesondere die sieben Schritte zur Umsetzung der Freiwilligen Leitlinien des Rechts auf Nahrung (ab S. 22) bieten sich als eine Bemessungsmatrix zur Orientierung von Unterstützungsprogrammen entsprechend des individuellen Bedarfs von Partnerländern an.

Wir verbinden mit dem Indikator die Erwartung, dass die kohärente Zusammenarbeit zwischen den deutschen Ressorts – insbesondere dem BMZ, BMEL und AA – zur Stärkung und Umsetzung des Rechts auf Nahrung und im Kampf gegen den Hunger noch weiter verbessert wird und dass die Bundesregierung vermehrt Partnerländern Unterstützung bei der Anwendung bzw. Nutzung des Instrumentenkastens anbietet, den u.a. die Freiwilligen Leitlinien zum Recht auf Nahrung und die Freiwilligen Leitlinien zum verantwortungsbewussten Umgang mit Land, Wäldern und Fischgründen bieten.

Auch sollte der Indikator dazu beitragen, dass sich deutsche Ernährungssicherungs- und Agrarentwicklungsprogramme stark an diesen Leitlinien ausrichten.

Bei der Bewertung der Maßnahmen, wäre zu empfehlen, dass der Bezug zu den Leitlinien zum Recht auf Nahrung aus dem Global Strategic Framework für Ernährungssicherung auf Ziel- und Wirkungsebene sowie in der Projektbeschreibung konkret hergestellt wird.

Anstöße von Brot für die Welt hatten zur Entwicklung dieses Governance-Indikators beigetragen. Wir sind dankbar, dass sich die Zivilgesellschaft im Austausch mit dem BMEL und BMZ hier konstruktiv einbringen konnte und Anregungen von den beteiligten Ressorts gehört und aufgenommen wurden. Auch bei den nun anstehenden Diskussionen über die genauen Bewertungskriterien und der Auswertung der Baseline-Erhebung für diesen Governance-Indikator sollte die Zivilgesellschaft einbezogen werden.

Neben dem Governance-Indikator wurde bzw. wird von der Bundesregierung die Aufnahme eines weiteren Indikators zu SDG 2 geprüft, der den Status Quo der Ernährung(un)sicherheit in den Partnerländern der deutschen EZ bemessen soll. Im Verbund mit dem oben beschriebenen Governance-Indikator begrüßt Brot für die Welt auch die Aufnahme eines zweiten Indikators zu SDG 2, der den Blick auf die Ergebnisse des Kampfes gegen Hunger und Mangelernährung lenken soll. Hierbei sollte jedoch Hunger bzw. Ernährungssicherheit nicht nur auf Basis der pro Kopf zur Verfügung stehenden Kalorienmenge gemessen werden. Es gilt, auch den so genannten „stillen Hunger“ (Mangel an wichtigen Vitaminen, Mineralien etc.) mit zu erfassen. Auch bei der Entwicklung des zweiten Indikators zu SDG 2 sollte die Zivilgesellschaft eng einbezogen werden.

Wir möchten die Bundesregierung ausdrücklich ermutigen, mit diesem zweiten Indikator zu messen, wie die Ernährungssituation in den Partnerländern der deutsche EZ ist und sich verändert, obwohl aufgrund externer Einflüsse (Naturkatastrophen, Epidemien, Bürgerkriege) der Einfluss von deutschen Ernährungssicherungsprogrammen auf die Ernährungssituation in den Partnerländern nur begrenzt ist. Er würde aber neben dem wichtigen Input orientierten Governance-Indikator, der zu guter Regierungsführung und der Stärkung der Instrumente zur Umsetzung des Rechts auf Nahrung beitragen soll, die Realität „vor Ort“ abbilden, also den Blick darauf richten, was bei den von Hunger und Mangelernährung betroffenen Menschen tatsächlich ankommt bzw. wie sich ihre Ernährungssituation verändert.

3. Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien bei der öffentlichen Beschaffung

Brot für die Welt begrüßt die Prüfung eines Indikators zur öffentlichen Beschaffung. Die nun von der Bundesregierung vorgeschlagenen produktspezifischen Indikatoren beziehen sich auf Papier (blauer Engel) und auf Fahrzeuge, die von der öffentlichen Hand bzw. der unmittelbaren Bundesverwaltung angeschafft werden (im zweiten Fall gleich drei produktspezifische Indikatoren bezüglich CO₂-Emissionen und des Anteils von Elektro- und Hybridfahrzeugen).

Eine stärkere Diversifizierung der produktspezifischen Indikatoren (z. B. ein Produkt, bei dem der Anteil der Produkte mit Biosiegel gemessen wird, der Anteil fair gehandelter Produkte oder Produktgruppen in der öffentlichen Beschaffung oder z. B. der Anteil an Strom aus regenerativen Energien in öffentlichen Einrichtungen) ist notwendig, um den gesamten Indikator aussagekräftiger zu gestalten. Eine perspektivische Aufnahme der Produktgruppe nachhaltig produzierter Textilien wird von Brot für die Welt ausdrücklich begrüßt.

In der Diskussion um die nachhaltige öffentliche Beschaffung sind Vorschläge einzelner Ressorts und aus der Zivilgesellschaft, z.B. den Anteil von Produkten mit dem Fairtrade-Siegel zu messen, aufgrund juristischer Bedenken zurückgewiesen worden: Die Bundesregierung könne in ihrer Nachhaltigkeitsstrategie nur auf staatliche Siegel zurückgreifen und dürfe einzelne „private“ Siegel (Siegel, die von eingetragenen Vereinen wie Transfair e.V. bzw. der nicht-staatlichen internationalen Fairtrade Labelling Organisation International FLO vergeben werden) nicht gegenüber den Siegeln anderer nicht-staatlicher Organisationen bevorzugen.

Dieses Problem ließe sich lösen, indem die Bundesregierung klare Kriterien festlegt (und auch überprüft), die ein „privates“ Siegel erfüllen muss, um in der DNS bezüglich der Festlegung von Indikatoren für die nachhaltige öffentliche Beschaffung berücksichtigt zu werden. Es bedarf also einer staatlichen Zertifizierung der Zertifizierer bzw. eines staatlichen „Dachsiegels“, um für mehr Siegelwahrheit und -klarheit zu sorgen, Spreu von Weizen zu trennen und den besonders gründlichen, zuverlässigen und unabhängigen „privaten“ Siegeln die Chance zu geben, im öffentlichen Beschaffungswesen eine größere Rolle zu spielen.

Uns ist bewusst, dass dies umstritten ist und auf den Widerstand derjenigen stößt, die Siegel mit geringen Ansprüchen und Anforderungen vergeben. Doch um in der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung bedeutende Fortschritte erzielen und die bereits zur Verfügung stehenden anspruchsvollen Siegel nutzen zu können, ist dieser Schritt jetzt nötig.

Darüber hinaus bleibt das Problem, dass in einigen Bereichen die Beschränkung auf Beschaffungsindikatoren die Gesamtvolumina nicht in den Blick nimmt. Zum Beispiel trifft bei der Nutzung von Papierprodukten mit dem Siegel „Blauer Engel“ keine Aussage über Senkung oder Anstieg des Gesamtpapierverbrauchs. Die Anschaffung von Fahrzeugen mit geringerem CO₂-Ausstoß ist zu begrüßen, trifft aber keine Aussage über den Anteil der mit Kraftfahrzeugen zurückgelegten Kilometern bei Dienstreisen der öffentlichen Hand im Vergleich zu ökologischeren Verkehrsmitteln wie z. B. der Bahn.

4. Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)

Bei der Entwicklung des Indikators für Bildung für nachhaltige Entwicklung empfehlen wir, darauf zu achten, dass „BNE“ nicht als pädagogische Teildisziplin verstanden wird, sondern im Sinne des Weltaktionsprogramms der UNESCO und dessen whole school approach/ whole institutional approach eine Aufgabe des gesamten Bildungswesen ist. Bildung muss sich in seiner ganzen Breite an dem Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung orientieren. BNE, Transformative Bildung, Globales Lernen etc. sind Querschnittsaufgaben, die darüber hinaus nicht nur das formale, sondern auch das non-formale und informelle Lernen betreffen. Unter den anzustrebenden (und zu messenden) Qualifikationen und Kompetenzen sollte der „transformative literacy“ als Fähigkeit, gesellschaftliche Veränderungsprozesse zu verstehen und sich in sie einbringen zu können, ein besonderer Stellenwert beigemessen werden

5. Wirkung von Forschungsinvestitionen

Zur Messung der Wirkung von Forschungsinvestitionen soll – so schlägt es die Bundesregierung vor – der Innovationsindikator der Nachhaltigkeitsstrategie um die Zahl weltmarktrelevanter Patente pro Mio. Einwohnerinnen und Einwohner erweitert werden.

Dies ist entwicklungspolitisch gesehen problematisch und stellt die Kohärenz der Nachhaltigkeitsstrategie in Frage. Insbesondere im Agrar-, Ernährungs-, Energie- und Gesundheitsbereich blockiert oder verteuert die Patentlogik seit Jahrzehnten für Entwicklungsländer die Möglichkeit der schnellen und angepassten Technologie-Annahme oder -Adaption. Die Auseinandersetzungen um die TRIPS-Abkommen veranschaulichen dies. Dieser Indikator entspricht nicht den Zielen der Agenda 2030, denn er hat nicht die Überwindung von Ungleichheit zwischen und innerhalb der Länder zum Ziel, sondern zementiert diese über das Patenregime. Wir plädieren sehr dafür, diesen Indikator nicht in die DNS aufzunehmen.

6. Bodenschutz

Aus Sicht von Brot für die Welt sind Rückschlüsse aus den Beobachtungen von Veränderungen der Bodenqualität, die sich fast ausschließlich aus der Datenerhebung über Fernerkundung (Satelliten) ergeben, nicht genug aussagekräftig. Diese Beobachtungen müssen unbedingt durch repräsentative Bodenuntersuchungen ergänzt werden, die die agronomisch und ökologisch relevanten Parameter umfassen.

Die Anbaudaten sollten schon über die GAP und die Agrarförderung vorhanden sein. Diese können genutzt werden, um Fruchtfolgen und Strukturelemente einzufordern wie die Pflicht zur Bodendeckung über den Winter, mehr Hecken usw.

Ein zusätzlicher internationaler Indikator könnten die finanziellen Beiträge Deutschlands zur Konvention bzw. zu den Programmen der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Wüstenbildung sein.

7. Ökolandbau

Wir begrüßen, dass der bereits enthaltende Indikator „Anteil des ökologischen Landbaus“ bzw. das Ziel, den Anteil des ökologischen Landbaus an der landwirtschaftlichen genutzten Fläche in Deutschland auf 20 % zu erhöhen, nun endlich auch mit einem Zeitziel versehen werden soll. Bis 2030 soll dieses Ziel erreicht werden.

Vorangegangene Bundesregierungen hatten das 20%-Ökolandbau-Ziel zwar schon wesentlich früher erreichen wollen, es dann aber deutlich verfehlt. Nennenswerte Fortschritte wird es nur geben, wenn das jetzt anvisierte Zeitziel mit Zwischen- bzw. Etappenzielen versehen und mit finanziell gut ausgestatteten Förderprogrammen unterlegt wird. Dazu sollte auch die Erhöhung der Mittel für die ökologische Agrarforschung um mindestens 10. Millionen Euro jährlich gehören.

Das 20%-Ökolandbau-Ziel sollte auch durch die nachhaltige öffentliche Beschaffung unterstützt bzw. mit Indikatoren in diesem Bereich verknüpft werden.

Und auch das BMZ sollten sich vornehmen, bis 2030 mindestens 70 Prozent seiner Agrarförderprogramme agrarökologisch auszurichten.

Besondere Aufmerksamkeit den „Gewitterwolken“

Auf dem Weg zur Erreichung ihrer selbst gesteckten Ziele kann die Bundesregierung auf einige Erfolge blicken. Aber in mehreren Bereichen ist man von der Zielerreichung weit entfernt oder hat gar Rückschläge zu verzeichnen (von der Bundesregierung mit Wolken bzw. Gewitterwolken gekennzeichnet). Diesen Problembereichen sollte größere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Der Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung sollte sie rasch auf seine Agenda setzen und gemeinsam mit der Dialoggruppe erörtern, wie hier gegengesteuert werden kann, um wieder auf einen Pfad zu kommen, mit dem die selbst gesteckten Ziele erreicht werden können.

Peer Review

Bei den für die Weiterentwicklung der DNS äußerst wertvollen Ergebnissen des Peer Review möchten wir vor allem die Empfehlung 11 hervorheben, die die konsequentere Anwendung der Grundsätze der Nachhaltigkeitsstrategie auf die globalen Interaktionen und das internationale Handeln Deutschland anmahnt. Dies schließt die Reduzierung der negativen externen Effekte unsere Lebens- und Wirtschaftsweise ein. Der Frage, wie diese Externalitäten vermindert und unsere Lebens- und Wirtschaftsweise international verträglicher gestaltet werden kann, sollte in der Weiterentwicklung der DNS mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Insbesondere müssen dabei konkrete Schritte zur Gewährleistung der Einhaltung ökologischer, menschenrechtlicher und sozialer Standards beim extraterritorialen Handeln in Deutschland ansässiger Unternehmen benannt werden. Die ja auch im Koalitionsvertrag angekündigte Überprüfung und Weiterentwicklung des Nationalen Aktionsplans Wirtschaft und Menschenrechte in Richtung mehr Verbindlichkeit könnte eine der Maßnahmen sein, die dazu Beiträge liefert

Helmholtz-Institut Freiberg für Ressourcentechnologie

In diesen Diskussionsprozess möchten wir uns, das Helmholtz Institut Freiberg für Ressourcentechnologie (<http://www.hzdr.de/hif>), gern mit unseren Kompetenzen im Bereich nachhaltige Kreislaufwirtschaft einbringen. Unsere Kompetenzen betreffen hauptsächlich die Nachhaltigkeitsziele 11 und 12 und umfassen v.a. die Gewinnung, Aufbereitung, Verwertung und systemische Betrachtung von mineralischen und metallhaltigen Rohstoffen aus primären und sekundären Stoffströmen. Unser Anspruch und damit auch Alleinstellungsmerkmal ist die ganzheitliche Betrachtung der Wertschöpfungskette vom Anfang (Erkundung bzw. Empfehlungen für ein nachhaltiges Produktdesign) bis zum Ende (nahezu vollständiges Recycling bzw. Wiederverwendung). Über die Berechnung technologisch-fundierter Kennzahlen sollen zukünftig Aussagen über neue bzw. nachhaltige Produktdesigns (Materialzusammensetzung) und ihre Recyclingfähigkeit getroffen und darüber hinaus Politikempfehlungen ausgesprochen werden.

Bewertung von Nachhaltigkeit

Und damit wären wir beim wesentlichen Punkt, nämlich der Bewertung von Nachhaltigkeit und ihren Verbesserungen. Man kann natürlich weitere Nachhaltigkeitsindikatoren aufstellen, man muss sie dann aber auch quantitativ sinnvoll herleiten und auch sinnvoll bewerten können. Und daran hapert es auch in Deutschland nach wie vor. Wenn man beispielsweise von Recyclingquoten spricht, wäre zunächst zu klären, auf welche Basis sich diese Quoten beziehen. Beziehen sie sich auf den einzelnen Gegenstand (z.B. das Auto) oder auf die gesamte hergestellte Menge in einem Jahr, in einem Land etc.? Solche Quoten, die derzeit in Berichten zu finden sind, sind daher ohne Bewertungsmaßstab deutlich fehlerbehaftet bzw. nutzlos. Autos gehen z.B. zu über 50 Prozent als Neu- oder Altfahrzeug über die Grenzen, damit verschwinden auch die Abgaskatalysatoren mit Palladium und Platin. Auf landeseigenen Wertstoffhöfen findet darüber hinaus Beraubung von Elektronikbauteilen statt und viele Metall-/Kunststoffteile nehmen den falschen Recyclingpfad, was zur weiteren Reduzierung der Wertstoffe, die im Kreislauf gehalten werden könnten, führt. Die Aufbereitungs- bzw. Recyclingquoten liegen damit bei maximal 40 Prozent, für Edelmetalle und Seltene Erden bei weniger als 7 Prozent. Wir denken, das können wir besser.

Was sollte daher in der neuen Nachhaltigkeitsstrategie zu finden sein?

Es sollte ein Schwerpunkt auf wirklich quantifizierbare und im Fall der Bewertung der Nachhaltigkeit von Produkten und ihrer Wiederverwendbarkeit bzw. ihrer Recycling- und Verwertungsquoten technologisch-fundierte Bewertungsmaßstäbe gelegt werden, beispielsweise durch einen Recycling-Index. Bei der Berechnung solcher Kennzahlen könnten wir als Institut - zusammen mit Partnern an Universitäten (z.B. RWTH Aachen, TU Clausthal, TU Bergakademie Freiberg) und anderen außeruniversitären Forschungseinrichtungen (z.B. Fraunhofer) einen wichtigen Beitrag leisten. Ziel könnte ein Label sein, das nachhaltige Produkte nicht nur nach Energie- sondern vor allem auch Ressourceneffizienz quantifiziert und Hersteller für dieses Thema sensibilisiert und bei der Umsetzung unterstützt.

Anbei finden Sie ein Beispiel für einen Recycling-Index, der drei potentielle Recyclingrouten (unterschiedliche Kombinationen von Aufbereitungsverfahren nach dem aktuellen Stand der Technik) vergleicht und darüber die Bewertung der Recyclingfähigkeit eines Fairphone 2 mit über 40 Elementen, welches im Gegensatz zu anderen Smartphones modular aufgebaut ist, vornimmt (siehe Abbildung).

Einführung eines Labels

Zukünftiges Ziel sollte die Herstellung nachhaltiger Produkte mit der Möglichkeit einer nahezu vollständigen Kreislaufführung am Ende ihrer Lebensdauer und damit die Reduzierung des negativen sozialen sowie umweltrelevanten Impacts Ressourcen- und Energieverbrauch sein. Es

geht dabei nicht nur um eine recycelbare Materialzusammensetzung sondern beispielsweise auch um die Verbindung der einzelnen Module (Legierung, Klebe- oder Steckverbindung).

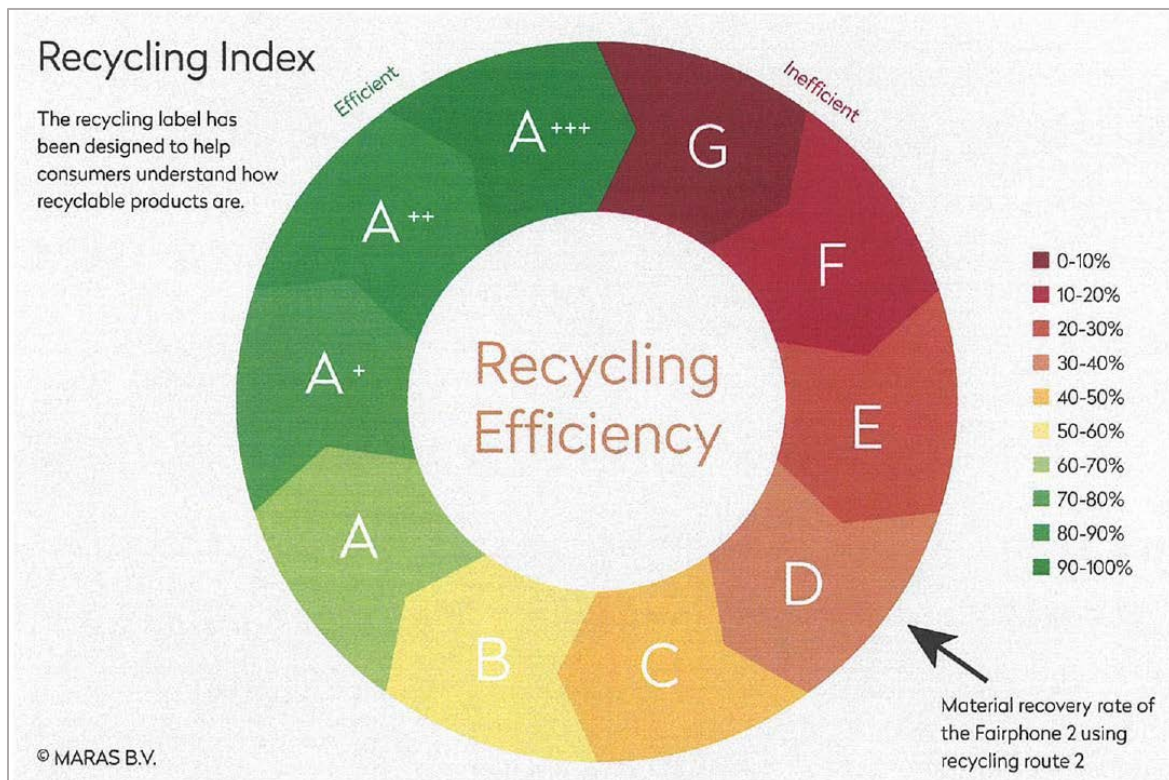


Abbildung: Recycling-Index des Fairphone 2 ermittelt über das Gesamtausbringen nach der Aufbereitung mittels Recyclingroute 2 (Reuter et al.)

Die Einführung eines politisch motivierten Labels analog des CE-Systems zur Bewertung auch der Ressourcen- neben der Energieeffizienz könnte hier große Fortschritte bringen und zur Ressourcenschonung in Deutschland, Europa und darüber hinaus erheblich beitragen.

Büchereizentrale Schleswig-Holstein

Folgende Indikatoren werden geprüft

- [Lebensmittelabfälle und -verluste](#)
- [Hunger und Mangelernährung](#)
- [Öffentliche Beschaffung](#)
- [Bildung für nachhaltige Entwicklung](#)
- [Forschungsinvestitionen](#)
- [Bodenschutz](#)

Hier: Bildung für nachhaltige Entwicklung

Auf den Aufruf hin, Anregungen für eine Aktualisierung der Nachhaltigkeitsstrategie in den zur Überarbeitung benannten Bereichen einzubringen, rege ich für die Verwirklichung und Qualitätskontrolle einer Bildung für nachhaltige Entwicklung an, die Bedeutung von regionalen

Netzwerken und Bildungs-Kooperationen mit aufzunehmen in die Beschreibung von konkreten Aufgaben und Indikatoren.

Gerade in der Konzeption und Umsetzung einer nachhaltigen Sprachförderung spielen Bildungspartner wie Bibliotheken vor Ort eine große Rolle, wenn sie sich auf der einen Seite als niederschwellige Orte der Begegnung für Familien öffnen und andererseits die Sprach-Kitas gezielt in ihrer Arbeit unterstützen.

Als bewährtes Praxisbeispiel verweise ich auf dieses Projekt im Rahmen des Bundesprogramms Sprach-Kitas: <https://sprach-kitas.fruehe-chancen.de/aktuelles/medienboxen-mit-worten-wachsen/>

Im Zuge der Erarbeitung dieser mit Landesmitteln auf mehrere Jahre angelegten Maßnahme wurde deutlich, dass die Förderung solcher regionalen Netzwerke mit öffentlichen Bibliotheken als Akteure der informellen Bildung und Bindeglied der Sprachförderung zwischen Familien auf der einen Seite und Sprach-Kitas auf der anderen Seite besondere Chancen der Nachhaltigkeit in sich tragen.

Wir regen daher an, die gezielte Gestaltung, Unterstützung und Pflege von regionalen Netzwerken, in denen neben den Kindertageseinrichtungen auch informelle Bildungspartner im nachbarschaftlichen Lebensumfeld von Familien wie z.B. öffentliche Bibliotheken einen festen Platz einnehmen und zum Indikator einer Bildung für nachhaltige Entwicklung werden könnten, in die Aktualisierung mit aufzunehmen.

Ähnliche Beispiele lassen sich auch für andere Zielgruppe des lebenslangen Lernens nennen, für die das koordinierte Engagement verschiedener Bildungspartner vor Ort für gemeinsame Anliegen seine nachhaltige Wirkung zeigt.